Zu einigen Fragen der Aktionseinheit S. 9/10

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 3 vom 22. Januar 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



Gegen den NPD-Parteitag in Frankfurt demonstrierten am 16. Januar im Stadtteil Sindlingen etwa 300 Menschen. Das Frankfurter Bürgerhaus, in dem sich die Nazis trafen, wurde von starken Polizeieinheiten abgeschirmt. Zur Gegendemonstration aufgerufen hatten unabhängig voneinander die KPD, die VOLKSFRONT, die VVN, die DKP, der SPD Unterbezirk und der Kreisjugendausschuß des DGB. „Nazis raus aus unserer Stadt — wir haben den Faschismus satt!" und „Heute wichtiger denn je — ein Verbot der NPD!" waren zwei der Parolen, die während des nicht genehmigten, aber trotz der vielen Polizei durchgeführten Demonstrationszuges gerufen wurden.

Faschistischer Mordanschlag bei Heilbronn

Drei Genossen aus Kosova ermordet

Killer kamen vom Belgrader Geheimdienst

HEILBRONN. — Bei einem heimtückischen Feuerüberfall in Untergruppenbach bei Heilbronn sind am späten Sonntagabend drei albanische Revolutionäre ermordet worden. Alle drei stammen aus der von Albanern bewohnten und zu Jugoslawien gehörenden Region Kosova und lebten schon seit Jahren in der Bundesrepublik beziehungsweise in der Schweiz im Exil.

Bei den Opfern des Mordanschlags handelt es sich um die beiden Brüder Isuf und Bardosh Gervalla, die mit ihren Familien in Untergruppenbach lebten, und um Kadri Zeka, der als Emigrant in der Schweiz lebte. Isuf Gervalla war ein in seiner Heimat bekannte Dichter; er hatte — bevor ihn das Tito-Regime aus dem Land verjagte — als Journalist für die Zeitung „Rilindja" (Wiedergeburt) gearbeitet. Er hinterläßt eine Frau und drei Kinder.

Sein jüngster Bruder Bardosh, der als Angestellter bei der AWO tätig ist, ist ebenfalls verheiratet gewesen und hatte zwei Kinder. Kadri Zeka war in seiner Heimat als Journalist bei „Radio Prishtina" tätig und arbeitete zuletzt in der Schweiz als Druckereiarbeiter. Er hatte erst vor zwei Wochen geheiratet.

Der Mordanschlag ereignete sich am Sonntag um 22 Uhr 30. Die drei Genossen waren mit ihrem Wagen gerade aus der Garage auf die Straße gefahren, als sie unter Feuer genommen wurden. Bardosh Gervalla wurde schwer verletzt und starb wenige Stunden später im Krankenhaus. Vor seinem Tod konnte er noch zu seiner Frau sprechen, und er sagte ihr: „Weine nicht. Wir starben für die Freiheit unseres Volkes."

Die drei Genossen waren vorbildliche albanische Revolutionäre, die in ihrer Heimat für die Rechte des Volkes gegen die Belgrader Tito-Clique gekämpft, die dafür ihre Existenz aufs Spiel gesetzt hatten und deswegen in die Emigration getrieben worden waren. Aber auch im Exil setzten sie ihren Kampf fort und traten unter anderem für die Forderung nach einer Republik Kosova im jugoslawischen Staatsverband ein. Sie waren auch hier ein Stachel im Fleisch des Belgrader Regimes. Und alles spricht dafür, daß dieses Regime — wie schon so oft zuvor — seine Killer mobilisierte, um diese albanischen Patrioten durch kaltblütigen Mord aus der Welt zu schaffen.

Schon im März dieses Jahres waren die Brüder Gervalla von Agenten des Belgrader Regimes bei einer Kosova-Solidaritätsdemonstration in Stuttgart fotografiert worden. Es war den Demonstranten damals gelungen, den Spitzeln den Fotoapparat zu entreißen — aber die Stuttgarter Polizei gab ihn postwendend zurück! Und das, obwohl die Behörden in diesem Land sehr genau wissen, wie gefährdet das Leben von Gegnern des Belgrader Regimes auch im Ausland ist. Erst im letzten Jahr fiel in Frankfurt ein Kosovo-Albaner einem Mordanschlag zum Opfer. Und das war nur einer von vielen Fällen, in denen Killer-Kommandos des jugoslawischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik zuschlagen konnten.

Isuf Gervalla hat noch vor seinem Tod im Krankenhaus diesen Geheimdienst für das Blutbad verantwortlich gemacht. Der Mord an den drei albanischen Genossen muß restlos aufgeklärt werden! Die Bundesregierung muß dafür sorgen, daß die Mörder hier vor Gericht gestellt werden,und sie muß endlich Maßnahmen gegenüber dem Belgrader Regime ergreifen, die den Mordterror der jugoslawischen Killerkommandos in diesem Land beenden!

Stahlwerker fordern 7,5 Prozent

Stahl- und Metallarbeiter in eine Front!

MÜLHEIM/RUHR. — Inzwischen hat die Große Tarifkommission der IG Metall für die Stahlwerker in Nordrhein-Westfalen und Bremen die Lohnforderung beschlossen: 7,5 Prozent. Angesichts der besonders krassen Lohneinbußen, die gerade die Stahlarbeiter im vergangenen Jahr zu verkraften hatten, macht sich diese Forderung bescheiden aus. Der Kampf muß auf ihre volle Durchsetzung gehen.

Die Stahlkrise und die rücksichtslosen Rationalisierungsfeldzüge der Stahlbarone auf dem Rücken der Belegschaften haben den Stahlwerkern starke Einkommenseinbußen aufgebürdet: Durch lange Kurzarbeitsperioden und infolge von Umsetzungen magerte die Lohntüte der meisten Arbeiter und Angestellten in diesem Industriezweig bedeutend ab.

Zudem waren die tariflichen Lohnerhöhungen für die Stahlwerker in den vergangenen Jahren unterdurchschnittlich ausgefallen, weil die IGM-Führung glaubte, sich zugunsten der „notleidenden" Stahlbarone auf Niedrigabschlüsse einlassen zu müssen.

Jetzt darf es das nicht mehr geben, daß sich die IGM-Mitglieder der eisen- und stahlerzeugenden Industrie einerseits und die IGM-Mitglieder der metallverarbeitenden Industrie auf der anderen Seite auseinanderdividieren lassen. Gemeinsam sind die Metaller stark!

In einer geschlossenen Front müssen Metall- und Stahlarbeiter ihre Kampfkraft einsetzen, um möglichst die volle Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung von 7,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt zu schaffen. Seit drei Jahren dekken sich ja auch die Laufzeiten bzw. Kündigungstermine der Einkommenstarifverträge für beide Gruppen.

Diese Woche

Beschäftigungsprogramm
Unter dem Titel „Beschäftigungsprogramm" wollen Bonner Politiker neue Subventionen für die Unternehmer bereitstellen — bezahlen sollen die Werktätigen. Seite 2.

Kampf gegen Arbeitsplatzkiller
Gegen den drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze kämpfen die Kollegen bei Videocolor und beim Schalker Verein in Gelsenkirchen. Seite 3.

Streikt die ÖTV?
Auf Widerstand bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst stoßen die Pläne der Bundesregierung, Löhne und Gehälter zu kürzen. Streikvorbereitungen sind schon angelaufen. Seite 4.

Solidarität mit DDR-Genossen
Bericht über eine erfolgreiche Solidaritätsaktion auf Seite 7.

Mittelamerika
Während Reagan Solidarität mit den polnischen Arbeitern heuchelt, organisieren pro-amerikanische Militärs Massaker unter der Bevölkerung. Seite 11.

KABD und Neutralität
Auseinandersetzung mit dem KABD in der Friedenspolitik. Seite 12.

Datenschutz wird systematisch durchlöchert

BONN. — Innenminister Baum hat es in der letzten Zeit geschickt verstanden, den Eindruck zu erwecken, als würde die planmäßige Bespitzelung der Bevölkerung durch die Sicherheitsbehörden immer mehr abgebaut. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Professor Bull, entwickelte jetzt in seinem Jahresbericht ein ganz anderes Bild.

Er zeigte, daß die unter dem Eindruck starker Proteste in den letzten Jahren verabschiedeten Datenschutzgesetze systematisch ausgehöhlt und gebrochen werden — der „Überwachungsstaat" existiert weiter. So gibt es bei Einstellungen im öffentlichen Dienst nach wie vor Dateianfragen beim Verfassungsschutz, von denen die Betroffenen nichts erfahren.

Erhebliche Verstöße gegen die Datenschutzbestimmung hat Bull auch bei der Überprüfung des berüchtigten Meldesystems PIOS im Bundeskriminalamt festgestellt. Hier würden immer noch Daten über Personen gespeichert, von denen nur „vermutet" wird, daß sie in Beziehungen zum Terrorismus stehen. Darüber hinaus gibt auch das BKA im PIOS gesammelte Daten ungesetzlich an andere Behörden weiter.

Videocolor-Streik

Ganze Belegschaft fristlos entlassen!

ULM. — Seit dem 11. Januar steht die ganze Belegschaft des Farbbildröhrenwerkes Videocolor in Ulm (1630 Beschäftigte) im Streik. Es geht darum, die geplante Stillegung des Betriebes zu verhindern. Am letzten Dienstag (19.1.) machten die Videocolor-Bosse eine ungeheuerliche Drohung wahr: Alle streikenden Arbeiter, 1000 an der Zahl, wurden fristlos entlassen! Nur die Angestellten blieben von dieser Maßregelung ausgenommen.

Damit hat sich der Kampf bei Videocolor auf das äußerste zugespitzt. Die Werksleitung hatte der Belegschaft, die den Betrieb seit Beginn des Streiks rund um die Uhr besetzt hält, ein zynisches Ultimatum gestellt: Wenn bis zum 19. Januar die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird, werden alle Streikenden fristlos entlassen!

Kurz vor unserem Redaktionsschluß erreichte uns dann die empörende Nachricht, daß die Videocolor-Bosse (bzw. die Leitung des französischen Mutterkonzerns von Videocolor, Thomson-Brandt) sich tatsächlich nicht gescheut haben, mit dieser ungeheuerlichen Provokation ernst zu machen.

Während diese Zeilen geschrieben werden, berät die streikende Belegschaft in dem besetzten Werk noch darüber, wie man auf diesen brutalen Schlag reagieren soll.

Klar ist jedoch, daß es die unbedingte Pflicht der IG Metall und des DGB ist, sich jetzt voll hinter die Betriebsbesetzung zu stellen. IGM und DGB müssen ihr ganzes Gewicht für die sofortige Rücknahme sämtlicher Maßregelungen einsetzen.

Hände weg von Videocolor!
Das Werk mit sämtlichen Arbeitsplätzen muß erhalten bleiben!

(Weiterer Bericht auf Seite 3.)



Streik bei Videocolor. Mit Autos haben die Arbeiter die Werkstore verbarrikadiert

Kommentar der Woche

Solidarität mit den Arbeitslosen! Das ist jetzt zum allerorten verkündeten Ruf der Unternehmer, ihrer Politiker und Journalisten geworden. Und der Appell richtet sich weder an Banken und Konzerne, noch an die Funktionsträger des Bonner Staates. Er richtet sich an uns, an die Werktätigen. Längst nämlich haben flinke Schwätzer wie etwa der CDU-Generalsekretär Geißler hier einen „neuen Klassengegensatz" ausgemacht.

Danach stehen sich heute nicht mehr Kapitalisten und Proletarier, sondern Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose gegenüber. Und weil man ja gegen solche häßlichen Erscheinungen wie den Klassenkampf ist, sollen eben diejenigen, die immer noch einen Arbeitsplatz haben, aktive Solidarität mit denen üben, die auf der Straße stehen. Das Stichwort dabei heißt Verzicht, konkret gerade jetzt in der Tarifrunde: Lohnverzicht.

Solidarität mit den Arbeitslosen

Der nämlich füllt die Kassen der Kapitalisten (das geben sie auch gerne zu), und volle Kassen sind nun mal die Voraussetzung für Investitionen, und die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen... Neu ist diese Litanei ja nun wirklich nicht, aber sie wurde noch nie so oft heruntergebetet wie heute. Und verbunden mit dem ständigen moralischen Druck (die Zahl der Arbeitslosen klettert über zwei Millionen — wegen unserer mangelnden Solidarität!) wird sie ihren Eindruck auch nicht verfehlen.

Und deshalb ist es auch gerade jetzt an der Zeit, solchen „Argumenten" der Kapitalisten und ihrer Ideologen die Wirklichkeit entgegenzustellen. Nehmen wir als drastischstes Beispiel England. Dort ist Mitte der siebziger Jahre mit Brief und Siegel ein Sozialpakt zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung geschlossen worden: Lohnverzicht gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen. (Ähnliches wird ja jetzt in Bonn auch angestrebt.) Drei Jahre dauerte dieser Pakt, und am Ende konnte die folgende Rechnung aufgemacht werden: Der Reallohn der Arbeiter war um 12 Prozent gesunken; die Arbeitslosenzahlen hatten sich verdoppelt; die 500 größten Unternehmen konnten allein im letzten Jahr des Pakts eine Profitsteigerung von 49 Prozent verbuchen.

Die Rechnung Lohnverzicht gleich Arbeitsplätze war also nicht aufgegangen. Genausowenig wie bei uns die Reallohnverluste im vergangenen Jahr dieses Jahr einen Knick nach unten in der Kurve der Arbeitslosigkeit bewirkt haben. Und das kann auch gar nicht anders sein. Denn die Rechnung, die man uns vorlegt, hat nur einen einzigen Fehler: Sie ist grundfalsch.

Lohnverzicht löst nicht das Problem der Arbeitslosigkeit. Er macht nur die Arbeitenden ärmer und die Reichen noch reicher. Denn die Kapitalisten denken nicht im Traum daran, die zusätzlich eingestrichenen Profite in die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stecken. Sie werden eben nicht von Menschenfreundlichkeit angetrieben, sondern von der Gier nach noch größeren Profiten. Und das bedeutet für sie: die Produktionskosten senken, rationalisieren, weitere Arbeitsplältze vernichten. Wobei dieser Zwang noch dadurch verstärkt wird, daß mit jeder Senkung der Realeinkommen ja auch die Kaufkraft und damit die Nachfrage sinkt.

Wenn also jetzt bei jeder Lohnforderung, die erhoben wird, der Chor der Unternehmer-Ideologen ruft: Ist das denn solidarisch gegenüber den Arbeitslosen? — dann ist das nichts als eine abgefeimte Demagogie, mit der die Kampffront gegen das Kapital moralisch zersetzt und geschwächt werden soll. Ihr Gerede von unserer mangelnden Solidarität zielt darauf ab, Verwirrung in unseren Reihen zu erzeugen und dann tatsächlich einen künstlichen Widerspruch zwischen den Arbeitslosen und denen, die in Arbeit sind, zu schaffen.

Wirkliche Solidarität dagegen heißt, eine einheitliche Front gegen die Arbeitsplatzvernichter aufzubauen. Und das kann man nicht auf der Basis des Verzichts und der damit unvermeidbar auch verbundenen Schwächung der gewerkschaftlichen Bewegung. Das ist nur möglich auf der Grundlage des gemeinsamen offensiven Kampfes für die Sicherung des Reallohns, für die Erhaltung jedes einzelnen Arbeitsplatzes, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze (beispielsweise durch Arbeitszeitverkürzung) und für die Rechte und die Sicherung des sozialen Besitzstands der Arbeitslosen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Vor Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts

Wieder Streit über „Beschäftigungsprogramm"

BONN. — Anfang Februar wird die Bundesregierung ihren Jahreswirtschaftsbericht vorlegen. Innerhalb der SPD werden jetzt Forderungen immer lauter, daß in diesem Bericht ein „Beschäftigungsprogramm" für 1982 angekündigt werden soll. Für „beschäftigungswirksame Maßnahmen" durch öffentliche Investitionen tritt seit längerem auch der DGB ein.

Bereits während der Diskussionen um den Bundeshaushalt im vergangenen Sommer hatte es innerhalb der Bonner Koalition heftige Auseinandersetzungen um ein „Beschäftigungsprogramm" gegeben, das dann am Widerstand der FDP-Führung scheiterte. Wie schon damals, so wenden sich auch jetzt wieder die Kapitalistenverbände und die Unionsparteien frontal gegen ein solches Programm. Arbeitslosigkeit sei so nicht zu bekämpfen. Es müßten vielmehr die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert werden.

Darunter verstehen die Kapitalisten und ihre Freunde in der CDU/CSU zum einen „sehr niedrige Lohnabschlüsse" (wie es jetzt Wolfram Thiele, der Boß von Gesamtmetall noch einmal bekräftigte). Und zum anderen die Beseitigung von sogenannten bürokratischen Hemmnissen. Hier werden dann beispielsweise die langwierigen Genehmigungsverfahren angeführt, die den Bau von Atomkraftwerken behindern würden. Tatsächlich wäre die ungehemmte Forcierung des Atomprogramms geeignet, den Elektro- oder Energiekonzernen neue Riesenprofite zu sichern, aber (neben den bekannten Risiken dieses Programms) hätte das nicht das geringste mit der Sicherung oder gar Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun. Denn Arbeitsplätze in größerem Ausmaß könnten im Energiebereich nur durch die konsequente Umstellung der Energieversorgung auf Kohlebasis geschaffen werden.

Im Gegensatz zu den Unionsparteien tritt die FDP in der letzten Zeit nicht mehr so massiv gegen ein „Beschäftigungsprogramm" auf, was jetzt Spekulationen darüber begünstigt hat, daß sich die Koalitionsparteien hier in den nächsten Wochen einigen werden. Die Frage dabei ist allerdings, welchen Inhalt ein solches Programm haben würde. Da sind einmal Vorschläge aus der SPD, die sich an den DGB-Forderungen nach vermehrten staatlichen Investitionen orientieren. Als Bereiche, in denen solche Investitionen getätigt werden müßten, sind vor allem in der Diskussion: der soziale Wohnungsbau, Energiesparmaßnahmen durch Ausbau des Fernwärmenetzes, der öffentliche Nahverkehr und der Umweltschutz (beispielsweise die Reinigung von Flüssen).

Natürlich sind solche Maßnahmen nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig; und das nicht nur aus beschäftigungspolitischen Gründen. Dabei muß ja auch immer berücksichtigt werden, daß es sich dabei keineswegs um **zusätzliche** staatliche Maßnahmen handeln würde. Denn im Rahmen der Sparbeschlüsse zum diesjährigen Haushalt sind die Investitionen des Bundes für 1982 gerade erst um 12 Prozent gekürzt worden, was unweigerlich eine neue Welle der Vernichtung von Arbeitsplätzen nach sich ziehen wird, wenn diese Kürzungen nicht durch öffentliche Investitionen in der oben beschriebenen Art zumindest aufgefangen werden.

Die FDP-Spitze jedoch hat da ganz eigene Vorstellungen von einem „Beschäftigungsprogramm". Generalsekretär Verheugen nannte kürzlich als dessen Elemente: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, die Belebung der Investitionstätigkeit, die flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit (gemeint ist offensichtlich das berüchtigte Job-sharing) und die bessere Qualifikation der Arbeitssuchenden. Hier ist der Schwerpunkt ganz eindeutig auf Investitionshilfen für die Kapitalisten. Und Wirtschaftsminister Lambsdorff hat auch schon ganz konkrete Pläne entwickelt. Alle Unternehmen, die in diesem Jahr investieren, sollen dafür generell einen Zuschuß aus der Staatskasse bekommen. Er will diesen Zuschuß von der Steuerschuld der Unternehmen abziehen, und die dadurch im nächsten Jahr entstehenden Steuermindereinnahmen sollen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgeglichen werden.

Aber auch führende SPD-Politiker wie etwa der Haushaltsexperte Löffler haben sich eindeutig für Investitionshilfen als Bestandteil des „Beschäftigungsprogramms" ausgesprochen. Die bürgerliche Presse berichtete in diesem Zusammenhang, daß sich bei den Koalitionsparteien Einigkeit ausgerechnet in dem Vorhaben abzeichne, die Einführung der Mikroelektronik noch stärker mit Investitionszulagen zu fördern. Gerade hier wird ja besonders deutlich, welchen Effekt solche Zulagen haben: Sie dienen dazu, Rationalisierungsinvestitionen der Unternehmer mitzufinanzieren. Und das nennt sich dann auch noch „Beschäftigungsprogramm". Selbstverständlich muß jede Form solcher mit Steuergeldern bezuschußten Arbeitsplatzvernichtung abgelehnt werden.

Und wie stellt man sich in Bonn die Finanzierung des Programms vor? Auch hier gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Sie reichen von einer weiteren Erhöhung der Staatsverschuldung bis zur Erhöhung der Verbrauchersteuern. Eine zusätzliche Kreditaufnahme würde den Banken neue Profite bescheren, auf der anderen Seite die weitere Kürzung von Sozialausgaben im nächsten Haushalt schon vorprogammieren. Steuererhöhungen würden die Realeinkommen der Werktätigen noch weiter drücken. In jedem Fall also wären es die arbeitenden Menschen, die ein solches Programm zu finanzieren hätten.

Von der Gewerkschaftsführung, die gegenwäritg mit der Bundesregierung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verhandelt, ist also zu fordern: Sie muß sich konsequent für solche Maßnahmen einsetzen, die tatsächlich geeignet sind, Arbeitsplätze zu erhalten, beziehungsweise neue zu schaffen, und alle unter dem falschen Titel „Beschäftigungsprogramm" laufenden Geschenke für die Unternehmer ablehnen. Und zum anderen muß sie sich auf den Standpunkt stellen, daß nicht die Werktätigen, sondern die Verursacher der Arbeitslosigkeit — die Kapitalisten nämlich — Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu finanzieren haben.

Vor allem aber darf sich der DGB nicht auf einen Kuhhandel „Beschäftigungsprogramm" gegen „Lohndisziplin" (Schmidt) einlassen.



Arbeitslose im Dortmunder Arbeitsamt

SVR Albanien

Adil Carcani neuer Ministerpräsident

TIRANA. — Am 14. Januar trat die Volksversammlung der SVR Albanien zu ihrer achten Sitzung in der neunten Legislaturperiode zusammen. Der erste Tagesordnungspunkt war die Ernennung eines neuen Vorsitzenden des Ministerrats und seine Beauftragung mit der Regierungsbildung und der Verkündung des Regierungsprogramms.

Enver Hoxha, der Erste Sekretär des ZK der PAA, schlug dem Plenum der Vollversammlung im Namen des Zentralkomitees vor, den Genossen Adil Carcani zum Vorsitzenden des Ministerrats zu ernennen. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Adil Carcani wurde 1922 geboren. Er schloß sich unmittelbar nach dem italienischen Überfall auf Albanien der antifaschistischen Bewegung an. Seit 1942 ist er Mitglied der Partei der Arbeit. Auf dem 2. Parteitag wurde er in das Zentralkomitee, auf dem 4. Parteitag als Vollmitglied in das Politbüro gewählt, dem er seitdem ununterbrochen angehört. Seit 1965 war Adil Carcani stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats.

In seiner Regierungserklärung bekräftigte Genosse Carcani die prinzipienfeste Außenpolitik der SVR Albanien. Er wies die Lügen zurück, Albanien sei isoliert und erklärte, Albanien habe nicht nur Beziehungen zu über 50 Ländern, sondern werde auch weiterhin seine Handelsbeziehungen auf der Basis des gegenseitigen Nutzens ausweiten. Mit den beiden imperialistischen Supermächten allerdings werde es keinerlei Beziehungen geben.

Ausführlich ging Adil Carcani auf die Beziehungen der SVRA zum Nachbarstaat Jugoslawien ein. Trotz der politischen und ideologischen Widersprüche mit der jugoslawischen Führung und trotz deren in der letzten Zeit verstärkt zutage tretenden feindseligen Haltung gegenüber Albanien halte die SVRA an ihrem Bestreben fest, gut nachbarschaftliche Verhältnisse und normale diplomatische, Handels- und Kulturbeziehungen zu Jugoslawien zu unterhalten. In diesem Zusammenhang bekräftigte Adil Carcani, daß Albanien den Angriff einer Supermacht auf Jugoslawien als Angriff auf sich selbst betrachten und das Nachbarland entsprechend unterstützen würde.

Der Vorsitzende des Ministerrats wies die jugoslawischen Lügen über eine angebliche albanische Einmischung in die jugoslawischen Angelegenheiten zurück und verurteilte den Terror des Tito-Regimes gegen die albanische Bevölkerung in Kosova.

Videocolor-Belegschaft bietet der Erpressung mutig die Stirn

Vergleichsverwalter: „Mein Rat ist feuern!"

ULM. — Das Wort „Videocolor" ist seit dem 19. Januar 1982 zu einem Symbol geworden. Symbol für die Entschlossenheit einer um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Belegschaft. Symbol aber auch für rücksichtslose Unternehmerwillkür, für die Brutalität, mit der die Kapitalisten nötigenfalls gegen die Arbeiter vorgehen, um ihre Profitinteressen durchzusetzen. Wir rufen alle Gewerkschafter auf, durch Grußadressen, Protesterklärungen, Geldspenden usw. aktive Solidarität mit den Kollegen von Videocolor zu üben!

Am Montag, den 11. Januar war die Belegschaft des Farbbildröhrenwerkes geschlossen in den Streik getreten und hatte gleichzeitig den Betrieb besetzt. Die Forderung der Kollegen: Zurücknahme der geplanten Stillegung und Erhalt aller noch vorhandenen rund 1630 Arbeitsplätze.

Zu der Entschlossenheit, mit der eine ganze Belegschaft so konsequent für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze aktiv geworden ist, hat sicherlich die Empörung darüber beigetragen, daß hier ganz offensichtlich aus nackter Profitgier die Existenz der betroffenen Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien aufs Spiel gesetzt wird.

Allzu durchsichtig sind in diesem Falle die schmutzigen Motive der Arbeitsplatzvernichter: durch die Stillegung des hochmodern ausgestatteten durchaus rentabel arbeitenden Werkes wollen sie ihre Monopolstellung ausbauen. Profit allein genügt ihnen nicht. Der höchstmögliche Profit, also der Maximalprofit, ist ihr Ziel.

Was interessieren da die Rechte der Arbeiter? Was ihre elementarsten Lebensinteressen? Die zynische Haltung der Kapitalisten spiegelt sich offen in den Äußerungen des Vergleichsverwalters wider, den sie eingesetzt haben, damit er das Todesurteil über Videocolor vollstrecke, das sie aus Profitgier ausgesprochen haben.

Dieser saubere Herr, ein Bremer Rechtsanwalt namens Schulze, schrieb bereits im Dezember vergangenen Jahres, als sich in der Belegschaft der Widerstand gegen die Stillegung verstärkte, an den Betriebsrat:

„Die Arbeitsniederlegungen und angedrohte Besetzung des Werkes sind keine legalen Streikmaßnahmen und werden von mir als ‚Meuterei' zum Zwecke der Nötigung angesehen. Derartige Handlungen kann ich nur unter strafrechtlichen Aspekten betrachten und beurteilen. Gespräche oder gar Verhandlungen mit ‚Meuterern' lehne ich ab."

Und als die Belegschaft dann am 11. Januar ihre letzte und einzige Chance wahrnahm und den Betrieb besetzte, erklärte dieser Herr voller Zynismus:

„Ein solches Glück widerfährt einem Vergleichsverwalter selten, daß er von den Arbeitnehmern den Grund geliefert bekommt zu fristlosen Kündigungen." Und Schulze empfahl der Geschäftsleitung unmißverständlich: *„Mein Rat ist: feuern."*

Die Geschäftsleitung hielt sich an diesen Rat und stellte der Belegschaft das Ultimatum: Wenn bis zum 19. Januar der Kampf nicht abgebrochen wird, droht allen die fristlose Entlassung. Um zu demonstrieren, daß dies keine leere Drohung sei, wurde dann am Montag, den 18., also ein Tag vor Ablauf des erpresserischen Ultimatums, gegen drei Mitglieder des Streikkomitees die fristlose Entlassung ausgesprochen.

Die Belegschaft aber ließ sich nicht einschüchtern: Auf einer Streikversammlung beschlossen sie am gleichen Tag einstimmig, daß der Streik und die Besetzung fortgesetzt werden. Zugleich bekräftigte die Streikversammlung, daß nicht ein Sozialplan sondern die Erhaltung der Arbeitsplätze das Streikziel sei.

Die Arbeitsplatzkiller rächten sich für diese mutige Haltung: rund 1000 Arbeiter wurden fristlos entlassen! Juristisch gesehen, ist die Lage der streikenden Arbeiter durch diese Maßregelungen noch schwieriger geworden. Zum Beispiel droht ihnen jetzt Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

Aber hier zeigt sich in aller Schärfe, daß die Arbeiter ihr Recht auf Streik, auf Widerstand entschlossen durchsetzen müssen, was immer juristische Paragraphenfuchser ihnen für Stricke drehen wollen! Denn ihr Kampf ist berechtigt und notwendig. Der Widerstand gegen die Stillegung von Videocolor demonstriert, wie man der uferlos anwachsenden Arbeitslosigkeit entgegentreten kann und muß.

Es ist die unbedingte Pflicht der IG Metall und des DGB, sich voll hinter den Streik und die Betriebsbesetzung zu stellen, und gegen die brutalen Sanktionen der Videocolor-Bosse schärfstens vorzugehen. Es gilt, der Belegschaft in jeder Hinsicht den Rücken zu stärken, bis das Streikziel, die Rücknahme der Stillegungspläne und verbindliche Garantien für den Erhalt aller Arbeitsplätze, durchgesetzt ist.

Solidarität mit der Videocolor-Belegschaft!

Spenden sind zu richten an:
Sonderkonto der Arbeiterwohlfahrt „Solidarität für Videocolor", Bank für Gemeinwirtschaft, Ulm, Bankleitzahl: 630 101 11, Konto-Nummer: 1019829100

Solidaritätsadressen sind zu richten an:
Streikkomitee Videocolor, Graf-Arco-Straße 3, 7900 Ulm

Solidaritätsadresse des ZK der KPD

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von Videocolor!

Mit Empörung haben wir die Nachricht aufgenommen, daß die Eigentümer Eurer Arbeitsplätze Euch in einem brutalen Willkürakt fristlos entlassen haben. Sie haben damit dem Plan, Eure Arbeitsplätze zu vernichten, eine neue Willkürmaßnahme hinzugefügt. Mit diesen Maßregelungen wollen die Unternehmer Euren Kampfgeist brechen. Doch laßt Euch nicht entmutigen! Die Arbeiterschaft wird um so entschlossener Euren mutigen Kampf unterstützen.

Das Vorgehen der Unternehmer gegen Euch zeigt: Sobald sich die Arbeiter nicht mehr willig in ihr Schicksal fügen, sondern für ihre Rechte kämpfen, lassen die Unternehmer ihre demokratische Maske fallen und zum Vorschein kommt ihre menschenverachtende, profitgierige Fratze.

So wie ihr, müssen all die tausende und abertausende Arbeiterfamilien diese bittere Erfahrung machen, deren Existenz durch Arbeitsplatzvernichtung bedroht ist. Ihr Schicksal gilt den Unternehmern nichts, für sie zählt nur der Profit.

Ihr habt den Herren jetzt die richtige Antwort erteilt: Betriebsbesetzung, Streik zur Verteidigung Eurer Arbeitsplätze. Kein noch so guter Sozialplan kann den Verlust Eurer Arbeitsplätze ersetzen. Ihr habt mit Eurem mutigen Kampf ein Zeichen gesetzt für die gesamte Arbeiterklasse. Viele Hoffnungen ruhen jetzt auf Euch. Euer Kampf kann die Pläne der Unternehmer durchkreuzen.

Bleibt einig und standhaft, bis Eure Forderungen voll erfüllt sind. Ihr habt die Macht dazu jetzt in Euren Händen, wir werden Euch dabei mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Mit solidarischen kämpferischen Grüßen
Ernst Aust
Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)

(Mit gleicher Post überweisen wir Euch 500 Mark auf das ArWo-Konto)

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD

Neu!



Preis 5,– DM

Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

Im Kampf gegen Stillegungspläne des Thyssen-Konzerns

Streik im Schalker Verein!

GELSENKIRCHEN. — Am Montag, den 18. Januar streikte die Belegschaft des Schalker Vereins (Thyssen) für mehrere Stunden und demonstrierte zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung im Gelsenkirchener Hans-Sachs-Haus. Bei der turbulenten Versammlung verließen die Vertreter der Geschäftsleitung den Saal, bzw. es wurde ihnen das Wort entzogen. Damit ist vor der Sitzung des Konzernaufsichtsrats am 28. Januar der Kampf der Gelsenkirchener Stahlarbeiter, der seit Mai des letzten Jahres andauert, auf einem neuen Höhepunkt angelangt.

Es geht darum, ob 1200 Arbeitsplätze und die Hälfte der Belegschaft vernichtet werden, ob der letzte, erst im letzten Jahr angeblasene Hochofen in der einstigen „Stadt der Tausend Feuer" ausgeht. Bereits in der Woche vorher hatte es einen Streik gegeben und einen Protestmarsch, in dem viele tausend Gelsenkirchner Bürger die Belegschaft unterstützten.

Gelsenkirchens Oberbürgermeister Kuhlmann fühlte sich bewegt zu sagen, daß dieser Stillegungsbeschluß „Wasser auf die Mühlen derjenigen ist, die behaupten, der Kapitalismus habe nur für Bilanzen, nicht aber für Menschen Interesse" — und in der Tat, er hat recht damit.

Denn zum einen ist es so, daß gerade Gelsenkirchen eine Stadt ist, die in all den letzten Jahren stets an der Spitze jener Arbeitslosenquote stand, die an der Ruhr sowieso höchste Höhen erreicht. Und zum anderen ist gerade der Thyssen-Konzern kaum in der Lage, sich so leicht mit Verlusten in der Öffentlichkeit herauszureden.

So waren denn auch an den Protestaktionen neben den Gelsenkirchner Stahlarbeitern und ihren Familien zahlreiche Bewohner der umliegenden Stadtviertel insbesondere aus Bulmke beteiligt, so waren auch nahezu alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte und Gruppierungen an dieser Aktion beteiligt.

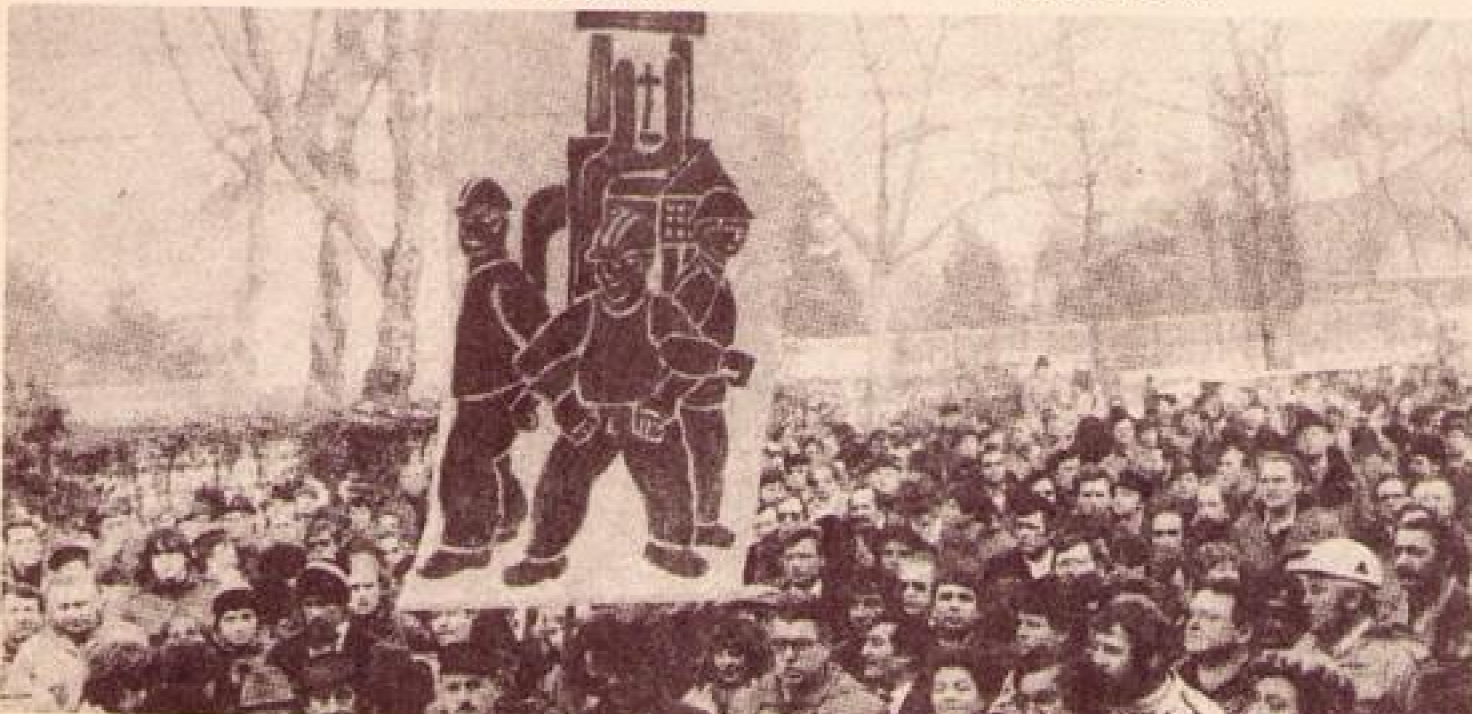
Die Thyssen-Manager aber zeigten sich bisher vom Widerstand der Belegschaft und der Bevölkerung unbeeindruckt.

Sie weisen auf angebliche 50 Millionen Mark Jahresverlust der Gießereien des Thyssen Industrie Konzernbereichs hin und scheren sich einen Dreck um den Hinweis auf die Tatsache, daß der Konzern große Gewinne ausweist. Ganz unabhängig davon, daß es natürlich auch hier so ist, daß aus angeblichen Verlustbetrieben Gewinne gezogen werden, wie es ja schon verschiedentlich anhand der angeblichen roten Zahlen bei Hoesch aufgezeigt worden war, wo sich das Finanzkapital durch Zinsen gesundstößt.

Die Argumentation mit Verlusten, die eine Schließung unumgänglich macht, wird schon seit Mai letzten Jahres immer wieder aus Kreisen der IG Metall widerlegt. Die Tatsache, daß es in diesem rund drei viertel Jahr fast ein halbes Dutzend großer Kampfaktionen gegeben hat, weist darauf hin, daß die Belegschaft und die Bürger der Stadt bereit sind, für den Erhalt des Werkes gegen die Thyssen-Kapitalisten zu kämpfen.

Auch in diesem Fall hat übrigens die Montanmitbestimmung der Belegschaft nicht geholfen. Sie hat ihr keinen einzigen irgendwie gearteten Vorteil eingebracht.

In einer Stadt, wo heute schon jeder Zehnte ohne Arbeit ist, und wo nach der Schließung von Thyssen-Schalker Verein dann jeder Achte dieses Los zu tragen hätte, tut es um so mehr not, den offensichtlich vorhandenen Kampfwillen zu organisieren, um die Thyssen-Bosse zum Nachgeben zu zwingen.



Demonstration der Stahlwerker vom Schalker Verein in Gelsenkirchen am 14.1.82

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1**, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Kein Sonderopfer der Werktätigen im öffentlichen Dienst!

Die einzige richtige Antwort heißt Streik

Jede Lohnkürzung muß kompromißlos abgelehnt werden!

STUTTGART/BONN. — Ein Sonderopfer der Arbeiter, kleinen Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst ist in keiner Form berechtigt. Der Versuch unseren Kollegen in diesem Bereich eine Lohnkürzung aufzuzwingen, stellt zudem eine dreiste Einmischung der Bundesregierung in die Lohnrunde '82 dar. Eine Einmischung, mit der den Lohnraubplänen der Unternehmer in der Privatwirtschaft Vorschub geleistet werden soll. Gegen diesen bösartigen Angriff müssen sich die Gewerkschaften und natürlich insbesondere die ÖTV sowie die Post- und Eisenbahngewerkschaft mit allen Mitteln zur Wehr setzen.

Bekanntlich war für Dienstag dieser Woche (19. Januar) ein Spitzengespräch zwischen Bundesinnenminister Baum und ÖTV-Chef Kluncker anberaumt, bei dem es der ÖTV-Führung darum ging, „die letzte Möglichkeit auszuschöpfen, diesen Konflikt auf dem Verhandlungsweg beizulegen". Bei unserem Redaktionsschluß lagen über den Verlauf dieses Gesprächs leider noch keine Informationen vor. Jedoch ist kaum zu erwarten, daß die Bundesregierung freiwillig auf den geplanten Lohnraub verzichtet.

In einem Flugblatt der ÖTV-Kreisverwaltung Dortmund heißt es zu dem Spitzentreffen: „Nur wenn dort erkennbar ist, daß weitere Verhandlungen die Arbeitgeber von ihren Absichten abbringen können, wird die Verhandlungskommission der ÖTV ein weiteres Gespräch führen. Sollte der Konflikt bis zum 26.01.82 nicht beendet sein, wird die ÖTV unverzüglich die Urabstimmung mit dem Ziel des Arbeitskampfes einleiten. Diese soll dann Anfang Februar durchgeführt werden".

Bekanntlich hat ÖTV-Chef Kluncker mehrfach in den Massenmedien erklärt, die ÖTV zögere nicht damit, durch einen Streik die beabsichtigte Lohnkürzung zu verhindern; man sei durchaus bereit, notfalls auch „Mit harten Bandagen" zu kämpfen. Und der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Mertens hat kürzlich in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" angekündigt, falls die öffentlichen Dienstherren an der geplanten Einkommenskürzung festhielten, werde die ÖTV „schlagartig und umfassend" mit Streik antworten.

Kluncker und Mertens müssen unbedingt beim Wort genommen werden! Denn wenn die ÖTV auf diesen ersten Versuch in der Geschichte der Bundesrepublik, eine direkte Lohn- und Gehaltskürzung durchzuexerzieren, nicht mit der vollen Wucht ihrer gewerkschaftlichen Kampfkraft reagieren würde, käme dies einer Kapitulation gleich.

Andererseits: reagiert die ÖTV tatsächlich mit einem schlagartigen und umfassenden Streik, dann wird dies zugleich ein entscheidender Schritt sein für die Herstellung einer mächtigen gewerkschaftlichen Kampffront in diesem Frühjahr gegen Lohnraub und Sozialabbau, für Reallohsicherung und für die Verteidigung unseres sozialen Besitzstandes.

Um eine derartige Wendung der Dinge zu verhindern, hat man gegen die ÖTV-Gewerkschaft und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine niederträchtige Hetze in Gang gebracht. Dabei versucht man, den nur allzu begründeten Unmut auszunutzen und fehlzuleiten, der in der arbeitenden Bevölkerung völlig zu Recht gegen das Parasitenwesen, die Privilegien und die volksfeindliche Bürokratie vorhanden ist, wie sie den Charakter unseres Staatsapparates sowie auch ganz bestimmter Ebenen und Gliederungen der Betriebe und Verwaltungen im öffentlichen Dienst bestimmen.

In diese verlogene und heuchlerische Propaganda stimmt sogar eine ihrem Selbstverständnis nach linksliberale und gewerkschaftsfreundliche Zeitung wie die „Frankfurter Rundschau" ungeniert ein: „*... die Kluncker-Gewerkschaft steht heute einer geballten öffentlichen Meinung gegenüber, die wenig Verständnis für die Tränenausbrüche einer Gruppe hat, die, gemessen an der Situation des ‚Normal-Bürgers', wahrhaftig nicht schlecht gestellt ist.*" (FR 6.1.82)

So versucht man in hinterhältiger Art und Weise diejenigen auseinanderzudividieren, denen im Interesse der Reichen, der wirklich Privilegierten, der tatsächlichen Schmarotzer, das Fell über die Ohren gezogen werden soll.

Das ganze Geschrei von den angeblichen Privilegien, die man pauschal auch den Arbeitern, unteren Angestellten oder kleinen Beamten des öffentlichen Dienstes andichtet, soll vergessen machen, daß die geplante Einkommenskürzung im öffentlichen Dienst ein entscheidender Vorstoß in Richtung der von den Häuptlingen der Unternehmerverbände vor einem Jahr ausgerufenen Strategie der „lohnpolitschen Wende" ist.

Bei unseren Kollegen im öffentlichen Dienst glauben die Kapitalisten und ihre Bonner Erfüllungsgehilfen verhältnismäßig leichtes Spiel zu haben, um eine Bresche zum direkten Lohnabbau zu schlagen. Und zwar eben weil man sich Chancen ausrechnet, einen Keil zwischen die Kollegen im öffentlichen Dienst und die Arbeiterschaft in der gewerblichen Wirtschaft treiben zu können.

Diese Strategie und die dabei benutzten taktischen Winkelzüge müssen unsere Gewerkschaften durchkreuzen. Dazu ist es aber nicht zuletzt notwendig, daß der ganze DGB eine massive Aufklärungskampagne und Streikagitation in den Betrieben und darüber hinaus in der werktätigen Bevölkerung insgesamt entfaltet.

Dazu ist es zugleich auch wichtig, daß die ÖTV sowie auch die Postgewerkschaft und die Gewerkschaft der Eisenbahner eine sehr konkrete, in ansprechender Form verfaßte Streikpropaganda im öffentlichen Dienst selbst entfalten, um die Notwendigkeit des Widerstands gegen die Einkommenskürzungen und die absolute Berechtigung konsequenter Kampfmaßnahmen der ÖTV einem möglichst breiten Teil aller Beschäftigten möglichst klar ins Bewußtsein zu bringen.

Leider kann man nicht sagen, daß diese wichtigen Aufgaben von den DGB-Führern bislang wirklich ernsthaft angepackt worden sind. Besonders bei Kluncker fällt auf, daß er einerseits lautstark und wortradikal von Streik tönt, jedoch andererseits nichts unternimmt, um dem Trommelfeuer der Gegenpropaganda entgegenzuwirken.

Man fragt sich unwillkürlich, ob das lediglich Verantwortungslosigkeit ist oder ob da eine infame Taktik dahintersteckt. Zur Vorbereitung eines Streiks gehört es doch auch, daß man durch die entsprechende Aufklärungsarbeit eine optimale Einheit, Geschlossenheit und Kampfbereitschaft im eigenen Lager herstellt!

DGB-Chef Vetter gar scheut nicht einmal vor offenem Verrat zurück. So hat er bereits im Vorfeld des Kampfes öffentlich gegen einen konsequenten Streik im öffentlichen Dienst Stellung bezogen und gleichzeitig die Solidarität der anderen Einzelgewerkschaften des DGB mit der ÖTV in Frage gestellt. Dies geschah zum Beispiel auf der Neujahrspressekonferenz des DGB am 12. Januar in Düsseldorf! (siehe untenstehenden Kommentar).

Es ist Sache aller fortschrittlichen Gewerkschafter, jetzt sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um trotz aller Hetze und trotz der Sabotage von Seiten gewisser Bonzen eine machtvolle Streikfront im öffentlichen Dienst zur Abwehr jeder Art von Einkommenskürzung zu organisieren.

Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst!

Vorsicht! Dieses Recht ist unteilbar!

Die gegenwärtigen Versuche der Reaktion, den Beamten das Streikrecht abzusprechen und das Streikrecht der übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Frage zu stellen, müssen schärfstens zurückgewiesen werden. In der Tendenz zielen sie auf die Zerschlagung des Streikrechtes insgesamt ab.

Die Feinde der Gewerkschaftsbewegung begnügen sich in der gegenwärtigen öffentlichen Auseinandersetzung über den angekündigten Streik im öffentlichen Dienst nicht damit, den Beamten ein Streikreicht abzusprechen. Die Hetze, die jetzt gegen die Kollegen im öffentlichen Dienst betrieben wird, beinhaltet einen weitergehenden Angriff auf das Streikrecht. Wird doch behauptet, ein Streik im öffentlichen Dienst richte sich gegen „unbeteiligte Bürger", gegen die „staatliche Ordnung" und gegen das „Gemeinwohl". Damit zielt diese Hetze eindeutig darauf ab, das Streikrecht für den ganzen öffentlichen Dienst in Frage zu stellen.

Wieder einmal plauderte ganz offen die Unternehmerzeitung „Handelsblatt" aus der Schule. Da heißt es in einem Kommentar in der Ausgabe vom 6. Januar, der auf Kluncker Ankündigung eingeht, man werde notfalls mit „harten Bandagen" steiken:

„Damit liegt wieder einmal die alte Streitfrage nach der Rechtmäßigkeit von Streiks der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf dem Tisch. Solche Ausstände werden wegen ihrer ‚Drittwirkung' — Leidtragender ist nicht der Arbeitgeber, sondern der unbeteiligte Bürger — von vielen für unverhältnismäßig gehalten."

„Drittwirkung auf unbeteiligte Bürger" — mit diesem Argument kann man im Grunde genommen einen jeden Streik auf den Index setzen, auch jeden Streik in der gewerblichen Wirtschaft. Auch hierfür liefert uns das „Handelsblatt" Belege. So beklagte sich dieses Unternehmerorgan jüngst bitterlich darüber, daß inzwischen fünf der Unternehmerklagen gegen die Warnstreiks der Metaller im Frühjahr '80 durch die Arbeitsgerichte erstinstanzlich zurückgewiesen worden sind.

Und zwar argumentiert das „Handelsblatt" folgendermaßen: Die Rechtswidrigkeit dieser Warnstreiks begründe sich nicht so sehr aus den materiellen Schäden (Produktionsausfall usw.), die sie den Unternehmern zugefügt hätten, sondern vielmehr daraus, daß die Warnstreiktaktik eine Verunsicherung in der gesamten Wirtschaft bewirkt habe, deren langfristige Auswirkung sich unter anderem in der jetzigen Rezession äußere. Insofern sei druch die Warnstreiks das „Allgemeinwohl" geschädigt worden.

So abenteuerlich die Kausalkette „Warnstreiks — Verunsicherung — Rezession" auch ist, — im Prinzip läßt sich bei jedem Streik eine „Drittwirkung" ausmachen, zumindest von bürgerlich-kapitalistischen Prämissen her, da die kapitalistische Propaganda ja sowieso „die ewigen Forderungen der Arbeiter" für die Wirtschaftskrise verantwortlich macht.

Merke daher:

Das Streikrecht ist unteilbar! Jede Einschränkung des Streikrechtes (und es gibt deren gerade in unserer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" unglaublich viele und weitgehende) ist gleichzeitig eine Kerbe, die zur Zerschlagung von dem ausgenutzt werden kann, was von diesem Recht hierzulande noch übrig ist. Das gilt für die Illegalisierung sogenannter „wilder Streiks". Das gilt ebenso für die Beschränkung des Streikrechts durch das Tarifvertragsrecht. Das gilt für das Verbot politischer Streiks und für alle anderen Formen der Verstümmelung des Streikrechtes. Das gilt selbstverständlich auch für die Illegalisierung von Streiks der Beamten.

Es sei in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß beim Postler-Streik vom November 1980 die Beamten als Streikbrecher eingesetzt bzw. mißbraucht worden sind. Desgleichen wurde jetzt bereits wieder für den Fall eines Streiks im öffentlichen Dienst angedroht. Und zwar am 13. Januar vom Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Andreas von Schoeler, im Rahmen einer parlamentarischen Fragestunde. Das Innenministerium ist bekanntlich auf Bundesebene der offizielle Arbeitgeber für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kann es nur einen Standpunkt geben: Keinerlei Beschränkungen des Streikrechts dürfen akzeptiert werden. Es muß für ein volles, uneingeschränktes, gesetzlich verankertes Streikrecht gekämpft werden. Jeder Versuch, das Streikrecht weiter einzuschränken oder in Frage zu stellen — und die Hetze gegen einen Streik im öffentlichen Dienst stellt zweifelsohne einen solchen Versuch dar — muß schärfstens zurückgewiesen werden.

Die Durchsetzung des Streikrechtes für Beamte ist dabei als eine vordringliche Aufgabe zu betrachten. Dabei gilt es zu beachten, daß dieses Ziel nur erreicht werden wird, insofern die Gewerkschaften dieses Recht zunächst einmal praktisch durchsetzen. Das bedeutet, daß es von den Beamten nach Möglichkeit und Notwendigkeit auch schon vor seiner offiziellen Anerkennung in Anspruch genommen wird.

„Solidarität nicht einfach abrufbar"

Über die Neujahrspressekonferenz, die die DGB-Führung am 12. Januar in Düsseldorf abgehalten hat, berichtete am 13.1.82 das „Handelsblatt" unter anderem folgendes:

„Nur vage äußerte sich Vetter zu dem drohenden Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Innerorganisatorische Solidarität der übrigen DGB-Gewerkschaften sei heute nicht mehr ‚einfach abrufbar'. Gegen die Bürger gerichtete massive Kampfmaßnahmen der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes würde er für ‚sehr unklug' halten."

Falls tatsächlich derartige Aussagen so oder in ähnlicher Form durch Vetter gemacht worden sein sollten, — und die Erfahrung spricht dagegen, daß das „Handelsblatt' sich diese Äußerungen einfach aus den Fingern gesaugt hat — dann ist das ein absoluter Skandal!

Es bleibt festzuhalten, daß es ein extrem gewerkschaftsschädigendes Verhalten ist, als DGB-Funktionär in die bürgerliche Hetze gegen einen Streik im öffentlichen Dienst mit einzufallen. Wenn der Vorsitzende des DGB sich dafür hergibt, eine solche Hetze in irgendeiner Form zu bestätigen oder gar selbst darin miteinzustimmen, so ist dies ungeheuerlich! Aufgabe der DGB-Führung wäre es doch wohl, dieser Hetze massiv und mit den breitesten Mitteln entgegenzutreten!

Es bleibt ferner festzuhalten, daß es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der DGB-Führung ist, in diesem Fall endlich einmal den Begriff Einheitsgewerkschaft praktisch einzulösen und alles zu tun, um eine handfeste, konsequente Unterstützung der ÖTV und der anderen im öffentlichen Dienst vertretenen Gewerkschaften bei einem Streik gegen Einkommenskürzungen sicherzustellen. Jedem ehrlichen Gewerkschafter dürfte doch wohl klar sein, wie sehr gerade in diesem Falle die alte Weisheit der Arbeiterbewegung zutrifft: „Wer im Stich läßt Seinesgleichen, läßt ja nur sich selbst im Stich!"

Für einen H.O. Vetter jedoch scheint das Wort Solidarität längst zu einem Fremdwort geworden zu sein. Und unter „Seinesgleichen" versteht er offensichtlich nicht Unseresgleichen, nicht Arbeiter, kleine Angestellte und kleine Beamte, sondern Leute aus ganz anderen Kreisen! Warum sollte er auch? Stehen ihm realistisch betrachtet seine „Sozialpartner" in den Chefetagen und die öffentlichen Dienstherren nicht tausendmal näher?

Wie sehr die DGB-Führer, die ja die angeblichen Hüter der Einheitsgewerkschaft sind, jede zwischengewerkschaftliche Solidarität mit Füßen treten, zeigt auch ihre schändliche Haltung zu der Beamten-Streikrechts-Debatte in den Massenmedien.

Kluncker hatte die völlig berechtigte und für jeden Gewerkschafter selbstverständliche Forderung nach einem Streikrecht für Beamte öffentlich laut werden lassen. Und schon ging ein wildes Hetzkonzert los, schriien die Reaktionäre jeglicher Spielart: „Zeter, Mordio und Anarchie, das Abendland ist in Gefahr!"

Das Mindeste, was da hätte erwartet werden müssen, wäre es in dieser Situation doch wohl gewesen, daß die DGB-Führer und sämtliche Führungen der Einzelgewerkschaften durch entsprechende Statements der ÖTV nachdrücklich öffentlich den Rücken gestärkt hätten. Aber nichts dergleichen! Noch nicht einmal die Vorstände der Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner taten dergleichen!

Einzig die GEW, die ein Herr Vetter immer als Außenseiter abtun möchte, machte da eine löbliche Ausnahme. Der GEW-Bundesvorstand stellte sich öffentlich hinter Klunckers Erklärung.

Man ist versucht zu sagen: „Armer DGB!" Besser jedoch ist es, mit der RGO zusammen die Frage aufzuwerfen: „Wie lange könne wir uns eigentlich eine solche Gewerkschaft noch leisten?!"

Lohnrunde '82 spitzt sich zu

Holzarbeiter im Südwesten streiken!

STUTTGART. — Eine erste Zuspitzung der Lohnrunde '82 hat sich bereits ergeben. In der baden-württembergischen Holzindustrie hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff nach dem Scheitern der Verhandlungen und der Schlichtung Anfang letzter Woche zum unbefristeten Streik aufgerufen. Gleichzeitig kündigen sich auch Warnstreiks der Metaller in Baden-Württemberg an.

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen und der Schlichtung für die rund 60000 Beschäftigten der südwestdeutschen Holzindustire (einschließlich Schreinerhandwerk) hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) zum unbefristeten Streik aufgerufen. In einigen Betrieben begann der Streik bereits am Montag (18.1.). In dieser Woche sollen die rund 20000 Mitglieder der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Südwestdeutschland jedoch noch einmal über den Streik abstimmen.

Bereits in der vergangenen Woche war es in mehr als 30 Betrieben der südwestdeutschen Holzindustrie zu Warnstreiks gekommen, die bis zu einem ganzen Tag dauerten.

Die GHK fordert in Baden-Württemberg für die Holzarbeiter 7,5 Prozent mehr Lohn. Die Kapitalisten jedoch boten nur 3 Prozent an. In der Schlichtung war vom Schlichter der Vorschlag gemacht worden, die Löhne in zwei Stufen zu erhöhen: Ab 1. Januar sollte es eine Lohnerhöhung um 3,1 Prozent und dann ab 1. April um weitere 1,7 Prozent geben. Die Gewerkschaftsführung stimmte diesem Vorschlag zu, obwohl er eine beträchtliche Reallohnsenkung bedeutet hätte. Die Kapitalisten jedoch lehnten selbst dieses Ergebnis ab!

In der metallverarbeitenden Industrie ist die erste Verhandlungsrunde ergebnislos abgelaufen. Die Unternehmerseite legte in keinem einzigen Tarifbezirk ein Angebot vor. Stattdessen wiederholten die Metallkapitalisten erneut ihre unverschämte Forderung, der diesjährige Tarifabschluß müsse trotz der gestiegenen Teuerungsrate noch unter dem des letzten Jahres (durchschnittlich 4,9 Prozent) liegen.

Besonders zynisch argumentierte anläßlich der ersten Verhandlungsrunde der Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, Kirchner:

„Für sozial zumutbar halte ich allerdings, wenn angesichts der höchsten Arbeitslosigkeit seit 25 Jahren die Beschäftigten keinen vollen Inflationsausgleich erhalten."



Nach dieser Ausbeuterlogik begründet sich also aus der Tatsache, daß die Kapitalisten immer mehr Arbeiter auf die Straße werfen und ihrer Existenzgrundlage berauben, eine „soziale Zumutbarkeit" vom zunehmendem Reallohnabbau! Mit ihren Entlassungsfeldzügen erwerben die Kapitalisten sich demnach sozusagen zusätzlich das Recht, den verbliebenen Beschäftigten die Löhne zu beschneiden!

Als weitere haarsträubende Begründung dafür, daß die Metaller Lohnverzicht zu leisten hätten, führt Gesamtmetall „die strangulierenden Preiserhöhungen der Stahlindustrie um durchschnittlich 40 Prozent" an. Dafür, daß die Stahlbarone die Preise hochtreiben, sollen also die Metallarbeiter mit Lohnverzicht büßen! Nur in einem Kapitalistenhirn können solche abartige Gedanken ausgebrütet werden.

Demgegenüber muß man dem Stuttgarter IGM-Bezirksleiter Steinkühler zustimmen, der erklärt hat, die IG Metall sei nicht bereit, für die Arbeitnehmer „einen Lohnverzicht zugunsten der Vermögensbildung der Arbeitgeber" hinzunehmen.

In den Flugblättern der Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall wird gleichzeitig betont, daß die Durchführung von Warnstreiks nach ergebnislos verlaufenen Verhandlungen das gute Recht der Metaller sei.

Allerdings sollte man da hinzufügen: Auch während der Verhandlungen ist es das gute Recht der Arbeiter und Angestellten, durch Warnstreiks den gewerkschafltichen Forderungen Nachdruck zu verleihen und den Kapitalisten Dampf unter dem Allerwertesten zu machen.

Solidarität mit der DISK — Freiheit für alle eingekerkerten Gewerkschafter in der Türkei!

Erneut hat jetzt das in der Emigration lebende Vorstandsmitglied des türkischen Gewerkschaftsverbandes DISK, Kemal Daysal, alle Gewerkschaften in Europa und der übrigen Welt aufgerufen, gegen die Einkerkerung und Folterung Tausender Gewerkschafter in der Türkei und das dortige Militärregime zu protestieren.

Etwa 2000 Mitglieder und Funktionäre der DISK sitzen in den Gefängnissen der faschistischen Militärjunta. Gegen 52 führende Funktionäre (Daysal ist das einzige Vorstandsmitglied, dem die Flucht ins Ausland gelang) läuft zur Zeit in Istanbul ein Prozeß vor dem Militärgericht. Die faschistischen Staatsanwälte haben für 52 Angeklagten die Todesstrafe gefordert!

Die Vorwürfe, die den Gewerkschaftern der DISK gemacht werden, laufen darauf hinaus, daß sie in der Zeit vor dem Militärputsch im September 1980 Streiks organisiert und durch die „kompromißlose" Vertretung der Arbeiterforderungen auf die Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung der Türkei hingearbeitet hätten!

Türkische Rechtsanwälte erklärten, daß alle verhafteten Gewerkschafter durch Elektroschocks und vorgetäuschte Hinrichtungen gefoltert würden.

Obwohl türkische Gewerkschafter sich wiederholt an den DGB-Vorsitzenden Vetter mit der Bitte um Solidarität wandten, ist in dieser Richtung seitens der DGB-Führung bislang nichts Nennenswertes geschehen! Die Solidarität mit den Gewerkschaftern in der Türkei muß durch den DGB endlich offiziell und mit kämpferischen Protesten zum Ausdruck gebracht werden!

Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse

Am 30. Januar gehen Gewerkschafter auf die Straße!

DÜSSELDORF/BREMEN. — Der DGB-Bundesvorstand hat inzwischen beschlossen, den 30. Januar 1982 zum Tag der Solidarität mit den verhafteten Gewerkschaftern der Solidarność zu erklären. Entsprechende Forderungen waren von vielen fortschrittlichen Gewerkschaftern seit Wochen gestellt worden. Der von ihnen erzeugte Druck hat nun offenbar zu der Entscheidung der DGB-Führung beigetragen.

Wie aus Pressemeldungen hervorgeht, sollen gemäß dem Bundesvorstandsbeschluß am 30. Januar überall auf Landes- und Kreisebene Protestveranstaltungen des DGB gegen die Militärdiktatur in Polen und gegen die Unterdrückung der polnischen Gewerkschaftsbewegung stattfinden. Bekanntlich war auf einer internationalen Konferenz von Solidarność-Exilgewerkschaftern dazu aufgerufen worden, den 30. Januar 1982 zum internationalen Solidaritätstag mit dem Kampf der polnischen Arbeiterklasse zu machen.

Bisher hat sich die DGB-Führung zu einer vorbehaltlosen, konsequenten Unterstützung der Solidarność und des heldenhaften Kampfes der polnischen Arbeiterklasse gegen die Militärdiktatur nicht durchringen können. Der Beschluß, den 30. Januar zum Tag der Solidarität mit Solidarność zu erklären, ist nun immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Es kommt jedoch darauf an, daß es nicht nur bei Saalveranstaltungen bleibt. Der DGB muß auf die Straße gehen und in kämpferischer Form seine Verbundenheit mit der Solidarność manifestieren.

Diese Forderung wird von klassenbewußten und fortschrittlichen Gewerkschaftern schon seit der Errichtung der Militärdiktatur in Polen an die DGB-Führung gestellt. In Bremen beispielsweise hat sich eine Initiative von Gewerkschaftern aus verschiedenen Betrieben, z.B. der Klöckner-Hütte und der Vulkan-Werft gebildet, die in diesem Sinne Druck auf die Gewerkschaftsführung ausübt.

Wie bereits im letzten „Roten Morgen" erwähnt, veranstaltete diese Initiative, die auch von der Bremer Ortsgruppe der KPD sowie von der RGO unterstützt wird, am 9. Januar ein Solidaritätsfest zugunsten von Solidarność. Ein Bremer Genosse schickte uns folgenden Bericht über diese Veranstaltung:

„Gekommen waren etwa 400 Kolleginnen und Kollegen. Als Gäste konnten auch einige Vertreter der in Bremen weilenden Solidarność-Delegation von der Danziger Lenin-Werft begrüßt werden (siehe dazu RM 1/82, Seite 5: ‚Unerwünschte Gäste?' — Red.).

Die Teilnehmer der Veranstaltung forderten die Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter, die Wiederherstellung der freien Betätigung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność, die Aufhebung des Ausnahmezustandes und des Kriegsrechts, sowie die unverzügliche Auflösung der Internierungslager.

Ein Kollege beschrieb noch einmal die Lage in Polen: Trotz brutaler Terrormaßnahmen ist der Widerstand der Arbeiterklasse in Polen ungebrochen.

Den Höhepunkt des Abends bildeten eine Spendensammlung und die Versteigerung eines Bildes, von einem Kollegen gemalt, das Klöckner-Arbeiter beim großen Stahlarbeiterstreik im Winter 1978/79 zeigt. Mit einem Einsatz von einer Mark konnte jeder mitbieten. Das Bild wechselte schließlich für 611 Mark seinen Besitzer.

Die Spendensammlung, die außerdem abgehalten wurde, erbrachte 2430 Mark, so daß insgesamt über 3000 Mark zusammenkamen. Außerdem wurden fünf große Säcke voll mit Medikamenten übergeben, die von Bremer Ärzten gesammelt worden waren."

Wie uns von Bremer Genossen weiter berichtet wurde, begaben sich am Dienstag letzter Woche ca. 60 Gewerkschafter, vor allem Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute, ins DGB-Haus, um eine konsequente Unterstützung der Solidarność durch den DGB zu verlangen.

Konkret forderten die Kollegen, daß die für den 30. Januar in Bremen angesetzte Solidaritätsdemonstration auch offiziell vom DGB mitgetragen wird. Desweiteren wurde gefordert, daß die seit der Errichtung der Militärdiktatur in Bremen weilende Solidarność-Delgation zum ersten endlich eine vernünftige Wohnung vom DGB gestellt bekommt, daß sie zweitens im DGB-Haus einen Büro-Raum zugewiesen erhält und daß der DGB drittens die Reisekosten für die Delegation übernimmt.

Die Gewerkschafter verhandelten über diese Forderungen mit dem Ersten IGM-Bevollmächtigten, der die Erfüllung dieser Forderung in mehr oder weniger unverbindlicher Form zusagte.



Bild oben: Blick in den Veranstaltungsraum. 400 Kolleginnen und Kollegen waren dem Aufruf zu einem Solidaritätsfest gefolgt. Bild unten: Eine Vertreterin der Gewerkschaft Solidarność von der Danziger Lenin-Werft hält ein Bild hoch, das auf der Veranstaltung versteigert wurde. Das Bild stellt den Stahlarbeiterstreik 1978/79 bei Klöckner in Bremen dar.

Schlappe für Vetter und Stoiber

CSU-Mann fiel bei DGB-Vorstandswahl in Bayern durch

ERLANGEN. — Große Aufmerksamkeit hatte in den Tagen vor der Landesbezirkskonferenz des DGB in Bayern die Aktivität des DGB-Bundesvorsitzenden H.O. Vetter erregt. Vetter war massiv für die Wahl des CSU-Mitglieds Willi Heitzer zum stellvertretenden Landesvorsitzenden eingetreten, wie vor ihm schon CSU-Generalsekretär Stoiber. Aber Heitzer erhielt nur 26 von 96 abgegebenen Stimmen und fiel durch.

Für Vetter ist dies eine persönliche Niederlage. Eine Niederlage des Kurses, den er seit seinem Treffen mit Strauß im Oktober 1979 einschlägt. Eines Kurses, der auf Ausgleich mit der offen gewerkschaftsfeindlichen Politik der CSU drängt.

Seitdem Strauß und Stoiber ihre Pläne, eine eigene Richtungsgewerkschaft zu schaffen, fallen ließen, versucht Vetter immer wieder, Vertreter dieser Partei in ihrem Einfluß innerhalb des DGB zu stärken. Heitzer, der dem DGB-Landesvorstand — wie auch zwei andere CSU-Mitglieder — ohnehin schon angehört, sollte also entsprechend dem offensichtlichen gemeinsamen Wunsch von Vetter und Stoiber weiter aufrükken.

Das haben die Delegierten der bayerischen Landesbezirkskonferenz mit ihrer Wahl verhindert — gerade angesichts der jüngsten Äußerungen der CSU über die Bonner Sozialpolitik und die Forderungen des DGB zu einem Beschäftigungsprogramm, die beide rigide abgelehnt werden, lag das auf der Hand.

Denn für die CSU ist ja dieselbe Bonner Rotstiftpolitik, die von den über eine Million DGB-Mitglieder in Bayern vertretenden Delegierten scharf abgelehnt worden war, noch zu wenig kraß. Die CSU fordert ja ständig einen noch weiteren sozialen Abbau zugunsten der Aufrüstung.

Und ausgerechnet in dieser Situation auch noch „freiwillig", auf Wunsch H.O. Vetters, die Positionen der CSU innerhalb des DGB ausdrücklich zu stärken, das ging selbst den Spitzen der bayerischen Gewerkschaften zu weit.

Diese Wahl war nicht die erste politische Niederlage Vetters in der letzten Zeit innerhalb des DGB.

Die Wahrheit geht in die Luft

WESTBERLIN. — Die Genossen in Westberlin lassen sich immer etwas neues einfallen, um dafür zu sorgen, daß die Bürger der DDR von der Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen in Ostberlin und die Hintergründe der fortgesetzten Menschnrechtsverletzungen durch die DDR-Behörden, den Kampf unserer Partei in der DDR und die Angst des Honecker-Regimes vor den wirklichen Kommunisten zu informieren.

Im Dezember starteten Genossen der Kommunistischen Jugend (KJD) zweimal eine „Luftballon-Aktion". Jeweils etwa 600 zu mehreren Trauben zusammengeknüpfte, mit Gas gefüllte Luftballons transportierten Flugblätter über die Mauer nach Ostberlin. An verschiedenen Stellen wurden diese Luftballons losgelassen. Die DDR-Grenzer, so berichteten uns die Genossen, gerieten jedesmal in gehörige Aufregung, knipsten wie wild und versuchten, die Flugblätter abzufangen. Was natürlich nicht gelang.

Diese Aktionen waren eine gute Unterstützung für die in der DDR unter den schweren Bedingungen vollständiger Illegalität kämpfenden Genossen. Weitere werden folgen!



Genossen der KJD bei der Vorbereitung der Aktion. Die Luftballons werden einsatzbereit gemacht.



Da fliegen sie! Tragen die Wahrheit über Betonmauer und Stacheldraht.



„... das darf doch nicht wahr sein!" Der DDR-Grenzer ist entsetzt. Aber er kann nichts machen als hinterhergucken.



Im „Klub der Volkssolidarität" gibt es gewöhnlich anderen Lesestoff. Aber aller Terror des Honecker-Regimes schafft es nicht, die tatsächliche Solidarität im Volke gänzlich zu unterdrücken. Und er wird auch die Genossen der KPD in der DDR nicht mundtot machen!

Stefan Heym zu Polen

Eine bemerkenswerte Stimme

Die Stellungnahme, die der Schriftsteller Stefan Heym zur Entwicklung in Polen abgab — wir drucken sie nebenstehend ab — ist ohne Zweifel sehr bemerkenswert. Zum einen deshalb, weil sie ganz allgemein zeigt, daß es auch in der DDR noch eine andere als die offizielle SED-Meinung gibt, die ja über die polnische Junta des Lobes voll ist.

Zum anderen aber auch, und dies vor allem, weil in dieser Stellungnahme eine ganze Reihe sehr wichtiger und sehr richtiger Feststellungen gemacht werden. Das ist zunächst die simple Tatsache, daß gerade die deutsche Reaktion, der deutsche Rassismus in Polen ungeheure Verbrechen begangen hat und daß deshalb diese Leute kein Recht haben, etwas dazu zu sagen. Das ist aber auch in diesem Zusammenhang die Warnung vor der neuen Hetze,wie sie heute gegen die polnischen Arbeiter betrieben wird, sie seien arbeitsscheu — eine Hetze, wie sie vor allem in der DDR von der SED ausgestreut wird und die dort auch aufgrund der größeren Nähe der beiden Nachbarstaaten auch Wirkung zeigt. Das ist drittens die Richtigstellung, daß ja die Schaffung der Gewerkschaft Solidarność — wie man zunächst auch immer zu ihr stehen mag — nur das Ergebnis des verheerenden Kurses ist, den jene Leute gesteuert haben und steuern, die heute wie früher die Macht in Polen innehaben. Und das ist schließlich der Schlag ins Gesicht der SED-Propaganda, die logische Tatsache nämlich, daß eine Gewerkschaft, die mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerungszahl umfaßt, die nahezu die gesamte Arbeiterschaft umfaßt, eben die Arbeiterklasse darstellt und nichts anderes.

Man muß dies bei dieser Stellungnahme unterstreichen: daß sie sich frontal gegen die staatliche Propaganda — sowohl in der Bundesrepublik wie in der DDR wendet — und daß sie die wichtigsten Entwicklungspunkte und Tatsachen im Zusammenhang mit der heutigen Lage in Polen klar nennt, daß sie parteiisch ist für die polnischen Arbeiter, gegen den westlichen Kapitalismus, gegen die SED. Ohne Zweifel spricht Heym dabei — zumindest in der Richtung seiner Aussagen — nicht nur für sich selbst, sondern für eine politische Strömung in der DDR, die versucht, sozialistischen Widerstand gegen den Revisionismus zu leisten.

Und dies sind ja auch Aussagen, die sich in vielem mit dem treffen, was die Sektion DDR der KPD vertritt. In vielem — insoweit als es darum geht, gegen die Herrschenden für die Arbeiterklasse Partei zu ergreifen. Wo dies unklar wird, das sind jene Fragen, die sich mit dem Ausweg aus dieser Situation befassen. Das betrifft in Stefan Heyms Stellungnahme zu Polen sowohl die Frage der Mitgliedschaft im Warschauer Pakt als auch die Frage, wie man von diesem sogenannten „realen Sozialismus" zu einem echten Sozialismus kommen kann.

Der kommunistische Standpunkt, der Standpunkt der KPD zu diesen Problemen ist klar und deutlich. Er geht davon aus, daß dieser „reale Sozialismus" eben nicht eine irgendwie deformierte sozialistische Gesellschaft ist, die man nur zu reformieren brauche, sondern daß dies in Wirklichkeit eine kapitalistische Gesellschaft ist, in der der Weg zum Sozialismus nur über eine erneute Revolution gefunden werden kann. Aber es ist natürlich nicht so, daß dies eine Erkenntnis ist, die in den revisionistischen Staaten weit verbreitet wäre — nicht weiter verbreitet als bei uns auch. Und solange eine ganze Generation von Arbeitern als Sozialismus nur das kennt, was ihnen in den revisionistischen Staaten blüht, was sie dort täglich erfahren, solange wird es eine der allerwichtigsten Aufgaben der Kommunisten sein, mit allen fortschrittlichen Menschen dieser Länder genau das zu diskutieren, daß es sich dabei eben nicht um Sozialismus,auch um keine Abart des Sozialismus,handelt. Und wenn Stefan Heym in seiner Stellungnahme völlig zu Recht fragt: „Warum wollen sie nicht arbeiten und für wen nicht?", dann ist doch da bereits ein ganz entscheidender Punkt angesprochen. Nicht für die Leute, die heute in Polen die Macht haben, nicht für ihre Ausbeuter.

Solidaritätsaktion In Holland



Über eine Solidaritätsaktion mit den inhaftierten Kommunisten in der DDR berichtete kürzlich die Zeitung „Stimme des Sozialismus" aus den Niederlanden.

Die Arbeiterpartei der Niederlande (Aufbauorganisation) hatte im Rahmen eines Berichtes über den Kampf der Sektion DDR der KPD und die Verhaftung der kommunistischen Oppositionellen zum Schreiben von Protestresolutionen und darüberhinaus zu einer Solidaritätskundgebung vor der DDR-Botschaft in den Niederlanden aufgerufen.

Wie die „Stimme des Sozialismus" meldete, fand dort am 1. Oktober, dem 32. Jahrestag der DDR-Gründung, eine kämpferische Demonstration statt. „Freilassung der Kommunisten in der DDR!" stand auf einem großen Transparent, das an der Spitze der Demonstration getragen wurde. Zahlreiche Tafeln mit dem Foto des Genossen Manfred Wilhelm wurden mitgeführt.

Stefan Heym:

Was ist das für ein Sozialismus?

Erstens meine ich, daß es den Deutschen weder im Osten noch im Westen ansteht, den Polen Ratschläge zu erteilen oder gar bei ihnen zu intervenieren. Die Deutschen, wie man weiß, waren an vier Teilungen Polens beteiligt, die letzte 1939, und für sie ist auf alle Fälle die größte Zurückhaltung am Platze.

Zum zweiten hoffe ich, daß die Berichte über die üblen Zustände in den Lagern und Gefängnissen, in denen die in Polen Inhaftierten und Internierten untergebracht sind, nicht den Tatsachen entsprechen. Sollten sie es aber dennoch tun, so müßte jeder, Ost wie West, seine Stimme dagegen erheben. Es hat gerade in Polen, und das ist noch gar nicht so lange her, solcher grausamen Lager genug gegeben, und derartiges darf sich nie, nie wiederholen.

Ferner sollte man sich darüber klar sein, daß die Gewerkschaft, die sich den Namen Solidarität gegeben hat, nicht die Urheberin der gegenwärtigen Wirren ist; vielmehr ist sie selber eine Folgeerscheinung von sozialen und politischen Mißständen. Wenn man sich über die Arbeitsunwilligkeit der polnischen Arbeiter unterhalten will, dann muß man zunächst einmal die Frage stellen: Warum wollen sie nicht arbeiten, und für wen nicht?

Überhaupt wäre darüber nachzudenken, was das für ein Sozialismus sein mag, in dem die Armee und andere Sicherheitskräfte mit der Waffe in der Hand gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden; denn eine Gewerkschaft mit neuneinhalb Millionen Mitgliedern, bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 36 Millionen, das ist die Arbeiterklasse. Was da geschehen ist, und wo die Wurzeln dazu liegen, verdient doch wohl eine ernsthafte Untersuchung, besonders da das Problem in etwas veränderter Form anderswo schon früher auf der Tagesordnung stand. Und da es keine vernünftige Alternative zum Sozialismus gibt — es sei denn, man möchte zum Kapitalismus und all dem, was dieser beinhaltet, zurückkehren —, so wäre zu überlegen, welche Veränderungen in den Strukturen dieses Sozialismus vorzunehmen wären, damit endlich aus dem real vorhandenen ein wirklicher Sozialismus entsteht, mit dem die Arbeiter sich identifizieren können.

Notwendig ist aber auch, sich vor einer Illusion zu hüten, die von gewisser Seite gehegt wird, nämlich daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Polen sich aus der Reihe der Länder des Warschauer Pakts herausbrechen ließe. Es gibt Fakten der Geographie, die sich nicht aus der Welt schaffen lassen und die, mißachtet man sie, diese Welt in eine Katastrophe stürzen könnten.

Und schließlich möchte ich wünschen, daß das Kriegsrecht in Polen, das nun schon viel zu lange herrscht, aufgehoben werden möge, denn mit Gewalt kann man soziale Fragen wohl unterdrücken, aber lösen kann man sie nicht.

„Lex Peter“: Kein Fortschritt im Kampf gegen Berufsverbote

Der Radikalenerlaß muß vollständig fallen

BONN. — Kurz vor dem zehnten Jahrestag des „Radikalenerlasses“ am 28. Januar, mit dem die Berufsverbote in Westdeutschland und Westberlin ihren Anfang nahmen, denkt man in Kreisen der Regierungsparteien wieder einmal über eine „Differenzierung“ der Berufsverbotspraxis nach. Daraus ergibt sich aber kein Fortschritt im Kampf für die Abschaffung der Berufsverbote.

Anlaß zu den öffentlichen Überlegungen, die besonders von Innenminister Baum angestellt werden, war das Urteil gegen den Postbeamten Hans Peter, der wegen seiner Zugehörigkeit zur DKP vom Dienst suspendiert wurde. Baum möchte zukünftig bei der Anwendung des Radikalenerlasses nach der Funktion des jeweiligen Berufsverbotskandidaten differenzieren. Er traf dazu die großartige Feststellung: „Was beim Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz eine evidente Pflichtverletzung wäre, ist es nicht unbedingt auch schon beim Lokomotivführer oder Postschaffner“.

Hans Peter hätte also eventuell weiter Dienst tun dürfen, was für ihn persönlich sicher besser gewesen wäre.

Dennoch sind die Überlegungen Baums kein Schritt in die richtige Richtung. Denn statt zur Beseitigung der reaktionären Berufsverbote beizutragen, zementiert sie diese ausdrücklich als Bestandteil staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen. Nur in der Anwendung will man etwas flexibler vorgehen, damit auch den Spielraum der Erpressung erweitern.

Mit seinem Angebot will Baum auch die Front der Berufsverbotsgegner spalten, zumindest Verwirrung in ihre Reihen tragen. Demagogisch wird dazu auch der bereits angekündigte Widerstand der CDU/CSU gegen diese Pläne ausgenutzt.

Für alle Gegner des Radikalenerlasses gilt es jedoch, gerade zum zehnten Jahrestag seines Bestehens, seine vollständige Beseitigung und die Wiedereinstellung aller davon betroffenen zu fordern.

NDR-Chef Räuker gegen „Pardon“, „Spiegel“ und UZ

Die Gleichschalter ziehen vor Gericht

Urteilsverkündung am 19. Februar

HAMBURG. — Im Oktober veröffentlichte das Satiremagazin „Pardon“ den Wortlaut eines Telefongesprächs zwischen NDR-Intendant Räuker und seinem persönlichen Referenten, das die konkreten Anstrengungen dieser Herren und der Kreise, die hinter ihnen stehen, veranschaulicht, die reaktionäre politische Gleichschaltung der Medien voranzutreiben, Personalvertretungs- und Mitspracherechte der NDR-Mitarbeiter auszuschalten und unliebsame weil fortschrittliche Redakteure kaltzustellen.

Räuker klagte, nicht nur gegen „Pardon“, sondern auch gegen UZ (DKP-Zeitung) und „Spiegel“. Die UZ hatte den vollen Wortlaut, der „Spiegel“ Auszüge nachgedruckt.

ROTER MORGEN

Ein Telefonat, an dem sich die ARD die Füße wärmen kann

Schöne Wochenendlektüre

Eine Zensur findet nicht statt...

Auch der „Rote Morgen“ hatte den vollen Wortlaut veröffentlicht, um zur Verbreitung dieser Machenschaften, zur Aufklärung der Öffentlichkeit beizutragen (RM 43/81, S. 8 — siehe Faksimile). Als wir uns zur Veröffentlichung entschlossen, hieß es noch, die entsprechende Ausgabe der „Pardon“ solle beschlagnahmt werden.

Zum ersten Verhandlungstag in dem genannten Prozeß erschien Räuker nicht. Seine Anwälte teilten mit, daß Räuker und Lampe jede Aussage darüber, ob der veröffentlichte Wortlaut des Gesprächs der Wahrheit entspräche, ausdrücklich jede Aussage verweigerten. Das muß man als Bestätigung werten.

Die Verbreitung der Wahrheit über den Versuch, den Rundfunk gleichzuschalten, steht im Interesse der gesamten demokratischen Öffentlichkeit. Sie darf nicht per Gerichtsbeschluß unterbunden werden!

Westberlin:

Antisemitischer Sprengstoffanschlag

WESTBERLIN. — Am Abend des 25. Januar wurde auf das israelische Restaurant „Mifgash Israel“ ein Sprengstoffanschlag verübt. 25 Menschen wurden zum Teil erheblich verletzt, einige von ihnen durch die Scheibe auf die Straße geschleudert. Fünf von ihnen lagen bei Redaktionsschluß noch im Krankenhaus, ein 14 Monate altes Baby schwebt in Lebensgefahr.

Der Täterkreis steht noch nicht sicher fest. Gegen die Neonazi-Szene wird aber nur äußerst halbherzig ermittelt.

Egal, wer letztlich dahintersteckt, fest steht auf jeden Fall: Dieses Attentag war ein faschistischer Anschlag, ein abscheuliches Verbrechen, das all denen, die den Ungeist des Rassen- und Völkerhasses heute wieder aufleben lassen, nur gelegen kommen kann.

Die Alternative Liste kritisierte, daß der Staatsschutz einseitig nur gegen „Palästinenser“ ermittelt und nicht auch der Möglichkeit einer direkt neofaschistischen Aktion nachgeht. Die „Springer“-Presse hat bereits — ohne irgendeinen konkreten Anhaltspunkt — Palästinenser als Täter ausgemacht.



Die Fensterfront des zerstörten Speiserestaurants Mifgash Israel.



Ein Teil der Waffen und Hetzschriften, die kürzlich bei jugendlichen VSBD-Mitgliedern in Westberlin gefunden wurden.

Gegen diese Kritik verwahrte sich inzwischen der Leiter der Staatsschutzabteilung der Polizei Westberlins, Kittlaus.

Fest steht aber auch: In Westberlin gibt es reichlich Neonazis. In letzter Zeit waren vermehrt faschistische Schmierereien aufgetaucht, was die Behörden stets heruntergespielt hatten. Nun wurden kürzlich die Waffenfunde bei mehreren Jugendlichen bekannt, die einen Landesverband der VSBD, die als Mörderbande berüchtigt ist, gegründet haben. Von „entschiedenen Maßnahmen“ gegen den Rechtsterror, mit dem sich auch Westberliner Behörden brüsten, ist überhaupt nichts zu spüren. Noch immer wurde nicht einmal die Verhaftung der VSBDler gemeldet. Und auch von einem Verbotsantrag gegen sie durch Westberliner Stellen ist nicht die Rede.

Durch ein solches Verhalten aber sind Morde durch die Neonazis vorprogrammiert. Daß auch jüdische Mitbürger davon bedroht sind, beweisen die vielen Drohungen, beweisen Taten wie der Mord an Levin und Poeschke durch die Hoffmann-Bande.

Den Nazi-Terroristen muß endlich das Handwerk gelegt werden!

Ein Freibrief für Nazi-Terroristen

BGH-Entscheidung zugunsten K.-H. Hoffmanns

KARLSRUHE. — Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Anklage gegen den Wehrsportgruppen-Führer Karl-Heinz Hoffmann wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung aufgehoben!

Diese ungeheuerliche Entscheidung begründeten die Richter des 3. Strafsenats am obersten bundesdeutschen Gericht damit, daß die Hoffmann-Bande ihre Aktivitäten nach ihrer nach vereinsrechtlichen Gesichtspunkten erfolgten offiziellen Auflösung in der Bundesrepublik ins Ausland, vor allem in den Libanon verlegt hatte.

Nun ist es für niemanden ein Geheimnis, daß die Mitglieder dieser nun „WSG Ausland“ genannten Gruppe Deutsche sind, und zwar zum größten Teil solche, die schon immer für Hoffmann gearbeitet haben. Ebensowenig ist es ein Geheimnis, daß das Ziel ihrer Tätigkeit im Ausland die Ausbildung zum terroristischen Einsatz in Westdeutschland ist.

Damit gab der BGH den Nazi-Terroristen in unserem Land ein Patentrezept in die Hand, wie sie ungestört ihre Aktionen vorbereiten können.

Ein Freibrief zum Töten ist diese Gerichtsentscheidung! Denn daß die Nazis zum Töten bereit sind, das beweisen ihre Taten gerade in den letzten Monaten, besonders seit dem Oktoberfest-Attentat. Was diese grauenhafte Mordtat betrifft, so weigern sich die Justizbehörden weiterhin, Hoffmann auch deswegen unter Anklage zu stellen, obwohl alle Spuren zu ihm hinführen.

Hoffmann bleibt in Haft, weil er noch wegen Beteiligung an der Ermordung des jüdischen Verlegers Levin und seiner Lebensgefährtin Poeschke angeklagt ist.

Dieser Fall macht eindringlich klar, daß man den Kampf gegen den faschistischen Terrorismus auf keinen Fall der westdeutschen Justiz überlassen darf!

Roeder-Prozeß hat begonnen

Nazi-Mörder vor Gericht

STUTTGART. — In Stuttgart-Stammheim begann am 18. Januar der Prozeß gegen den Nazi-Terroristen und Anführer der „Deutschen Aktionsgruppen“, Manfred Roeder, und drei seiner Komplizen.

Eine Reihe von Sprengstoffanschlägen haben diese Verbrecher zwischen Februar und August 1980 verübt:

- Auf das Landratsamt Esslingen, wo eine Auschwitz-Ausstellung gezeigt wurde (21.2.80)
- Auf das Haus des Ostfilder Landrats Braun (18.4.80)
- Auf die Hamburger J.-Korczak-Schule, der früheren Schule am Bullenhuser Damm (27.4.80)
- Auf das Bundessammellager für Asylsuchende in Zirndorf (30.7.80)
- Auf eine Asylantenunterkunft in Lörrach (17.8.80)

Riesiger Sachschaden entstand, beim Anschlag in Lörrach wurden zwei Frauen verletzt.

Bereits bei den beiden erstgenannten Verbrechen bekannten sich die „Deutschen Aktionsgruppen“ öffentlich zu ihrer Täterschaft.

Die Behörden ließen aber erst noch zwei Menschen sterben, bevor sie tätig wurden:

Am 22. August 1980, bei dem Anschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hamburg, kamen zwei Vietnamesen um.

Roeder ist der Chef der Bande. Er schweigt sich noch zur Anklage aus. Seine Mittäter sind zum großen Teil bereits geständig. Es sind Sybille Vorderbrügge, Heinz Colditz und Raymond Hörnle. Hörnle hat die Rohrbomben gebaut, die bei allen Anschlägen benutzt wurden. Hörnle und Vorderbrügge haben auch den Hamburger Anschlag gestanden.

Dieser Fall zeigt exemplarisch, wozu es führt, Nazi-Gruppen gewähren zu lassen, obwohl man um ihre Bereitschaft zu Mord und Terror weiß. Ein halbes Jahr verging, zwei Menschen mußten sterben, bevor die Behörden tätig wurden. Dieselbe Haltung aber nehmen die Behörden auch heute noch gegenüber anderen Nazi-Banden, etwa der VSBD, ein!

Die Forderung zum Roeder-Prozeß kann nur sein: Lebenslänglich für die Mörder!

Und der Prozeß sollte ein weiterer Anstoß für den Kampf für Verbot und Zerschlagung aller Nazi-Organisationen sein.

Nazi Frey startet neue Aktion

Düsseldorf. — Gerhard Frey, Chef der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und Herausgeber der faschistischen „Deutschen National-Zeitung“, hat eine neue Kampagne gestartet: „Aktion deutsches Radio und Fernsehen“. Er hat sich zum Ziel gesetzt, zum Vormarsch der Reaktion in den öffentlichen Medien beizutragen. Offizieller Anlaß: die Ausstrahlung des Films „Der unvergessene Krieg“.

In verschiedenen Städten will die faschistische „Aktion“ Veranstaltungen durchführen, um reaktionäre und faschistische Elemente um sich zu scharen und gegen den letzten Rest an fortschrittlichen Sendungen Stimmung zu machen.

Einige dieser Versammlungen haben bereits stattgefunden. Eine davon am 17. Januar in Düsseldorf.

Die örtliche Tagespresse hatte am Vortage noch verbreitet, der dafür vorgesehene Raum im Hilton-Hotel sei wieder gekündigt worden. Es ist durchaus möglich, daß es sich hier um eine bewußt lancierte Falschmeldung handelte. Düsseldorfer Antifaschisten versicherten sich jedenfalls durch einen Anruf bei der DNZ, daß die Veranstaltung wie geplant stattfinden würde.

Etwa 100 antifaschistische Demonstranten empfingen dann die Nazis bei ihrem Einzug ins „Hilton“, der durch ein großes Polizeiaufgebot gesichert wurde. Hauptsächlich organisiert wurde die Aktion von der VOLKSFRONT. Von der Bevölkerung wurde diese Aktion gut aufgenommen.

Etwa 200 Nazis waren angereist, sie kamen aus ganz Nordrhein-Westfalen.

Die Antifaschisten sollten den Nazis auch in den anderen Städten, wo sie sich zusammenrotten, einen gebührenden Empfang erteilen!

ARF

Aktion deutsches Radio und Fernsehen

An alle Deutschen!

In zunehmendem Maße agitieren Rundfunk und Fernsehen, obgleich vom deutschen Gebührenzahler finanziert, gegen Lebensrecht und Lebensinteressen des deutschen Volkes. Die Ausstrahlung des sowjetischen Propagandafilms „Der unvergessene Krieg“ war ein vorläufiger Höhepunkt dieses schandbaren Treibens. Alle Schuld wird dem deutschen Volk aufgebürdet, und man will selbst heute noch Ungeborene kollektiv haftbar machen. Die systematische Verteufelung der deutschen Geschichte, die Herabwürdigung des deutschen Soldaten, die Minimalisierung der Verbrechen am deutschen Volk und der unermeßlichen Leiden der deutschen Zivilbevölkerung in und nach beiden Weltkriegen haben mit einer objektiven, wahrheitsgemäßen und ausgewogenen Berichterstattung nichts mehr zu tun. Die vielverleumdete Mitte und Rechte sind praktisch ohne Einfluß in Rundfunk und Fernsehen, in denen Randgruppen Abwegigkeiten ohne jede Rücksicht auf den Mehrheitswillen verbreiten. Wenn Sie, lieber Freiheitlicher, im halbwegs freien Rest Deutschlands diese Mißbräuche ablehnen und abstellen wollen, dann treten Sie bitte jetzt der AKTION DEUTSCHES RADIO UND FERNSEHEN (ARF) bei!

Herzlich Ihr GERHARD FREY

Treten Sie der Aktion deutsches Radio u. Fernsehen ARF jetzt bei!

Bitte mit möglichst vielen Ihrer Freunde, Kollegen und Familienangehörigen!

Eindrucksvolle Aktion gegen Sozialabbau

Ruten für die Ratsherren

Volkskorrespondenz aus Duisburg

Liebe Genossen,
ich möchte Euch von einer guten Aktion gegen Sozialabbau berichten, die kurz vor Weihnachten in Duisburg lief. Auch bei uns soll kräftig gespart werden. Während die Duisburger Industrie auch weiterhin Vergünstigungen erhält, (so werden ihr z. B. die Kosten für die anfallende Abwässerbeseitigung von allein 25 Millionen Mark erlassen), die Firma C & A als Weihnachtsgeschenk von der Stadt ein Baugrundstück in der City erhielt, während die Banken mal wieder kräftig absahnen können (sie kassierten 1981 von der Stadt 105 Millionen Mark an Zinsen für Kredite an die Stadt), sollen wir den Gürtel mal wieder enger schnallen. Hier einige Beispiele:

- Erhöhung der Gebühren für Müll, Straßenreinigung, Abwässer und Friedhof;
- Anhebung der Gebühren für Kindergärten und Kindertagesstätten;
- kürzere Öffnungszeiten in Altentagesstätten;
- weniger Veranstaltungen für Senioren;
- Einschränkung der Telefonbeihilfen für Alte und Behinderte;
- Wegfall der Kinderferienfahrkarten;
- weniger Zuschüsse für Jugendverbände;
- geringere Zuschüsse für Landschulheime;



Dieses Transparent haben Genossen der KPD gemacht

- Stellenkürzung in der Jugendpflege;
- Stellenkürzung in Kindergärten (zunehmend Halbtagsstellen);
- Fortfall von Stellen in der Rentenberatung;
- Schließung von 12 Büchereien (von insgesamt 28);
- Erhöhung der Kursgebühren bei der Volkshochschule;
- Einführung von Ausleihgebühren in den Büchereien usw.

Am 14. 12. wollte der Stadtrat über die Sparpläne beraten. Schon eine Stunde vor der geplanten Ratssitzung protestierten Duisburger vor dem Rathaus gegen die geplanten Sparmaßnahmen.

Auf Transparenten wurde gefordert: „Spart das Geld bei Bonzen und Banken und nicht bei Kindern, Alten und Kranken". Mitglieder einer Initiative gegen Sparbeschlüsse, die diese Aktion im wesentlichen vorbereitet hatten, verteilten Sticker mit einem Schweinchen und der Aufschrift „Sparschweinerei, nein danke!" Mehrere von ihnen hatten sich Schweinchenmasken besorgt. Es kamen weiter mit einem Sarg, in dem symbolisch der Sozialstaat zu Grabe getragen werden sollte. Auch ein Nikolaus war da, der den Ratsherren Ruten überreichen und aus einem goldenen Buch Gegenvorschläge vorlesen wollte. Doch dazu ist es gar nicht mehr gekommen.

Durch eine Eskorte der Politischen Polizei wurde ins Rathaus marschiert. Die Tribünen des Sitzungssaales waren schnell überfüllt, die meisten der ca. 200 Demonstranten mußten im Treppenhaus bleiben. Dann machte die Polizei das Rathaus dicht, so daß die vielen Nachzügler keine Chance mehr hatten, hineinzukommen.

Im Rathaus ging es nun rund: Mit einer Quetschkommode voran zog die Menschenmenge durch die Gänge und sang Weihnachtslieder, doch mit Weihnachten hatten die nichts zu tun. Das schöne alte Weihnachtslied „Macht hoch die Tür" war ganz schändlich umgedichtet worden: „Macht auf die Tür, die Tor macht weit, wir wehr'n uns gegen Sparsamkeit, die Sparsamkeit beim kleinen Mann, jetzt müssen endlich Reiche dran! Doch ihr, ihr wollt uns gar nicht hör'n, und darum müssen wir euch stör'n — in diesem edlen Saal. Denkt an die nächste Wahl!"

Vor den verschlossenen Türen des Sitzungssaales wurden Parolen gerufen („Dicke Gelder für die Reichen, beim Bürger woll'n sie kräftig streichen") und immer wieder „Krings raus, Krings raus" (das ist unser Oberbürgermeister). Und wieder gesungen. Hier eine Strophe aus dem Nikolaus-Lied: „Immer trifft's die ärmsten Schweine, und zwar die nur ganz alleine, Kapital und Industrie, all die Bonzen trifft es nie. Mistig, mistig, tra-la-ra-la-la, heut ist Nikolaus-Abend da..."

Das hat natürlich viel Spaß gemacht und es war eine Bombenstimmung da. Oberbürgermeister Krings fand das ganze allerdings nicht so lustig. Um zu zeigen, was er von Bürgerprotesten hält, ließ er mit Zustimmung aller anwesenden Ratsherren kurzerhand das Rathaus durch die Polizei räumen. Und die war wie üblich nicht gerade zimperlich.

Selbst die bürgerliche Presse kam nicht darum herum, über das brutale Vorgehen der Polizei zu berichten. Mehrere Demonstranten wurden getreten und die Treppen heruntergeschleift, selbst der Nikolaus wurde von mehreren Polizisten die Stufen hinuntergezerrt. Eine Teilnehmerin mußte mit einem Armbruch ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Empörung über die Räumung des Rathauses war sehr groß, was in zahlreichen Leserbriefen in den Tageszeitungen zum Ausdruck kam. Sogar die Vertreterversammlung der IGM beschäftigte sich mit diesen Vorfällen. Oberbürgermeister Krings und der Rat der Stadt können sicher sein, daß mit dieser Räumung der Kampf gegen die geplanten Sparmaßnahmen nicht beendet sein wird.

Rot Front!

Eine Genossin aus Duisburg

„Das Stadtrat-Lied"

Und der Stadtrat, der hat Gelder,
Und die zählt er ganz genau —
Ob die reichen für 'ne U-Bahn,
Und für Reisen nach Moskau.

Und die MEIERS, kleine Leute,
Kinderreich und sonst nur arm,
Trotz ein Leben lang Maloche
Wird's zuhaus' nicht richtig warm.

Doch wer zittert ist der Stadtrat,
Seine Kasse ist halb leer;
Denn die Gelder werden knapper,
Viele Opfer müssen her.

Also wird ganz groß verkündet,
Überall wird eingespart,
Doch dem Stadtrat geht's noch blendend,
Nur den Armen trifft es hart.

Denn der Stadtrat fährt Mercedes,
Sogar manchmal mit Chauffeur;
Dafür geht die liebe Gattin
Zweimal täglich zum Friseur.

Soll Oma MEIER billig fahren,
Läßt der Stadtrat es nicht zu —
Weil Senioren sich nicht wehren,
Herrscht im Land noch stille Ruh'.

Und die U-Bahn schluckt Millionen,
Wer sieht darin einen Sinn?
Nicht die MEIERS, sondern Banken
Machen hier den Hauptgewinn.

Und die Bonzen tun sich treffen,
Und verteilen den Gewinn,
Und in diesen Aufsichtsräten
Sitzt — jawohl! — der Stadtrat drin!

Dieser Stadtrat und der Krämer
Schenkt den Bonzen unser Moos,
Und er tut es, bis wir aufsteh'n —
Also Leute, JETZT GEHT'S LOS!

(Melodie: Macky Messer)

„Nikolaus-Lied"

Nikolaus kommt in unser Haus,
Packt den großen Sparsack aus,
Legt die „Fakten" auf den Tisch,
Daß der KLEINE MANN sie frißt —
Mistig, mistig, tra-la-ra-la-la,
Heut' ist Nikolaus-Abend da,
Heut' ist Nikolaus-Abend da.

Ferienfahrten sind verkehrt,
Dafür der Rat nach Moskau fährt,
Auch Senioren trifft es hart,
Fahrkarten werden eingespart —
Mistig, mistig...

Immer trifft's die ärmsten Schweine,
Und zwar die nur ganz alleine,
Kapital und Industrie,
All die Bonzen trifft es nie —
Mistig, mistig...

Sozialhilfe sparen ist gemein,
Und darf überhaupt nicht sein,
Hier ist Not schon riesengroß,
Ging der Schuß nach hinten los —
Das wär' lustig, tra-la-ra-la-la,
Dafür sind wir heute da,
Dafür sind wir heute da!

Seit der letzten Veröffentlichung sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

I. Spenden für den Roten Morgen

KPD Stuttgart, 100,— DM; KPD Rems-Murr, 10,30 DM; KPD Reutlingen, 150,— DM; Th.R., Hamburg, 100,— DM; P.K., München, 2000,— DM; R.K., Westberlin, 350,— DM; KPD Tübingen, 200,— DM; H.D.H., Wuppertal, 10,— DM; G.W., Düsseldorf, 50,— DM; Soldaten der Brigade 16, 250,— DM; Zelle Ost, Bremen, 600,— DM; TH.R., Hamburg, 50,— DM; M.W., Saarbrücken, 60,— DM; KPD Bielefeld, 350,— DM; H.Sch., Gießen, 50,— DM; I.W., Frankfurt, 500,— DM; E.A., Müden, 200,— DM; Genosse aus Herne, 300,— DM; KPD Mainz, 200,— DM.
insgesamt 5530,30 DM

II. Spenden zur Unterstützung unserer Genossen in der DDR

KPD Stuttgart, 50,— DM; Veranstaltung Hamburg 26. 11., 200,— DM; KPD Karlsruhe, 142,— DM; Bayer-Zelle, Leverkusen, 182,50 DM; M.N., Nünchen, 17,80 DM; W.H., Heilbronn, 220,— DM; G.H., Ludwigshafen, 50,— DM; Veranstaltung KPD Köln, 220,— DM; H.Sch., Gießen, 50,— DM; J.D., Essen, 5,— DM; P.K., München, 10,— DM; KPD Mainz, 200,— DM.
insgesamt 1140,30 DM

Damit sind bisher 43881,20 DM Spenden für den Roten Morgen und 3031,34 DM Spenden zur Unterstützung der Genossen in der DDR bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Sind Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei immer opportunistisch?

Zu einigen Argumenten der spanischen Genossen

Bereits im Oktober letzten Jahres erschien in deutscher Sprache eine kleine Broschüre als Auftakt einer neuen Reihe, die vom Presse- und Informationsbüro der Kommunistischen Partei Spaniens (m.-l.) herausgegeben wird. Diese Broschüre enthält vier Artikel aus dem Zentralorgan unserer spanischen Bruderpartei. Alle vier Artikel behandeln die Frage der Aktionseinheit mit Parteien des modernen Revisionismus. Alle Artikel bringen die Auffassung unserer spanischen Bruderpartei zum Ausdruck, daß jede Form der Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei eine opportunistische Abweichung von den marxistisch-leninistischen Grundsätzen darstellt und deshalb scharf abgelehnt werden muß.

Daß die spanische Bruderpartei ausgerechnet zu dieser Frage und zum jetzigen Zeitpunkt eine Veröffentlichung in deutscher Sprache herausgibt und in unserem Land vertreibt, ist natürlich kein Zufall. Offenkundig hängt es damit zusammen, daß unsere Partei in dieser Frage heute eine andere Auffassung vertritt und Aktionseinheiten mit der DKP/SEW unter bestimmten Bedingungen für richtig und nützlich hält.

Selbstverständlich betrachten wir es als unsere Pflicht, die Bedenken der spanischen Bruderpartei gegen unsere Haltung in dieser Frage ernsthaft zu prüfen. Deshalb nehmen wir an dieser Stelle zu den von den spanischen Genossen vorgebrachten Argumenten Stellung.

Genosse Raoul Marco, Mitglied des Sekretariats der spanischen Bruderpartei, aus dessen Feder drei der vier Artikel stammen, schreibt in dem ersten Artikel „Bündnispolitik und Grundsätze".

„... und es wäre ein schwerer, rechtsopportunistischer Irrtum, zu versuchen, uns der revisionistischen Führungsgruppe anzuschließen oder uns mit ihr zu verbünden, (die nicht mit der Basis verwechselt werden darf, auch nicht mit Zwischenausschüssen in gegebenen Orten und Umständen)."

Daß Genosse Raoul Marco hier das Problem der Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei als Frage des Anschlusses an die revisionistische Führungsgruppe oder des Verbündens mit ihr aufwirft, ist für uns überraschend und schwer verständlich. Unter Aktionseinheit versteht unsere Partei etwas völlig anderes.

Unsere Partei befand sich z. B. bei der großen Friedensdemonstration in Bonn mit 300 000 Teilnehmern in einer Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei; denn gemeinsam mit der revisionistischen Partei und mehreren hundert anderen Organisationen hatte sie den Aufruf zu dieser Aktion unterzeichnet,und sie hat an Beratungen zur Vorbereitung dieser Demonstration teilgenommen, bei denen die revisionistische Partei durch Spitzenfunktionäre vertreten war und dort getroffene Abmachungen wurden von uns auch respektiert. Diese Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei hat uns nicht daran gehindert, auf der Demonstration, die sich hauptsächlich gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen richtete, auch den sowjetischen Sozialimperialismus und den Warschauer Pakt scharf anzugreifen, Solidaritätsunterschriften für unsere in der DDR verhafteten Genossen zu sammeln. Unmittelbar im Anschluß an diese Demonstration war unsere Partei maßgeblich daran beteiligt, gegen den Widerstand der revisionistischen Partei eine Demonstration gegen Breschnew durchzusetzen, an der 12 000 Menschen teilnahmen.

Das kann man nicht ernsthaft als Anschluß an die revisionistische Führung oder als Bündnis mit ihr bezeichnen. Sehr wohl aber bestand nach unserem Verständnis in Bonn eine Aktionseinheit unter anderem auch mit der revisionistischen Partei, die bei den vorbereitenden Verhandlungen zu dieser Demonstration natürlich nicht durch ihre Basis, sondern durch ihren Parteivorstand vertreten war.

Die Unterscheidung zwischen Führung und Basis reicht allein nicht aus

Wenn unsere Partei also unter bestimmten Bedingungen eine Aktionseinheit mit der revisionistischen (oder anderen reformistischen Parteien und Organisationen) Partei ins Auge faßt, dann niemals, um sich der revisionistischen Führungsgruppe anzuschließen oder sich mit ihr zu verbünden, sondern immer **nur** im Hinblick auf die Basis und Anhängerschaft der revisionistischen Partei und die revolutionäre Mobilisierung der Massen im allgemeinen.

Nur wissen wir aus dem Studium der historischen Erfahrungen des internationalen Kommunismus und aus unseren eigenen Kampferfahrungen, daß es nicht ausreicht, einen Unterschied zwischen Basis und Führung der reformistischen und revisionistischen Parteien zu machen. Das ist lediglich die Grundvoraussetzung, ohne die die kommunistische Partei überhaupt keinen ernsthaften Kampf um die Gewinnung der vom Revisionismus beeinflußten Massen führen könnte. Allein mit der Unterscheidung zwischen Führung und Basis ist aber das Problem noch nicht gelöst, daß die Kommunisten sich einen Weg zu den reformistisch und revisionistisch beeinflußten Massen bahnen müssen. Nur indem die kommunistische Partei der revisionistischen Agitation und Propaganda ihre revolutionäre Agitation und Propaganda entgegenstellt, nur durch Aufrufe an die Basis der reformistischen und revisionistischen Parteien, mit den konterrevolutionären Führungen zu brechen, wird das in der Regel nicht gelingen.

Wollen die Kommunisten eine Änderung in den Anschauungen der vom Reformismus und Revisionismus beeinflußten Massen herbeiführen, müssen sie an der Seite dieser Massen den Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker führen und ihnen anhand der praktischen Kampferfahrungen die Arbeiterfeindlichkeit der revisionistischen Ideologie und Politik, den konterrevolutionären Charakter der revisionistischen und reformistischen Führungen **beweisen.**

Das ist leichter gesagt als getan. Folgen bedeutende Teile der Massen den reformistischen und revisionistischen Führern, wird auch die antikommunistische Hetze dieser Führer unter diesem Teil der Massen Einfluß haben. Sie werden den kommunistischen Anstrengungen um die Einheitsfront von unten mit großem Mißtrauen begegnen, weil ihre Führer ihnen erklären, die Kommunisten würden unter der Fahne der Einheitsfront in Wirklichkeit nur die Zerstörung ihrer (also der reformistischen bzw. revisionistischen) Partei anstreben. Die Bemühungen der Kommunisten um die Einheitsfront von unten stoßen so unter Umständen nicht nur auf die Ablehnung der revisionistischen und reformistischen Führer, sondern auch auf die der Basis.

In dieser Situation nützt den Kommunisten die allgemeine Beschwörung des Unterschiedes zwischen Führung und Basis wenig, wenn sie nicht ergänzt wird durch die Anerkennung der Tatsache, daß der Basis der reformistischen bzw. revisionistischen Parteien dieser Widerspruch noch nicht bewußt ist und die konterrevolutionären Führungen die reformistische bzw. revisionistische Partei noch relativ geschlossen gegen die Beeinflussung durch die Kommunisten abschotten können.

Unter diesen Bedingungen ergibt sich für die kommunistische Partei die Notwendigkeit, um sich überhaupt Zugang zu den vom Reformismus bzw. Revisionismus beeinflußten Massen zu verschaffen, gewisse Kompromisse gegenüber der reformistischen Partei zu machen, die dabei durch ihre Führung vertreten wird, weil der Widerspruch zwischen Führung und Basis zwar objektiv besteht, die Trennung politisch aber noch nicht vollzogen ist. Zu solchen notwendigen Kompromissen zählen unter bestimmten Bedingungen auch Angebote an die revisionistischen bzw. reformistischen Parteiführungen zum gemeinsamen Kampf in konkreten Teilfragen.

Es handelt sich seitens der Kommunisten um einen Kompromiß, weil die Kommunisten wissen, daß die reformistischen und revisionistischen Führer alles tun werden, um den revolutionären Massenkampf zu sabotieren und daß es deshalb günstiger wäre, diese Arbeiterverräter hätten gar nicht erst die Möglichkeit, ihre zersetzende Tätigkeit innerhalb der Einheitsfront zu entfalten. Wenn die Frage aber so steht, daß die vom Reformismus und Revisionismus beeinflußten Massen nur dann in die Einheitsfront mit den Kommunisten eintreten, wenn die Kommunisten das Angebot zur Aktionseinheit auch an die reaktionären Führungen richten, muß die kommunistische Partei diesen Kompromiß eingehen.

Ein solcher Kompromiß wird zum Nutzen der kommunistischen Partei, der Revolution und des Sozialismus sein, wenn die Kommunisten es verstehen, das Bestehen der Einheitsfront mit den vom Reformismus und Revisionismus beeinflußten Massen zu nützen, um ihre kommunistischen Auffassungen (dazu gehört vor allem auch die schonungslose Kritik an der reformistischen bzw. revisionistischen Ideologie und Politik und die Entlarvung der konterrevolutonären Führungen) unter die reformistisch und revisionistisch beeinflußten Massen zu tragen und diese anhand der Kampferfahrungen von der Richtigkeit der Auffassungen des Kommunismus zu überzeugen.

Lehnen die Kommunisten dagegen unter solchen Bedingungen jeden Kompromiß gegenüber den reformistischen und revisionistischen Parteien ab, dann überlassen sie die reformistisch bzw. revisionistisch beeinflußten Massen völlig dem Einfluß der reaktionären Führung, bringen sich um nahezu jede Möglichkeit, diese Teile der Massen im Sinne des Kommunismus zu beeinflussen.

Die Taktik muß der Strategie dienen, aber...

Offensichtlich in der Absicht, die prinzipielle Unzulässigkeit von Aktionseinheiten auf zentraler Ebene mit der revisionistischen Partei nachzuweisen, schreibt Genosse Raoul Marco:

„Und hier dürfen wir nicht vergessen, trotz der Behauptungen einiger, daß die Taktik der Partei **immer** im Dienst ihrer Strategie steht und nicht umgekehrt. Unsere Taktik ergibt sich aus den Grundprinzipien und muß ihnen jeder Zeit angepaßt werden. Und wenn einmal bei Gelegenheit unsere Taktik in Widerspruch mit der Strategie gerät, müssen wir die erste entschlossen der zweiten unterordnen, denn das Gegenteil stürzte uns kopfüber in den Opportunismus."

Allgemein ist dem sicher zuzustimmen: zweifellos darf die Taktik der kommunistischen Partei nicht prinzipienlos sein und selbstverständlich muß sie der Strategie der Partei dienen. Die Frage ist, wann dient die Taktik der Strategie? Die spanischen Genossen gehen offensichtlich von folgender Vorstellung aus: wenn der Kampf gegen den Revisionismus ein Grundprinzip der kommunistischen Partei ist, wenn die Zerstörung des revisionistischen Masseneinflusses eine strategische Aufgabe der kommunistischen Partei ist, ohne deren Lösung der strategische Sieg des Proletariats unmöglich ist, dann ist eine Taktik, die u.a. auch Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei einschließt, prinzipienlos und steht im Widerspruch zur Strategie.

Aber die Bereitschaft der kommunistischen Partei, unter bestimmten Bedingungen Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei einzugehen, wo dies erforderlich ist, um sich einen Weg zu den revisionistisch beeinflußten Massen zu bahnen, schließt doch keineswegs aus, daß die Kommunisten gleichzeitig einen konsequenten Kampf zur Entlarvung des modernen Revisionismus führen. Wir betonen noch einmal, daß wir nur solche Aktionseinheiten für zulässig halten, die der kommunistischen Partei im vollem Umfang die Freiheit der Agitation und Propaganda, insbesondere die Freiheit der uneingeschränkten Kritik des Reformismus und Revisionismus und der Arbeiterverräter, lassen. Prinzipienlos sind Aktionseinheiten, die den Verzicht der Kommunisten auf die Entlarvung des Revisionismus bedeuten. Keineswegs sind aber **alle** Aktionseinheiten mit reformistischen bzw. revisionistischen Parteien prinzipienlos.

Wenn die Isolierung des Reformismus bzw. Revisionismus eine strategische Aufgabe der kommunistischen Partei ist, dann hängt die Antwort auf die Frage, welche Taktik der Strategie dient, davon ab, ob Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei es den Kommunisten unter bestimmten Bedingungen erleichtern, diese strategische Aufgabe zu lösen oder ob sie unter allen Umständen die Lösung dieser strategischen Aufgabe behindern oder gar

Fortsetzung auf Seite 10



Raoul Marco, Mitglied des Sekretariats der KPSp/ML

Bündnispolitik und Grundsätze
Raoul Marco

Für jede marxistisch-leninistische Partei, die sich verpflichtet hat, im revolutionären Prozess voranzukommen, ist es von grundlegender Bedeutung, allmählich ihre Einheits- und Bündnispolitik zu definieren und zu entwickeln. Diese Politik, die einen Teil der parteilichen Taktik darstellt, welche ihrerseits „einen Teil der Strategie bildet, der sie untergeordnet ist und in deren Dienst sie steht" (Stalin), muß flexibel genug sein, um den Schwankungen des revolutionären Prozesses angepaßt und entsprechend korrigiert werden zu können.

Die Partei, die in ihrer Bündnispolitik sehr anpassungsfähig sein muß, muß gleichzeitig unnachgiebig in den Fragen der Grunsätze sein, um nicht dem Opportunismus zu verfallen. Das heißt, daß wir unsere Bündnispolitik aufstellen, anwenden und entwickeln müssen, indem wir sowohl die sektiererische als auch die rechtsorientierte Abweichung vermeiden, denn beide sind gleichermaßen schädlich für die Sache der Arbeiterklasse. Es wäre ein sektiererischer Irrtum, uns zu weigern, Bündnisse oder konkrete einheitliche Aktionen mit anderen Kräften oder politischen Parteien einzugehen, mit denen Meinungs- oder sonstige Unterschiede bestehen (bestünden sie nicht, wäre die besagte Politik ja nicht notwendig); und es wäre ein schwerer, rechtsorientierter Irrtum, zu versuchen, uns der revisionistischen Führungsgruppe anzuschliessen oder uns mit ihr zu verbünden (die nicht mit der Basis verwechselt werden darf, auch nicht mit Zwischenausschüssen in gegebenen Orten und Umständen).

Selbstverständlich muß die Taktik der Einheits- und Bündnispolitik ganz die objektiven und subjektiven, konkreten Gegebenheiten eines Landes berücksichtigen. Aber ebenso müssen wir in Betracht ziehen, daß unsere Partei nicht von den anderen Parteien in der Welt isoliert ist, und ebensowenig können wir die internationale Situation außer Acht lassen und nur unsere augenblicklichen Interessen im Auge behalten, denn das brächte uns ebenfalls zum Opportunismus, ließe uns Fehler machen und in Widersprüche mit den Schwesterparteien geraten.

So wäre z.B. die Frage der Aktionseinheit (aus Meinung zur „Taktik") mit der Führungsgruppe Carillos ein äußerst schwerer Fehler, der **vorläufig** durch nichts gerechtfertigt werden könnte. Das hieße, die Lektionen der Geschichte zu vergessen, z.B. wie die Revisionisten und Opportunisten der II. Internationalen das Gemetzel zwischen den Völkern im Ersten Weltkrieg ermöglicht haben; das hieße vergessen, daß die revisionistischen und sozialdemokratischen Anführer immer wieder der Bourgeoisie nachgeben, deren treue Diener sie trotz ihrer Demagogie und Phrasendrescherei sind; das hieße vergessen, wie Enver Hoxha sagt, daß „es für die Marxisten-Leninisten keine Politik ohne Ideologie gibt".

Genau Enver Hoxha sagte schon, indem er die opportunistischen Positionen der chinesischen Maoisten (im Jahre 1964!) kommentierte, die die Gründung einer antiimperialistischen Front mit den Revisionisten befürwortet hatten (eine Idee, die er treffsicher als antileninistisch qualifizierte):

„Würden die modernen Revisionisten (...) für den Sozialismus, die Revolution, den Marxismus-Leninismus kämpfen? Man müßte revisionistisch sein, um das zu behaupten. Die Marxisten sagen, **daß die Revisionisten seit immer antirevolutionär, antiimperialistisch sind und bleiben,** daß sie gegen den Sozialismus und den Kommunismus kämpfen, und daß sie die Existenz des Kapitalismus verlängern wollen. Demnach **bedeutet die Gründung einer ‚antiimperialistischen Front mit den modernen Revisionisten', daß sich die Marxisten-Leninisten in ‚Don Quichotte' verwandeln und einen ‚harten Kampf gegen die Windmühlen' entwickeln.** (...) Die Marxisten-Leninisten können auf diesem Weg des Verrats nicht vorankommen und müssen eine solche Idee, die durch und durch revisionistisch und verräterisch ist, bekämpfen". (Bd. 3, S. 674/675 [span. Ausgabe] von Enver Hoxha hervorgehoben.)

Es versteht sich, daß Bündnisse oder Kompromisse mit den revisionistischen Anführern, unter welchem Vorwand auch immer, nicht nur nicht zu ihrer Demaskierung beitragen, sondern im Gegenteil ihnen helfen, die Massen weiterhin zu täuschen. Gleichzeitig wird dadurch Verwirrung gestiftet, und die Marxisten-Leninisten werden um ihr Ansehen gebracht.

Deswegen, Einheits- und Bündnispolitik ja, aber auf der Basis der Grundsätze.

(Aus „Vanguardia Obrera", Nr. 363, 5. - 18. Juni 1981)

Zu einigen Argumenten der spanischen Genossen

Fortsetzung von Seite 9

verhindern. Die spanischen Genossen schließen das Erstere offensichtlich kategorisch aus. Genosse Raoul Marco:

„Es versteht sich, daß Bündnisse oder Kompromisse mit den revisionistischen Anführern, unter welchem Vorwand auch immer, nicht nur nicht zu ihrer Demaskierung beitragen, sondern im Gegenteil ihnen helfen, die Massen weiterhin zu täuschen."

Wenn Genosse Raoul Marco von **Bündnissen** mit den revisionistischen Führern spricht, wiederholen wir, daß wir Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei nicht als Bündnis mit den Führern verstehen und diese Auslegung auch nicht akzeptieren. Als Kommunisten verbünden wir uns niemals mit den Arbeiterverrätern. In unserem Kampf gegen diese Arbeiterverräter sind wir aber sehr wohl in vielen Situationen zu Kompromissen gezwungen. Wie Lenin vor allem in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit des Kommunismus" dargelegt hat, ist der Kampf der Kommunisten für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse unmöglich ohne prinzipiellen Kampf gegen den Reformismus, aber auch unmöglich ohne gewisse Kompromisse gegenüber der reformistischen Partei und den reformistischen Führern. **Es kommt darauf an, ob es Kompromisse sind, um bessere Bedingungen zum Kampf gegen denReformismus zu erreichen oder Kompromisse, um sich mit dem Reformismus auszusöhnen.**

Aber auch, wenn man in dem obigen Zitat des Genossen Raoul Marco die Formulierung „Bündnisse oder Kompromisse mit den revisionistischen Anführern" ersetzt durch die Formulierung „Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei", ist die Behauptung der spanischen Genossen in dieser Allgemeinheit offenkundig falsch. Lenin hat wiederholt dargelegt, daß die Bolschewiki, um die subjektiven Bedingungen für den Sieg der Oktoberrevolution zu schaffen, in bestimmten Situationen Aktionseinheiten (auch mit den Menschewiki) eingegangen sind und daß eben das für die Bolschewiki unerläßlich war, um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, die zeitweilig die Menschewiki unterstützte. Lenin hat für verschiedene kapitalistische Länder die Notwendigkeit betont, daß die Kommunisten Kompromisse (einschließlich Aktionseinheiten auf zentraler Ebene) gegenüber den reformistischen Parteien eingehen müßten, um eine Isolierung der Kommunisten von der Masse der Arbeiter zu vermeiden; denn wenn die Kommunisten von der Masse der Arbeiter isoliert sind, bleiben alle ihre Anstrengungen zur Entlarvung des Revisionismus ohne Wirkung auf die Masse dieser Arbeiter.

In Deutschland, wo die KPD vor 1933 mehrere Schwankungen in ihrer Politik durchgemacht hat, läßt sich eindeutig nachweisen, daß die KPD stets dann die größten Erfolge bei der Gewinnung reformistisch beeinflußter Massen erzielte, wenn ihre Taktik im Kampf gegen den Reformismus auch Aktionseinheitsangebote an die sozialdemokratische Parteiführung einschloß.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß die These der spanischen Genossen, Aktionseinheiten mit reformistischen bzw. revisionistischen Parteien würden **immer** die Täuschung der Massen durch die konterrevolutionären Führungen begünstigen, unhaltbar und durch die historischen Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung widerlegt ist.

Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei — Bündnis mit Moskau?

Unter der Zwischenüberschrift „Ist die Einheit mit der revisionistischen Führung möglich?" führt Genosse Raoul Marco aus: „. . . und wir mühen uns, mit allen, die wirklich versuchen, sich unseren gemeinsamen Feinden zu widersetzen, zu einer Aktionseinheit zu kommen. Aber **vorläufig, in den heutigen Umständen** bestehen wir darauf, daß es nicht möglich ist, den Imperialismus zu bekämpfen, indem man sich auf den Sozialimperialismus stützt und umgekehrt."

Offensichtlich sehen die spanischen Genossen das Problem so, daß eine Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei gleichbedeutend damit ist, sich auf den sowjetischen Sozialimperialismus gegen die westlichen imperialistischen Mächte zu stützen.

Natürlich gibt es die von den spanischen Genossen angesprochenen Tendenzen, sich im Kampf gegen den einen Imperialismus auf einen anderen zu stützen. Es muß nicht eigens betont werden, daß wir uns mit den spanischen Genossen in der Ablehnung dieser Tendenzen völlig einig sind. Wir halten es aber für falsch, die Frage der Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei gleichzusetzen mit der Frage, ob man sich auf den sowjetischen Sozialimperialismus stützen soll oder nicht.

Die meisten revisionistischen Parteien vertreten zweifellos im großen und ganzen die Auffassungen der sowjetischen Führung und ein bedeutender Teil ihrer Aktivitäten ist auf die Unterstützung der sowjetischen Interessen gerichtet. Das gilt in sehr starkem Maß für die DKP in der Bundesrepublik und die SEW in Westberlin, die finanziell im großen Stil von den ostdeutschen Revisionisten ausgehalten werden und sich schon deshalb an besonders kurzer Leine Moskaus befinden. Die revisionistische Partei dieses Typs arbeitet im Sinne der sowjetischen Interessen, aber nicht im Stil und mit den Mitteln einer Organisation von Geheimagenten, sondern als Agentur **in** der Arbeiterbewegung, indem sie versucht, durch politische und ideologische Beeinflussung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und durch die Okkupierung von Schlüsselpositionen in der Arbeiterbewegung dieser eine Richtung zu geben, die günstig für die Interessen des sowjetischen Sozialimperialismus ist. Sie ist also, auch wenn sie in besonderer Weise den sowjetischen Interessen dient, eine bürgerliche **Arbeiterpartei.** Geheimagenten kann man ausschalten, indem man sie aufspürt, verhaftet, gegebenenfalls erschießt. Eine bürgerlicheAgentur in der Arbeiterbewegung kann man nur ausschalten, indem man ihren Masseneinfluß möglichst vollständig zerstört.

Also steht die kommunistische Partei selbst dann, wenn sie die revisionistische Partei vor allem oder gar ausschließlich als Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus betrachtet, vor dem Problem, daß sie diese Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus nur erfolgreich bekämpfen kann, wenn sie sich im Klassenkampf einen Weg zu den revisionistisch beeinflußten Massen bahnt und damit ergeben sich für die Kommunisten jene taktischen Probleme, über die wir schon gesprochen haben und deren Lösung ziemlich sicher gewisse Kompromisse gegenüber den revisionistischen Führern und unter bestimmten Bedingungen auch Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei notwendig machen.

Weiterhin ist unsere Partei der Ansicht, daß die revisionistischen Parteien keineswegs nur als Agenturen des sowjetischen Sozialimperialismus eingeschätzt werden können. Sie sind unserer Auffassung nach zugleich Agenturen der Bourgeoisie des jeweiligen Landes, die sich auf die in erster Linie von der Bourgeoisie dieses Landes korrumpierte Arbeiteraristokratie stützen, die ihren Masseneinfluß nicht vor allem wegen ihrer Haltung zur Sowjetuion haben. Gerade in Spanien scheint uns der Umstand, daß die Carrillo-Partei Agentur der mit dem US-Imperialismus und den westeuropäischen Imperialisten verbundenen spanischen Bourgeoisie und Reaktion ist, so offenkundig zu sein, daß sich eine lange theoretische Beweisführung erübrigt.

Aus der Tatsache, daß die revisionistische Partei auch Agentur der Bourgeoisie des eigenen Landes ist, ergibt sich, daß die Kommunisten die revisionistische Partei nicht nur dadurch in den Augen der Massen entlarven können, daß sie deren enge (den Massen im übrigen durchaus nicht unbekannte) Beziehung zum sowjetischen Sozialimperialismus enthüllen und über die Wiederrichtung des Kapitalismus in der Sowjetunion und deren Rolle als imperialistische Supermacht Aufklärung betreiben. Das ist sicher absolut richtig und notwendig; unbedingt hinzukommen aber muß die Entlarvung der revisionistischen Partei vom Standpunkt des Kampfes gegen die Ausbeuter und Unterdrücker im eigenen Land.

Diese Überlegungen machen klar, daß die revisionistischen Parteien nicht einfach als Verlängerung des sowjetischen Sozialimperialismus betrachtet werden können. Deshalb kann die Taktik der kommunistischen Partei im Kampf gegen die revisionistische Partei nicht die gleiche sein wie die im Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus. Deshalb ist eine Aktionseinheit mit der revisionistischen Partei etwas völlig Anderes als ein Bündnis mit dem sowjetischen Sozialimperialismus. Deshalb kann die kommunistische Partei eine konsequente Haltung gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus einnehmen und zugleich Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei eingehen, wenn die Klassenkampfsituation es erfordert.

Die Erfahrungen unserer Partei besagen sogar, daß es selbst im Rahmen von Aktionseinheiten, an denen auch die revisionistische Partei beteiligt ist, möglich ist, erfolgreich für eine Verbreitung der Front gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu kämpfen.

Eine Taktik für alle Länder?

Wir vermissen in den Artikeln der spanischen Genossen das Bemühen um eine konkrete Analyse der Rolle, die die revisionistische Partei in Spanien oder in anderen Ländern im Klassenkampf des Proletariats in den Volksbewegungen und im politischen System der Bourgeoisie einnimmt. Offensichtlich gehen die spanischen Genossen davon aus, daß eine solche konkrete Analyse nicht notwendig ist, um die Taktik der kommunistischen Partei gegenüber der revisionistischen Partei zu bestimmen, daß es vielmehr zur Festlegung der kommunistischen Taktik im Kampf gegen den Revisionismus ausreichend ist, von der allgemeinen, für alle Länder gültigen Charakterisierung des Revisionismus als antiproletarisch, konterrevolutionär, antikommunistisch und von der Rolle der Sowjetunion als sozialimperialistische Supermacht auszugehen.

Mit dieser allgemeinen (und sehr richtigen!) Charakterisierung des modernen Revisionismus glauben die spanischen Genossen die prinzipielle Unzulässigkeit von Aktionseinheiten mit revisionistischen Parteien für alle Länder beweisen zu können. Ein solches Herangehen scheint uns absolut unzureichend. Natürlich müssen wir bei der Festlegung unserer Taktik von dieser prinzipiellen Einschätzung des modernen Revisionismus ausgehen, hinzukommen muß aber seitens der kommunistischen Partei eines jeden Landes das Bemühen darum, zu verstehen, warum die revisionistische Partei in dem jeweiligen Land überhaupt über Masseneinfluß verfügt (doch wohl nicht, weil sie konterrevolutionär und antikommunistisch ist), warum sie in der Lage ist, mehr oder weniger große Teile der Massen zu täuschen. Nur wenn wir das korrekt einschätzen, können wir den Widerspruch zwischen Basis und Führung der revisionistischen Partei mit dem Ziel der Gewinnung der revisionistisch beeinflußten Massen verschärfen.

Das Herangehen der spanischen Genossen an die Frage führt zu der Schlußfolgerung, daß die Taktik der Kommunisten gegenüber den revisionistischen Parteien in allen Ländern gleich zu sein hat; denn die von den spanischen Genossen zur Begründung gegebene allgemeine Charakterisierung des modernen Revisionismus trifft für alle revisionistischen Parteien in der Welt zu. Dem hält unsere Partei entgegen, daß die Rolle der revisionistischen Parteien in den verschiedenen Ländern sowohl hinsichtlich ihrer Stellung in der Arbeiterbewegung als auch hinsichtlich ihrer Stellung im politischen System der Bourgeoisie große Unterschiede aufweist, die nicht ohne Auswirkungen auf die kommunistische Taktik gegenüber den revisionistischen Parteien bleiben können.

Für lehrreich halten wir in diesem Zusammenhang Ausführungen von Stalin über die Notwendigkeit einer konkreten Einschätzung der sozialdemokratischen Parteien in den verschiedenen Ländern. Natürlich konnte damals (1927) die Sozialdemokratie weltweit charakterisiert werden als antimarxistisch, als Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, als reformistisch und antikommunistisch usw. Stalin weist darauf hin, daß diese allgemeine Charakterisierung der Sozialdemokratie ergänzt werden muß durch eine konkrete Analyse der Rolle, die die sozialdemokratische Partei in dem jeweiligen Land spielt:

„Im Lande der Diktatur des Proletariats ist die Sozialdemokratie eine konterrevolutionäre Kraft, die die Wiedererrichtung des Kapitalismus und die Liquidierung der Diktatur des Proletariats im Namen der bürgerlichen ‚Demokratie' anstrebt. In den kapitalistischen Ländern, wo das Proletariat noch nicht die Macht in Händen hat, ist die Sozialdemokratie entweder eine oppositionelle Partei gegenüber der Macht des Kapitals oder eine halbe Regierungspartei, die ein Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie gegen die reaktionärsten Kräfte des Kapitalismus und gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung eingegangen ist, oder sie ist gänzlich Regierungspartei, die den Kapitalismus und die bürgerliche ‚Demokratie' gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats direkt und offen verteidigt. Sie wird gänzlich konterrevolutionär, und ihr konterrevolutionäres Wesen richtet sich gegen die Macht des Proletariats, erst nachdem die Macht des Proletariats Wirklichkeit geworden ist." (Stalin, gesammelte Werek, dt. Ausgabe, Bd. 10, S. 182f)

Heute erscheint es uns offenkundig, daß die kommunistische Taktik gegenüber der jeweiligen revisionistischen Partei nicht gleich sein kann für die DDR, wo die revisionistische Partei die Partei der herrschenden Kalsse und damit an der Macht ist, für Italien oder Frankreich, wo die revisionistischen Parteien in unterschiedlichem Ausmaß an der Ausübung der bürgerlichen Macht beteiligt sind, und für Chile, wo die revisionistische Partei verboten ist und ihre Kader und Anhänger schlimmer Verfolgung ausgesetzt sind. Diese ins Auge springenden Unterschiede bedingen nach unserer Überzeugung auch eine unterschiedliche Taktik (bei gleicher grundsätzlicher Einschätzung des modernen Revisionismus), und diese notwendigen Unterschiede in der Taktik betreffen auch die Frage der Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit von Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei.

Für eine offene und kameradschaftliche Diskussion

Die Argumente der spanischen Genossen überzeugen uns nicht. Es entspricht den historischen Erfahrungen des internationalen Kommunismus und den Erfahrungen unserer eigenen Partei, daß es im Rahmen der Einheitsfrontpolitik unter bestimmten Bedingungen und in begrenzten Teilfragen (keineswegs im Hinblick auf strategische Fragen) zweckmäßig und notwendig sein kann, Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei einzugehen.

Unsere Partei fürchtet dabei nicht, unter den Einfluß des modernen Revisionismus zu geraten. Dazu kennen wir den modernen Revisionismus zu gut. Die Revisionisten sind in einem Teil unseres Landes, in der DDR an der Macht. Die Sektion DDR unserer Partei kämpft unter schwierigsten illegalen Bedingungen für die Zerschlagung der sozialfaschistischen Diktatur durch die proletarische Revolution, für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats und den Neuaufbau des Sozialismsu. Wegen dieses Kampfes sitzt eine Reihe unserer Genossen in der DDR im Gefängnis.

Wir haben den Eindruck, daß durch die Beachtung, die die Haltung unserer Partei in der Frage der Aktionseinheit bei verschiedenen Bruderparteien gefunden hat, möglicherweise ein falscher Eindruck entstanden ist. In Wirklichkeit hat die Frage von Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei gegenwärtig in der Politik unserer Partei nur eine sehr untergeordnete Bedeutung. In unserem Land ist die revisionistische Partei zwar stärker als unsere Partei, verfügt aber selbst auch nicht über wirklichen Masseneinfluß. Die vorherrschende Strömung in der Arbeiterbewegung unseres Landes ist nicht der moderne Revisionismus, sondern der sozialdemokratische Reformismus.

Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei geht unsere Partei gegenwärtig nur ein, wenn ein breiteres Spektrum fortschrittlicher Kräfte daran beteiligt ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen hält unsere Partei es zwar für prinzipiell zulässig, aber nicht für zweckmäßig, Aktionseinheiten einzugehen, die **nur** von unserer Partei und der revisionistischen Partei getragen werden; denn solche Aktionseinheiten hätten auf der einen Seite gegenwärtig keinen wirklich positiven und mobilisierenden Effekt auf die Massenbewegungen, könnten auf der anderen Seite aber möglicherweise den schädlichen Eindruck einer Blockbildung unserer Partei mit der revisionistischen Partei hervorrufen.

Obwohl wir die Bedeutung dieser Frage für die praktische Politik unserer Partei insofern einschränken müssen, halten wir die Diskussion um diese Frage doch für sehr bedeutsam. In Wirklichkeit scheint es uns in dieser Diskussion nicht nur um die isolierte Frage, ob Aktionseinheiten mit der revisionistischen Partei prinzipiell zulässig sind oder nicht, zu gehen. Aus der Erfahrung unserer eigenen Partei wissen wir, daß die Frage, ob dieses Problem von einem doktrinären Standpunkt aus betrachtet wird oder vom Standpunkt des lebendigen politischen und ideologischen Kampfes gegen Reformismus und Revisionismus für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, auch andere Haltungen der Kommunisten beeinflußt. Z. B. die Frage, wie die kommunistische Partei überhaupt an die vom Reformismus und Revisionismus beeinflußten Massen herantritt, welche Haltung sie gegenüber den Gewerkschaften einnimmt, ihre Stellung zur realen (eben noch nicht unter führendem kommunistischen Einfluß stehenden) Arbeiterbewegung überhaupt usw.

Unsere Partei dankt den spanischen Genossen für ihre Bereitschaft zur ernsthaften Diskussion und wir werden ihre Erwägungen auch weiterhin sorgfältig prüfen. Der Weg, den die spanischen Genossen dabei mit der Herstellung und dem Vertrieb einer Broschüre in deutscher Sprache beschritten haben, erscheint uns allerdings umständlich. Einfacher wäre es, wenn die spanischen Genossen — das gilt natürlich für jede andere Bruderpartei — uns die Artikel, von denen sie meinen, daß sie den Mitgliedern und Anhängern unserer Partei bekannt sein sollten, zuschicken. Unsere Partei wird selbstverständlich solche Artikel im Zentralorgan oder im theoretischen Organ veröffentlichen und dazu Stellung nehmen. Wir halten das durchaus für eine Möglichkeit, in offener und kameradschaftlicher Weise die wichtigen Probleme zu diskutieren, denen sich die marxistisch-leninistische Weltbewegung heute gegenübersieht.

Horst-Dieter Koch

(Der Artikel des Genossen H.-D. Koch ist gekürzt. Der vollständige Artikel und alle vier erwähnten Artikel der spanischen Genossen werden in der nächsten Ausgabe des theoretischen Organs unserer Partei erscheinen.)

Gescheiterte Dezember-Offensive der Junta in El Salvador

Reagans Mittelamerikapolitik — offener Imperialismus

Im Dezember unternahmen die Truppen der herrschenden Junta in El Salvador ihre lange vorbereitete Generaloffensive gegen die Streitkräfte der FMLN (Front der nationalen Befreiung Farabundo Marti) im Norden und Nordosten des Landes, an der Grenze zu Honduras. Verstärkt durch Polizei, Nationalgarde und faschistische Banden, eingeflogen von amerikanischen Transporthubschraubern wüteten die Soldaten des Junta-Chefs Duarte zehn Tage lang in diesem Gebiet und ermordeten dabei über 1 000 Bauern und Landarbeiter sowie einige Dutzend Befreiungskämpfer, die im Kampf fielen. Aber ihr ganzer Fortschritt waren drei Brückenköpfe in diesem Gebiet, die bei dem Gegenangriff wenige Tage später wieder zerstört wurden. Dieses Scheitern wirft ein deutliches Licht auf die Mittelamerikapolitik Washingtons, die ihren imperialistischen, menschenfeindlichen Charakter immer deutlicher zeigt.

Ein Jahr nach dem Aufruf der FMLN zum Entscheidungskampf hat die Junta im Sold Washingtons die Kontrolle über ein Viertel des Territoriums von El Salvador verloren. Im Zuge dieser Entwicklung wurde die US-Politik von der Unterstützung der Junta, die die Verantwortung für 12 000 Todesopfer in elf Monaten trägt, ausgedehnt auf das zunehmend stärkere eigene Eingreifen.

Nachdem schon längere Zeit bekannt war, daß die US-Militärhilfe für Duarte wesentlich gesteigert wurde, daß Waffen und Munition täglich angeliefert werden, war vor einiger Zeit auch an die Öffentlichkeit gedrungen, daß es amerikanische Piloten sind, die die Kampf- und Transporthubschrauber fliegen. Erst vor kurzem wurde durch internationale Hilfsorganisationen bewiesen, daß die koordinierten Aktionen auf beiden Seiten der Grenze zwischen Honduras und El Salvador eben von amerikanischen Spezialisten koordiniert werden. Dabei handelt es sich um Aktionen, die zum Massenmord an flüchtigen Bauern geführt haben. Jetzt, nach der gescheiterten Offensive der Juntatruppen sagten Überläufer aus, daß amerikanische „Spezialisten" eben nicht nur die berüchtigten Konterguerrilla-Lehrgänge an der Panamakanalzone durchführen, sondern auch spezielle Folterkurse für die wildgewordene Soldateska Duartes organisieren.

Dieses Vorgehen der USA in El Salvador, diese allmähliche Eskalation eines unerklärten Krieges der USA gegen ein Volk erinnert aber nicht nur aufgrund dieser Parallelen an die Geschichte der US-amerikanischen Aggression gegen das vietnamesische Volk. Auch die angewandte Taktik der „verbrannten Erde", die in Vietnam bereits im besten Hitler-Stil praktiziert worden war, wird, wie man aufgrund der gescheiterten Dezemberoffensive gesehen hat, wiederum durchgeführt.

Und noch eine weitere Parallele hat das heutige Vorgehen Washingtons gegen die Bestrebungen der Völker Mittelamerikas, die nationale Unabhängigkeit, Agrarreform und Demokratie wollen. Die einst so offen propagierte Dominotheorie, die besagt, daß wenn sich die Vietnamesen von der amerikanischen Oberherrschaft befreiten, dann würden es auch die anderen Völker Indochinas, Kambodschaner und Laoten tun, wird ebenfalls wieder aus der Mottenkiste geholt. Und wie einst nach Kambodscha hinein, so wird heute dieser verbrecherische Krieg auch über die Grenze nach Honduras hinaus getragen.

Und wie damals, so wird auch ein gemeinsames Oberkommando gebildet, das für die Kriegsführung in allen umliegenden Staaten verantwortlich ist. Dies betrifft neben der Entwicklung in El Salvador und Honduras auch Guatemala, wo seit dem Sieg der Sandinistas in Nicaragua die Volksbewegung erneut einen großen Aufschwung genommen hat, wo sich zusehends eine Lage entwickelt, die jener in El Salvador vor der Absetzung des faschistischen Diktators Romero im Herbst 1979 gleicht.

Aber es gibt in der Mittelamerikapolitik der Vereinigten Staaten, die heute wieder offen unter der alten vorherrschaftlichen Losung „Amerika den Amerikanern" durchgeführt wird, einer Losung von der schon in den dreißiger Jahren klar war, daß sie eigentlich heißt „Ganz Amerika den USA" auch andere Aspekte als jene der Indochinapolitik der sechziger Jahre.

Diese Verschiedenheiten sind begründet in der Existenz Cubas und Nicaraguas. Zusammen mit Jamaica und Grenada stellen diese Staaten in den Kalkulationen der Washingtoner Weltherrschaftsstrategen Risiken dar. Und heute mehr denn je werden Versuche gemacht, die Zustände in diesen Staaten in einem für die USA-Monopole günstigen Sinne zu verändern.

In Jamaica, wo die schwache, auf einige Reformen abzielende Regierung von Michael Manley durch eine intensive Kampagne mit Mordanschlägen, Bombenlegen und Wirtschaftsboykott aus der Regierungsverantwortung gedrängt wurde, soll dies jetzt durch verschiedene verfassungsrechtliche Änderungen abgesichert werden. Die Politik der wirtschaftlichen Erpressung richtet sich jetzt gegen Grenada, um auch dort eine solche Entwicklung einzuleiten.

Nachdem in Nicaragua verschiedene Versuche, einen Putsch gegen die sandinistische Regierung zu organisieren, bisher gescheitert sind, versucht man jetzt eine öffentliche Stimmung in der gesamten Gegend für offene aggressive Maßnahmen gegen das befreite Land zu schaffen. Und schließlich versucht man auch, verstärkten Druck auf Kuba auszuüben, das, wie im kürzlich auch im „Roten Morgen" teilweise abgedruckten „Santa-Fé-Papier" gesagt wird, der Keim aller amerikanischen Schwierigkeiten sei.

Und mit diesem Argument wird die amerikanische Mittelamerikapolitik eine Einheit. Von der Dominotheorie in den Staaten im Zentrum Mittelamerikas bis zur Einkreisung derjenigen Staaten, die progressive nationale Regierungen haben und des revisionistisch regierten Cubas, wird jene Linie klar, die in Washington heute wieder in offen imperialistischer Manier vertreten wird, die einst nach dem Scheitern des Vietnam-Überfalls angeblich ins Museum gelegt werden sollte: an aller Unruhe, an jeder Oppositionsbewegung, an jedem Streik oder gar Aufstand sind die sowjetischen Weltherrschaftsbestrebungen schuld. Hinter allem, was sich gegen die Vorherrschaft der USA auf dem Erdteil richtet, steckt die Politik der UdSSR. Mit dieser Leitlinie wird der Weg bereitet für willkürliche Überfälle auf benachbarte und auch weiter entfernte Staaten.

Mit dieser Politik wird den Völkern Mittelamerikas jede eigene politische Bestrebung aberkannt, wird ihnen das Recht aberkannt, eigene Ziele, eigene Vorstellungen über ihre eigenen Länder zu haben, sollen alle Entwicklungen direkt aus Washington diktiert werden. Das richtet sich gegen jedes Verlangen auch nach der allerkleinsten Reform in diesen Staaten, das richtet sich gegen die elementarsten Menschenrechte der Bewohner dieser Staaten.

Und selbst die dortigen Regierungen dürfen nicht, wie Pinochet oder auch mal die herrschenden faschistischen Generale Argentiniens oder Brasiliens wenigstens ein Wort der Kritik an der amerikanischen Politik aussprechen — sie haben zu begrüßen, was Washington beschließt, alles andere gefährdet die „Stabilität".

Deswegen werden heute sogar die Verhandlungen, die einst Carter um den Panama-Kanal führte, verurteilt, deswegen wird heute die gesamte Cartersche Politik in diesem Raum, die darauf abzielte, bestehende Bewegungen nicht frontal niederzukämpfen, sondern auszuhöhlen, aufzukaufen, völlig verurteilt. Mit dieser von Reagan eingeschlagenen Politik der totalen Konfrontation gegen die Bestrebungen der Völker, mit diesem auch in Worten immer offener vertretenen Imperialismus schafft sich die amerikanische Regierung heute selbst ihr zweites Vietnam.

Volksentscheid erzwungen

Strafrechtsänderung in der Schweiz trifft auf Widerstand!

Im Sommer letzten Jahres hatte die Regierung der Schweiz eine Revision des Strafgesetzbuches beschlossen, die vor allem in drei Paragraphen einen offenen Angriff auf Demonstrations- und Kundgebungsfreiheit beinhaltet und zur Kriminalisierung politischer Bewegungen dienen soll. Dagegen hat sich ein breiter Widerstand entfaltet, der eine Volksabstimmung über dieses Gesetz forderte. Diese wird nun im Sommer dieses Jahres stattfinden.

Für die Durchführung einer Volksabstimmung war die Sammlung von mindestens 50 000 Unterschriften nötig, die eine solche forderten. Dies wurde in kurzer Frist erreicht und überboten — am vergangenen Wochenende wurden 85 000 Unterschriften übergeben, so daß diese Volksabstimmung jetzt stattfinden muß. Gesammelt wurden diese Unterschriften vor allem von zwei Komitees, von denen eines von den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei getragen wurde, das andere von verschiedenen linken und Jugendorganisationen. Die meisten Unterschriften — fast ein Viertel — wurden im Kanton Zürich gesammelt.

Schon mehrere Male in diesem Jahrhundert hatte die Schweizer Bevölkerung in Volksabstimmungen ähnliche politische Sondergesetze, wie sie die jetzt geplante Strafrechtsänderung bedeutet, abgelehnt. So bereits im Jahre 1903 und wieder im Jahr 1922. Im Jahr 1934, als ein Gesetz nach dem Muster des damaligen deutschen Nachbarstaates verabschiedet werden sollte, stimmte nicht nur die Mehrheit der Schweizer dagegen, sondern infolge der dabei entstandenen politischen Bewegung mußte auch die Regierung zurücktreten.

Seit 1968 wurden erneut verschiedene Versuche gemacht, zu einer schärferen politischen Unterdrückung zu kommen — der jetzige Vorstoß, für den der Polizeiverantwortliche Furgler eine Kommission einsetzte, ist also von langer Hand vorbereitet. Deshalb wird auch immer stärker die Forderung nach einem Rücktritt Furglers erhoben.

Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß bis zur Durchführung der Volksabstimmung wachsende politische Auseinandersetzungen an der Tagesordnung sein werden.

Roter Rebell 1 / 82



Neu!

Polen
Polen unter der Militärdiktatur. Unsere Meinung zur Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaft
Seiten 8/9 und 10/11

„Rebell" Aktuell
Berichte und Meldungen aus Betrieben, der Bundeswehr und vom antifaschistischen Kampf
Seiten 4/5 und 6

Das Jahr der Behinderten
Korrespondenz über offizielle und inoffizielle Aktivitäten
Seite 7

Spektrum
Neue und alte Bücher, ein Plattentip und neues von Auflauf
Seiten 12 und 13

Hintergrund
„Alles frisch", „Alles Quatsch" oder was?
Seite 15

Preisrätsel
Unser Preisrätsel und einiges über große Sparschweine
Seite 15

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Prozess gegen DISK-Funktionäre

Folterkammer Türkei

Dokumentation des Komitees Freiheit für die Türkei an den Europarat

Der Anwalt der 52 angeklagten Gewerkschaftsfunktionäre des türkischen Gewerkschaftsbundes DISK wandte sich in der vergangenen Woche an die Öffentlichkeit mit einer Reihe von Beweisen dafür, daß seine Mandanten gefoltert worden sind. Dieses neue, jüngste Schlaglicht auf die Praktiken der faschistischen Junta Kenan Evrens beweist einmal mehr, wie reaktionär die türkischen Generale in ihrer Politik sind und auch wie verlogen all die westlich gesteuerten Propagandalügen von bevorstehender Demokratisierung usw. sind.

Mit einer ausführlichen Dokumentation hat sich vor wenigen Tagen das Komitee Freiheit für die Türkei an den Europarat gewandt. Darin wird nachgewiesen, anhand türkischer Presseberichte und anderer Quellen, die nicht aus direkt oppositionellen Kreisen stammen, daß die Folter, bis hin zum Mord in den türkischen Konzentrationslagern an der Tagesordnung ist.

Wenn die westlichen Reaktionäre, wie beispielsweise der US-Außenminister Haig, die türkische verbrecherische Junta in Schutz nehmen mit der Behauptung, vor dem Militärputsch seien täglich dreißig Menschen auf der Straße getötet oder verwundet worden, jetzt aber herrsche Ordnung, dann stimmt das insoweit, als die Menschen heute nicht mehr vor allem auf der Straße, sondern in den Gefängnissen und Lagern in den Tod getrieben werden.

Und es stimmt auch insoweit, als die Menschen, die in irgendeiner Weise gegen diese Regierung sind, nicht auf der Straße erschossen werden, sondern von Erschießungskommandos, die von Militärrichtern bestellt wurden. Das Morden ist legalisiert, das ist es, was sich unter Haigs Freunden verändert hat. Und es richtet sich heute nicht mehr nur gegen revolutionäre Organisationen, sondern auch schon gegen Gewerkschaften, die nichts anderes taten, als ihre normalen Rechte und Pflichten zu erfüllen. Der Prozeß gegen die DISK-Funktionäre ist davon nur das herausragende Beispiel. In den zahllosen anderen Prozessen wird die Todesstrafe heute fast schon als Regelstrafe beantragt — von Militäranwälten beantragt an Militärrichter.

Und gerade in diesen Tagen versuchen die westlichen Imperialisten, die die Ziehväter der türkischen faschistischen Junta sind, mit aller Macht, die Lage in der Türkei vergessen zu machen. Gerade in der Bundesrepublik, und dies bestimmt nicht umsonst, ist Bonn doch nach wie vor der Hauptgeldgeber Ankaras, liest und hört man kaum noch etwas über Entwicklungen in der Türkei, höchstens in kleinsten Meldungen.

Dabei steht im Europarat erneut die Frage an, nach der das letzte Mal vorgegebenen Frist, den Antrag auf Ausschluß der Türkei zu behandeln. Dies war auch der Grund für die jüngst veröffentlichte Dokumentation des Komitees.

Und es bleibt dabei, daß ein Ausschluß der Folterkammer Türkei, zu der Evren und seine Mannen das Land im Washingtoner und Bonner Auftrag gemacht haben, eine wichtige moralische und politische Unterstützung für den Widerstand gegen die Foltergenerale wäre.

Deshalb bleibt es eine wichtige und berechtigte Forderung, den Ausschluß der Türkei zu verlangen, wie auch der Kampf gegen die Bonner Unterstützung für die Generalsjunta eine aktuelle Aufgabe bleibt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



„Rote Fahne" reagiert auf Kritik durch den „Roten Morgen"

KABD: Neutralität ist wertlos

Neue Manöver gegen konkreten Friedenskampf in Westdeutschland

Unter der Überschrift „Die Illusion eines Friedensplans" entgegnet die Zeitung „Rote Fahne" (Nr. 26/81) auf eine Ende November im „Roten Morgen" veröffentlichte Kritik an dem „Friedenskampf" des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands (KABD). Im Vorspann des Artikels heißt es:

„Der ‚Rote Morgen' Nr. 48/1981 führt auf zwei Seiten eine Polemik gegen den KABD unter den Überschrift ‚Den Frieden erhalten — NATO-Austritt erzwingen' und schließt mit der Aufforderung an die Genossen des KABD, ‚nicht nur ins Gespräch, sondern auch zum gemeinsamen Handeln zu kommen'. ***Wir sind mit einer sachlichen Diskussion einverstanden und wollen nachfolgend auf die Argumente des ‚Roten Morgen' eingehen.*** **"**

Wir freuen uns, wenn der „Roter-Morgen"-Artikel Anstoß zu einer solche Diskussion gewesen ist. Eine Diskussion, die wir möglichst nicht allein mit Zeitungsartikeln, sondern im Gespräch und der Aktion „vor Ort", zwischen unseren Genossen geführt sehen möchten.

Der Artikel in der „Roten Fahne" hat einen augenfälligen Mangel: Der „Roter-Morgen"-Artikel, auf den einzugehen die Autoren versprechen, taucht nur einmal — wie zitiert — im Vorspann auf. Und dann nie wieder.

Gegen die Forderung nach NATO-Austritt und Neutralität der Bundesrepublik richtet sich erklärtermaßen die Polemik des KABD. Dabei erklärt er seine Ablehnung dieser Forderungen erneut aus den Veränderungen, die innerhalb der letzten 25 Jahre eingetreten sind; denn vor 25 Jahren, so die „Rote Fahne", seien beide Forderungen gerechtfertigt gewesen.

Diese Veränderungen sieht die RF diesmal hauptsächlich in folgendem:

„Die massenhafte Stationierung von Atomwaffen in Europa hat den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu einem europäischen Problem gemacht, **nicht mehr** zu einer isolierten Frage der BRD. Die Forderung ‚Heraus aus der NATO' ist insofern illusorisch geworden, weil sie **nichts nutzt,** solange die anderen europäischen NATO-Länder (...) in diesem aggressiven Militärblock verbleiben. (...) Selbst wenn die BRD aus der NATO austritt, im Feuersturm Atomkrieg machen die furchtbaren Feuerstürme und Strahlenwolken an den Grenzen der BRD nicht halt. Die Forderung ‚Austritt aus der NATO' auf die Bundesrepublik zu beschränken, **entspricht der heutigen Situation nicht mehr.** Heute muß darum die Forderung lauten: ‚Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes'. Die Formulierung in der ‚Roten Fahne': ‚Für die Auflösung aller Militärblöcke in Ost und West' war zu allgemein und würde inzwischen konkret mit Namen bezeichnet."

Der Reihe nach.

Um es noch einmal zu betonen: Wir „beschränken" den Kampf gegen die NATO nicht auf die Bundesrepublik. Das ist eine fixe Idee der RF-Redaktion. Aber wir erklären: Wer nicht klar und deutlich dazu steht, daß jedes Volk, jede Arbeiterklasse die Pflicht hat, im eigenen Land mit dem konkreten Kampf gegen den jeweiligen Kriegsblock und die kriegstreiberische Politik der eigenen Regierung zu beginnen, der drischt nur Phrasen und unterstützt die demagogischen Reden bürgerlicher Politiker, die sich zu allen möglichen Maßnahmen bereiterklären, wenn alle anderen gleichzeitig mindestens dasselbe täten. Deshalb stellte der „Rote Morgen" 48/81 fest: „Trotz revolutionärer Phrasen hilft die KABD-Politik der Bonner Regierung".

Im übrigen war der Kampf um die Erhaltung des Friedens **noch nie** eine „isolierte Frage der BRD", eine „Beschränkung" der Forderung nach NATO-Austritt entsprach **noch nie** der gegebenen Situation. Ein solcher Unsinn aber folgt zwangsläufig aus den zitierten Äußerungen der „Roten Fahne".

Wenn es uns gelingt, Westdeutschland aus der NATO zu lösen, ist das eine konkrete schwerwiegende Schwächung der NATO, ein großer Schlag gegen die Kriegspläne, ein großes Beispiel für alle anderen NATO-Länder in Europa.

Alles egal?

Das ist **unser Beitrag** zur Auflösung der Militärblöcke. Die „Konkretisierung" der KABD-Forderungen, die die „Rote Fahne" in dem Zitat bekanntgibt, kann uns nicht gerade trösten; wir wären glatt auch vorher bereit gewesen, zu unterstellen, daß sie immer NATO und Warschauer Pakt im Auge hatten. Das dürfte auch kaum die Konkretisierung sein, die sich — wie im „Roten Morgen" 48/81 nachgewiesen — die KABD-Genossen selbst dringend wünschen...

In dem „Rote-Fahne"-Artikel, um den es hier geht, wird **die Möglichkeit,** die Neutralisierung der BRD durch den Kampf der Massen zu erzwingen, nicht geleugnet. Das war bisher anders; sie war für den KABD nur denkbar als Ergebnis des Entschlusses der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie in einer Zeit, da sie den US-Imperialismus ökonomisch überflügelt hätte und deshalb das Bündnis zu lösen interessiert sein würde.

Die zentralen Einwände des KABD sind die folgenden:

1. „Ob neutral oder nicht, ein Atomkrieg verschont uns nicht."

2. „Als wenn das imperialistische Raubtier die Neutralität kleinerer Staaten respektieren würde, wenn sie ihm den Weg versperren."

Wiederum der Reihe nach.

Uns ist es nicht egal, ob eine Atombombe im Ruhrgebiet hochgeht oder außerhalb der Grenzen unseres Landes. Und auch die Wirkung wäre, trotz Feuerstürmen und Strahlenwolken, selbstverständlich nicht dieselbe. (Wir empfehlen dem KABD eine Umfrage unter seinen Mitgliedern zu diesem Thema...) Das heißt auch nicht, die solidarische Verbundenheit zu den Völkern unserer Nachbarstaaten aufzugeben; wir möchten ihnen vielmehr ein Beispiel geben, ihrerseits Besatzer und Atomwaffen, sofern vorhanden, rauszuschmeißen und alle Kriegsverträge zu kündigen, die kriegstreiberische Politik ihrer Bourgeoisien zu durchkreuzen.

Mit der zweiten Ausführung will der KABD die „Naivität" der KPD nachweisen, gestützt auch auf ein Zitat aus den Erläuterung unseres Friedensplans. Die „Rote Fahne" schreibt: „...der ‚Rote Morgen' Nr. 31/80 bringt es schwarz auf weiß: ‚Die Neutralität der BRD hätte den Vorteil, es würden die Truppen des Warschauer Paktes und der NATO, die sich heute unmittelbar, direkt gegenüberstehen, auseinandergerückt. Der Einsatz von Atomwaffen der Blöcke in Mitteleuropa gegeneinander wird dadurch unmöglich gemacht und damit die Atomschwelle angehoben.' Das muß man zweimal lesen!!!" — Das tut man mal, werte Genossen, und lest auch mal weiter.

Die „Rote Fahne" führt nämlich ins Feld, daß die Hitler-Wehrmacht zum Beispiel die Neutralität Hollands, Belgiens, und Luxemburgs mit Füßen getreten hat. Und sie behauptet, wir würden die Möglichkeit eines erneuten Bruchs der Neutralität, diesmal der der Bundesrepublik durch eine der bzw. beide Supermächte, grundsätzlich leugnen.

Hören wir doch einmal den Friedensplan selber:

„Niemand kann uns hundertprozentig garantieren, daß wir trotz Neutralität nicht doch noch in einen Krieg hineingezogen werden... **Doch ist zur Zeit durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO diese Gefahr absolut, während sie durch unsere Neutralität auf ein Minimum reduziert wäre. Hinzu kommt, daß infolge ihrer Atomwaffenfreiheit die Bundesrepublik, selbst im Falle des Bruchs ihrer Neutralität, kaum mit Massenvernichtungswaffen wie Atom-, Neutronen- oder Wasserstoffbomben angegriffen würde...**" Außerdem stünde „jemand, der in ein neutrales Land einfällt, in aller Weltöffentlichkeit als Aggressor dar." Was die Front gegen ihn zweifellos erweitert.

Der KABD möchte immer gern darauf hinaus, daß es keine Möglichkeit zur Verhinderung oder Hinauszögerung eines konkret drohenden imperialistischen Krieges gibt. In guter linkssektiererischer Tradition gilt für ihn, daß nur die sozialistische Revolution hilft. Es müßte auch gerne gleich die Weltrevolution sein, und — angesichts der konkreten Weltlage — innerhalb kürzester Zeit.

Auch eine sozialistische Revolution **in Westdeutschland** müßte für den KABD eigentlich ziemlich überflüssig sein. (Ganz abgesehen von der fehlenden Beantwortung der Frage, wie man so blitzartig an die rankommen soll.) Denn am Ende des „Rote-Fahne"-Artikels wird das ganze Problem auf die Aufrechnung von militärischen Potentialen reduziert.

„In einem Kreig zwischen NATO und Warschauer Pakt stehen sich nicht allein 5000 atomare Sprengköpfe, sondern auch rund 22000 Panzer und Tausende Flugzeuge, und dies ganze Waffenarsenal sollte bei einem militärischen Zusammenprall der Supermächte mit ihren Militärblöcken die zwischen ihnen liegende BRD nicht berühren? **Die BRD würde zerdrückt wie eine Laus zwischen zwei Fingernägeln.**"

Damit wäre nicht nur die konkrete Politik Westdeutschlands, sondern auch die Frage egal, wer die Macht im Staat hat.



Daß die Losung „Raus aus der NATO!" auch innerhalb der Bevölkerung zunehmend auf Zustimmung stößt, beweist dieses Foto. Es wurde am 10.10. in Bonn aufgenommen. Wir fanden es — in der „Roten Fahne" des KABD!

Dann sollten wir es doch gleich sein lassen. Wie dumm, wie wenig weitsichtig sind doch die Millionen Menschen in unserem Land, die nach einer Möglichkeit suchen, unser Land aus der lebensbedrohenden Einbindung in die NATO-Kriegspläne zu lösen, die es der Zerstörung in nicht ferner Zeit preisgibt; die den mörderischen Plänen der Bonner Regierung aller Bonner Parteien immer lauter ihr „Nein, ohne uns!" entgegenhalten.

Und was die Kommunisten betrifft, so sind sie darüber hinaus auch ihrer Verantwortung enthoben, sich Gedanken um das Herankommen an die sozialistische Revolution in ihrem Land zu machen.

Denn womöglich haben plötzlich sogar beide Supermächte ein Interesse daran, dieses Land anzugreifen. Und bei dem Waffenpotential, das sie haben... lausige Zeiten!

Wenn man die ganze Herumrederei des KABD auf den Punkt bringt, kommt eine sehr gefährliche Theorie zum Vorschein.

Die Möglichkeit der Verhinderung des drohenden Krieges mit Menschen, die noch nicht bereit sind, für den Sozialismus zu kämpfen, wird geleugnet. Deshalb auch die Überschrift des „Rote-Fahne"-Artikels: Die Illusion **eines** Friedensplans". (Ansich und überhaupt.)

Die Chinafreunde des KABD halten offensichtlich an der scheinrevolutionären Floskel Mao Tsetungs fest: „Entweder die Revolution wird den Krieg verhindern, oder der Krieg wird die Revolution hervorrufen". (Weltweit natürlich, wie gesagt.) Wobei vieles dafür spricht, daß der KABD die letztere Möglichkeit als die wahrscheinlichere ansieht. Da braucht man natürlich vorher nicht viel zu tun. Da kann man sich, wie der KABD das ja auch tut, auf unverbindliche weltumspannende Parolen beschränken. Im Krieg geht dann alles wie von selbst...

Und da kann man fröhlich und furchtlos ein weiteres Mao-Motto zum Leitstern nehmen, wie es die „Rote Fahne" auch tatsächlich vor einiger Zeit gebracht hat. Eine Artikelfolge über den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands in den 50er Jahren und die angeblichen Lehren für heute schloß sie mit dem Hinweis ab, man könne es in der Festlegung seiner Haltung zum drohenden Atomkrieg getrost mit Mao Tsetung halten, der sagte: „Erstens, wir sind dagegen, zweitens, wir fürchten uns nicht".

Der im letzten RM angekündigte zweite Artikel zur Position des KBW in der Friedensbewegung erscheint erst in der nächsten Nummer.

Zwölf Laib Brot für den Pfarrer

Gegen Bauer Gump aus der bayrischen Landkreisgemeinde Herbertshofen wird gegenwärtig im benachbarten Augsburg ein Prozeß geführt — wegen zwölf Laib Brot. Kläger ist die bischöfliche Finanzkammer der Diözese Augsburg. Sie will mit gerichtlichem Zwang durchsetzen, was der Bauer freiwillig zu tun verweigert: nämlich seinem Gemeindepfarrer Jahr für Jahr jene zwölf Laib Brot (bzw. deren Gegenwert in Mark und Pfennig) ins Haus zu tragen.

Bauer Gump nämlich hat — so die Finanzleute des Bischofs — gegenüber seinem Pfarrer eine sogenannte „Reichnispflicht", die eben darin bestünde, dem Pfarrer die Backware oder 54 Mark in bar zu reichen. Das aber wäre ein Gewohnheitsrecht und dementsprechend für die Kirche auch juristisch einklagbar.

Nun soll aber niemand denken, die Abgesandten des Bischofs hätten sich hier einen schlechten Witz erlaubt, oder sie hätten in reinem Wunschdenken feudale Verhältnisse aus dem Mittelalter in die heutige Zeit übertragen. Die „Reichnispflicht" gibt es tatsächlich in Bayern. Auch der jetzt beklagte Bauer Gump ist ihr — wie seine Vorfahren — bis 1973 noch nachgekommen. Dann allerdings hat er sich und seinem Pfarrer gesagt, daß diese an den Zehnten vergangener Jahrhunderte erinnernde Sonderabgabe „in unserer Zeit ihre Berechtigung verloren hat. Ich zahl doch schon Kirchgeld und 1500 Mark Kirchensteuer im Jahr."

Mit dieser ja auch nicht gerade bescheidenen Summe aber ist der Bischof nicht zufrieden. Er will auch noch den „Reichnis" haben. Wobei es jedoch nicht nur um diese zwölf Laib Brot geht, um die jetzt vor Gericht gestritten wird. Was die Oberpfaffen fürchten, ist der generelle Verlust dieser Pfründe. Denn mit ähnlichen Sonderabgaben wie Bauer Gump sind ja ihre Schäfchen im ganzen Land belegt. Und nicht nur die. Das Land Bayern beispielsweise (also die bayrischen Steuerzahler) müssen jedes Jahr 1,7 Millionen Mark aus „Reichnispflichten" berappen. Ähnliches gilt auch für Städte und Gemeinden. Augsburg etwa hat sich erst in den 70er Jahren für 300000 Mark aus der „Reichnispflicht" freigekauft.



Sonntag, 24. Januar
20.15 Uhr, ARD
Die Unbestechlichen. Dustin Hoffmann und Robert Redford mimen in diesem Film von Alan Pakula das berühmte Reportergespann Bernstein/Woodward. Die beiden Journalisten von der „Washington Post" hatten 1972 nach monatelangen Recherchen den Watergate-Skandal aufgedeckt.



***

Sonntag, 24. Januar
21.45 Uhr, HR III
Die große Illusion. Antikriegsfilm von Jean Renoir aus dem Jahr 1937. Mit Jean Gabin, Pierre Fresnay und Erich von Strohheim.

***

Montag, 25. Januar
21.15 Uhr, ARD
Vom Warten auf das Wunder. Peter Merseburger zieht die Bilanz nach einem Jahr Reaganscher Wirtschaftspolitik.

***

Montag, 25. Januar
21.20 Uhr, ZDF
Leutersbronner Geschichten. Der Fernsehfilm von Wolfgang Mühlbauer schildert die Folgen der faschistischen Machtergreifung in einer deutschen Kleinstadt. Im Mittelpunkt steht ein Gewerkschafter, der ins KZ verschleppt wird.

***

Mittwoch, 27. Januar
22.15 Uhr, WDR III
Das Verbrechen des Herrn Lange. Spielfilm von Jean Renoir vor dem Hintergrund der französischen Volksfront-Periode in den dreißiger Jahren.

***

Donnerstag, 28. Januar
22.20 Uhr, ZDF
Berliner Stadtbahnbilder. Film von Alfred Behrens über die von der DDR auf Westberliner Gebiet betriebene S-Bahn, über deren weiteres Schicksal seit dem letzten Reichsbahner-Streik zwischen Ost und West wieder verhandelt wird.

***

Freitag, 29. Januar
23.00 Uhr, ARD
Die Weber. Gerhart Hauptmanns großes Drama über den schlesischen Weberaufstand von 1844. Mit Klaus Maria Brandauer, Hans Gert Kübel und Karin Baal.



***

Freitag, 29. Januar
22.55 Uhr, WDR III
Verfemt — Verfälscht — Vergessen. Ein Bericht von Christina von Braun über die Frauen der Französischen Revolution.

Solidarität mit den verhafteten Genossen in der DDR (Teil IV und Schluß)

Das wahre Gesicht des „realen Sozialismus“

In der heutigen vierten Folge des Abdrucks der Rede des Genossen Ernst Aust über den Kampf in den revisionistischen Staaten fassen wir Aussagen aus dem zweiten Teil der Rede zusammen, der sich mit Perspektiven dieses Kampfes befaßt. Nachdem er auf die innere Entwicklung der DDR einging und diesen Entartungsprozeß, die Herausbildung einer neuen kapitalistischen Klasse analysierte, ging der Genosse Ernst Aust auf die nationale deutsche Frage ein und die sich daraus ergebende Verbindung des Kampfes der Sektionen der KPD. Anhand der gegenwärtigen Lage weist er nach, wie sich die grundlegende Politik der KPD immer mehr als richtig erweist. (Die gesamte Rede erscheint demnächst im Theoretischen Organ der KPD „Weg der Partei“).

Daraus leiten sich auch unsere besonderen Beziehungen zu unseren Genossen in der DDR ab. Die KPD der DDR ist nicht nur eine Bruderpartei wie die Portugals, Spaniens, Dänemarks usw., mit denen uns die gemeinsamen Interessen des Weltproletariats, der proletarische Internationalismus verbinden, **mit ihr verbinden uns darüber hinaus auch die gemeinsamen Interessen des deutschen Volkes, unser gemeinsames Programm, unser gemeinsames strategisches Ziel, die Schaffung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands.**

Und es war und ist wohl unsere selbstverständliche Pflicht, daß wir unseren Genossen in der DDR beim Aufbau ihrer Sektion, die unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität erfolgte — halfen und helfen, **wie es jetzt unsere proletarische und nationale Pflicht ist, für ihre Freilassung aus den Kerkern des sozialfaschistischen Honecker-Regimes auf vielfältige Weise zu kämpfen. Doch nicht nur für die Freilassung unserer Genossen kämpfen wir, sondern auch für die Freilassung aller politischen Gefangenen der DDR, die für ihr Recht auf Kritik, für die demokratischen Rechte der Werktätigen eintreten.** Natürlich nicht für Faschisten, Rassisten und ähnliches Gelichter.

Allerdings erstreckt sich unsere Hilfe für die Genossen der Sektion DDR der KPD nicht auf die Überweisung von fünf Millionen Mark monatlich, wie sie die DKP direkt aus der DDR erhält. Unsere Hilfe besteht hauptsächlich im Druck ihres Zentralorgans, das die DDR-Genossen eigenverantwortlich schreiben, und im Hinüberbringen, im Besorgen von Druckmaterialien, Matrizen, Papier, Kopierern etc. für die Herstellung ihrer eigenen Propaganda- und Agitationsmaterialien, die die Genossen in der DDR nicht erhalten können.

Auch was das Verhältnis der KPD der Bundesrepublik zu ihren Genossen der Sektion DDR betrifft, so ist es nicht das gleiche wie das Verhältnis zwischen SED und DKP. Ist die DKP nichts weiter als Befehlsempfänger, als ausführendes Organ der SED —, „wes Brot ich esse, des Lied ich singe“ — deren Politik im Politbüro der SED festgelegt und beschlossen wird, so ist die Sektion der KPD der DDR gegenüber der Sektion der KPD der BRD absolut gleichberechtigt und unabhängig. Nur in prinzipiellen Fragen des Marxismus-Leninismus, in der Ausarbeitung des gemeinsam beschlossenen Programms, in Einschätzung der internationalen Lage, in Fragen der Nation etc. erfolgen Beratung und gemeinsame Beschlußfassung.

Was jedoch die Fragen der Taktik betrifft, des Herankommens an die sozialistische Revolution, so müssen die Genossen der DDR auf der Grundlage der gemeinsam beschlossenen Strategie, des Marxismus-Leninismus schon ihre eigenen Entscheidungen treffen. Sie kennen die Verhältnisse in der DDR besser als wir. So ist klar, daß sie ihr eigenes Aktionsprogramm haben, ihre eigene Einheitsfrontpolitik entsprechend den Gegebenheiten der DDR beschließen, ihre eigenen praktischen Regeln für die illegale und legale Arbeit erarbeiten müssen. All das schließt jedoch die gegenseitige Konsultation und Beratung nicht aus, sondern erfordert sie, um einheitlich auch zu solchen Fragen Stellung nehmen zu können.

Heute kämpfen die Genossen der DDR unter ungleich schwereren Bedingungen als wir. Das Honecker-Regime hat ein perfektes System der Überwachung und Bespitzelung eingerichtet. Nicht umsonst ist die DDR das Industrieland, das die meisten Polizisten im Verhältnis zur Bevölkerung hat, nämlich ein Polizist auf 250 Menschen. Doch es sind nicht nur die erschwerenden Bedingungen der sozialfaschistischen Diktatur, mit denen unsere Genossen in der DDR, wie alle Marxisten-Leninisten in den revisionistischen Ländern zu tun haben, es ist auch die überaus komplizierte politische Lage.

Wir sehen es heute in Polen. Die herrschende Klasse kann nicht mehr herrschen wie bisher. Deswegen war sie gezwungen, die offene Militärdiktatur zu errichten, das Kriegsrecht zu verhängen. **Krieg gegen wen? Krieg gegen die polnische Arbeiterklasse, die polnischen Werktätigen,** die sich mit vorbildlichen Streikaktionen, wie in den Bergwerken u.a. zur Wehr setzten. Doch diese Streiks mußten zusammenbrechen, weil ihnen eine einheitliche, national organisierte, marxistisch-leninistische Führung fehlte, die allein in der Lage gewesen wäre, den Kampf über die Streiks, den Generalstreik bis hin zum bewaffneten Aufstand zu führen.

Auf die Revolution verzichten — aus Angst?

Das hätte zum Eingreifen sowjetischer Truppen geführt? Sicher. Doch **kann man auf die Revolution** — wenn die Situation dafür vorhanden ist — **verzichten, weil dies zu einem Eingreifen einer ausländischen Macht führen kann?** Die Bolschewiki hätten auf ihre Oktoberrevolution verzichten müssen, denn ihnen stand die Intervention nicht nur einer, sondern mehrerer imperialistischer Mächte ins Haus. **Das hieße doch praktisch nichts anderes, als überhaupt auf die Revolution zu verzichten, weil dies zum Eingreifen einer der beiden imperialistischen Supermächte führen könnte.** Wir raten doch auch nicht dem Volk von El Salvador, mit dem bewaffneten Aufstand Schluß zu machen, weil im Falle ihres Sieges die USA-Imperialisten bewaffnet intervenieren könnten.

Doch auch so wird die polnische Militärkamarilla mit ihren Schwierigkeiten nicht fertig werden. **Schwierigkeiten, in die sie die revisionistische Herrschaft und nicht etwa die polnische Arbeiterklasse oder auch die Führer der Solidarität gebracht haben.** Der passive Widerstand der polnischen Arbeiter, der Werktätigen wird weitergehen. Und das ist nur zu verständlich. Wofür sollen sie arbeiten, wenn sie für das Geld, das sie verdienen, doch nichts kaufen können, wenn die Nahrungsmittel knapp bleiben, die Preise weiter steigen. Ein wirtschaftlicher Aufschwung könnte nur durch die polnische Arbeiterklasse selbst herbeigeführt werden. Die aber sagt sich, wozu, wenn doch bloß die Ausbeuter wechseln: auf den Gomulka der Gierek, auf den Gierek der Kania, auf den Kania der Jaruzelski usw. usf.

Für viele, für die meisten der polnischen Werktätigen ist das, was sie als „Sozialismus“, als „Marxismus-Leninismus“, als „kommunistische Partei“ etc. kennengelernt haben, zutiefst verabscheuungswürdig. Und niemand ist da, der ihnen sagt, daß das, was sich hier als „Sozialismus“, als „Marxismus-Leninismus“, als „kommunistische Partei“ ausgibt, mit all dem nichts mehr zu tun hat. So suchen sie nach einem Ausweg und kommen, beeinflußt durch die Kirche, durch Revisionisten aller Art, zu dem Schluß, daß eine Selbstverwaltung jugoslawischer Art, ein sozialdemokratisches Regime etc. immer noch besser sei als das, was sie haben. Sie sehen nicht, daß sie dadurch vom Regen in die Traufe oder von der Traufe in den Regen kommen, was auf das gleiche, eine kapitalistische Herrschaft, hinausläuft.



Bourgeoisie in Ost und West einig gegen Arbeiter

Dort, wo es gegen die Arbeiterklasse, die Werktätigen geht, sind sich die alten wie neuen Revisionisten, die alte wie die neue Bourgeoisie einig. Dies zeigt sich anschaulich vor kurzem beim Treffen Schmidt und Honecker. Als die Sprache auf Polen kam, äußerte sich Schmidt: „Wir hoffen beide, daß es den Polen gelingt, die sich im Konflikt miteinander bewegenden Kräfte des polnischen Volkes zur Einigung zu führen“.

Sicher, das hoffen sie beide, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. **Honecker hofft,** wie seine sowjetischen Herren, daß die Herrschaft der neuen polnischen Bourgeoisie durch die polnische Arbeiterklasse nicht angetastet wird, daß die Oberhoheit des sowjetischen Sozialimperialismus über Polen gesichert bleibt. **Schmidt hofft,** daß die rund 50 Milliarden-DM-Kredite des Westens, vor allem der Bundesrepublik, ihre Investitionen in Polen gesichert bleiben, daß die fälligen Zinsen pünktlich gezahlt werden.

Wie aber soll das geschehen, wenn die polnische Arbeiterklasse nicht mitmacht, wenn sie nicht mehr bereit ist, sich schrankenlos ausbeuten zu lassen? „Die sollen endlich mal wieder arbeiten, damit wir unseren Schnitt machen können“, das ist die einhellige Meinung der polnischen und westdeutschen Bourgeoisie. Das ist die Meinung aller Reaktionäre einschließlich des katholischen Klerus. Wenn es gegen die Arbeiterklasse geht, sind sie sich einig, **einig sind sie sich aber auch gegen uns, die Marxisten-Leninisten.**

Denn im Gegensatz zu Schmidt und Honecker **hoffen wir nicht,** „daß sich die im Konflikt miteinander bewegenden Kräfte des polnischen Volkes“ nämlich Arbeiterklasse und Bourgeoisie, einigen. **Wir hoffen, daß die Arbeiterklasse die Bourgeoisie, die neue wie die alte, in der sozialistischen Revolution zum Teufel jagt, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein für allemal zu beseitigen.** Dafür kämpfen wir, dafür kämpfen unsere Genossen in der DDR.

Deshalb werden sie verfolgt, kerkert man sie ein, versucht ihre Aktivitäten, ihre Existenz totzuschweigen. Totzuschweigen nicht nur im Osten, auch im Westen. Wieviel Mühe hat es uns gekostet, die Verhaftung der Genossen und Sympathisanten der KPD der Sektion DDR überhaupt erst bekanntzumachen. **Die bürgerliche Presse,** die sich keine noch so kleine Meldung über Oppositionelle wie Sacharow usw. entgehen läßt, die Leute wie Lech Walesa, der in US-Präsident Reagan ein Vorbild sieht, Jacek Kuron, der sich gegen eine marxistisch-leninistische Partei wendet und das jugoslawische Modell propagiert, als ihre Helden feiert, **schweigt sich über den Widerstand der „kleinen Leute“, vor allem der Marxisten-Leninisten, aus.**

Dieser Widerstand, die Aktivitäten der Marxisten-Leninisten, der wahrhaft kommunistischen Parteien passen einfach nicht in ihr Weltbild, da hatten sie schon gedacht, sie hätten weltweit gesiegt. Das Bollwerk des Sozialismus, die Festung des Weltproletariats, die Sowjetunion Lenins und Stalins wurde von innen genommen. Auch China erwies sich als „marxistisch-leninistischer“ Papiertiger, als eine Macht, der es nicht um die Verbreitung des Marxismus-Leninismus, die proletarische Weltrevolution ging, sondern um die Durchsetzung ihrer eigenen imperialistischen Ziele.

Die Bourgeoisie kennt sehr wohl ihren konsequentesten Gegner, die wirklich marxistisch-leninistischen Parteien. Sie weiß, von woher die Gefahr droht. Nicht von den grünen, den alternativen, den revisionistischen Parteien, sie ändern nichts an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Und die Widersprüche zwischen der alten Bourgeoisie des Westens und der neuen des Ostens sind nicht prinzipieller, grundsätzlicher, klassenbedingter, sondern imperialistischer Art. Deswegen die Taktik des Totschweigens uns, den Marxisten-Leninisten, gegenüber und wo das nicht reicht, der Verleumdung, der Diffamierung.

Deshalb beschränkt sie ihre Lügen und Diffamierungen nicht nur auf uns, sondern richtet sie gezielt gegen das sozialistische Albanien und seine marxistisch-leninistische Partei der Arbeit. Es paßt ihr eben nicht, daß es dort an der Adria — trotz ihrer Behauptungen vom Versagen des Sozialismus — ein Land gibt: ohne Krise, steigende Preise, Arbeitslosigkeit, Käuferschlangen, Steuern etc. Ein Land der Diktatur des Proletariats, das konsequent und beharrlich den Sozialismus aufbaut. Dennoch kann das sozialistische Albanien nicht voll die Rolle der Sowjetunion übernehmen, die diese unter Lenin und Stalin im Weltmaßstab spielte. Dafür ist es zu klein, sind seine Mittel beschränkt, befindet es sich erst im Übergang zu einem Industrie-Agrarland, besitzt nicht die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution hervorgerufene weltweite Ausstrahlungskraft. **Um so wichtiger ist es für uns, in unserer täglichen Agitation und Propaganda auf das Beispiel des sozialistischen Albaniens zu verweisen.**

Perspektiven unseres Kampfes

Unsere Partei hat alle Chance, gerade angesichts der wachsenden Krise und dem damit verbundenen Unzufriedenerwerdenden Massen, **ihren heute noch relativ geringen Einfluß vor allem auf die Arbeiterklasse zu erweitern, wenn sie es versteht, die richtigen Losungen und Direktiven in die Massen zu tragen.** Dabei bleibt der Hauptschwerpunkt unserer Arbeit der Betrieb, die Unterstützung und Förderung der wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats und ihre Verbindung mit dem Ziel der sozialistischen Revolution.

Wenn wir sagen Hauptschwerpunkt, so heißt das nicht, daß wir beim Kampf um die soziale den Kampf um die nationale Befreiung geringschätzen. Dieser Kampf, der heute seinen konkreten Ausdruck findet in unseren Forderungen nach Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, Austritt der BRD aus der NATO und EG, der DDR aus dem Warschauer Pakt und dem RGW, Erklärung der Neutralität beider deutscher Staaten u.a.m., die ergänzt werden durch die Forderung nach Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen wie: die volle, uneingeschränkte gegenseitige staatliche Anerkennung, den Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes zwischen beiden deutschen Staaten, die Bildung einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten u.a.m.

Schmidt und Honecker waren sich auf ihrem Treffen einig: jeder bleibt in seinem Lager, die Bundesrepublik in der NATO, die DDR im Warschauer Pakt. Mit einer deutschen, einer konsequenten Friedenspolitik hat dies nichts, mit einer Unterordnung unter das Diktat der Supermächte alles zu tun. Wir fordern dagegen nicht nur im Interesse der Erhaltung des Friedens ein Abkoppeln von der Kriegs-, der Aggressionspolitik beider Supermächte. Nicht nur der des sowjetischen Sozialimperialismus, sondern auch der des USA-Imperialismus.

Wenn alles zur Zeit auf die Ereignisse in Polen schaut, so dürfen wir doch keinen Augenblick vergessen, daß der USA-Imperialismus keinen Deut besser ist, als der sowjetische Sozialimperialismus, der hinter diesen Ereignissen steht. Und daß die Militärdiktaturen des Westens, in der Türkei, in den lateinamerikanischen Ländern, die in Polen an Graumsamkeit weit übertreffen. **Die kapitalistischen Marktschreier im Westen haben nicht das geringste Recht, sich über die polnische Militärkamarilla und die hinter ihr stehende Sowjetunion zu entrüsten, während sie mit all ihren Militärdiktaturen in Chile, Argentinien, der Türkei usw. lieb Kind sind.**

„Das deutsche Volk wünscht die nationale Einheit“, schrieb die Partei bereits im Jahre 1973. „Es wünscht ein unabhängiges Deutschland, ein Deutschland, in dem keine amerikanischen und keine sowjetischen Panzer rasseln, in dem kein Dollar die Inflation treibt, in dem keine amerikanischen Konzerne und keine sowjetischen „Kooperationsverträge“ die Arbeiter zusätzlich ausbeuten. Das deutsche Volk wünscht ein vereintes und friedliches Deutschland, von dessen Boden aus nie wieder Kriegsbrandstifter vom Schlage der Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten einen imperialistischen Raubkrieg entfesseln können.“

Solch ein Deutschland kann aber nur ein sozialistisches sein. Deshalb kann der Weg zur nationalen Einheit nur über die Vertreibung aller Besatzungsmächte von deutschem Boden und den revolutionären Sturz ihrer Lakaien und Bündnispartner in Ost- und Westdeutschland erfolgen. **Kämpfen wir für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung des Sozialismus in der BRD und DDR, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!**

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 3, 22 Ocak 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Heilbronn'da faşist katliam

Üç Kosovalı yoldaş alçakca katledildi!

Katiller Belgrad ajan örgütündendi

HEİLBRONN. — Heilbronn yakınlarındaki Untergruppenbach'ta pazar akşamı geç saatte üç Arnavut devrimcisi haince açılan ateş sonucu katledildi. Her üç yoldaş da Yugoslavya'ya ait olan Kosova bölgesinden gelmekte; ikisi Almanya'da, diğeri ise İsviçre'de uzun zamandan beri sürgünde yaşamaktaydılar.

Alçakca katledilenlerden ikisi aileleri ile birlikte Almanya'da yaşayan İsuf ve Bardosh Gervella kardeşler ve diğer ise İsviçre'de göçmen olarak yaşayan Kadri Zeka'dır. İsuf Gervella ülkesinde tanınmış bir yazardır. O, Tito rejimi kendisini sürgün etmeden önce, "Rilindja" gazetesinde muhabir olarak çalışmaktaydı. O, geride eşini ve üç çocuğunu bıraktı.

İsuf'un kardeşi, evli ve iki çocuk babası olan Bardosh ise Arbeiter Wohlfahrt'ta çalışmaktaydı. Kadri Zeka ise Kosova'da iken "Radyo Prishtina"-nın muhabiriydi. İşviçreye yerleştikten sonra ise matbaacı olarak çalışmaktaydı. Kadri iki hafta önce evlenmişti.

Onların üçüne birden düzenlenen suikast pazar akşamı saat 22.30'da oldu. Üç yoldaş garajdan arabalarıyla çıkıp caddeye vardıklarında üzerlerine ateş açıldı. Bardosh Gervella ve Kadri Zeka hemen olay yerinde vefat ederken, İsuf Gervella ise aldığı ağır yaraların sonucu hastanaye kaldırıldıktan sonra öldü. O ölmeden önce eşine, "Ağlama biz halkımızın özgürlüğü için ölüyoruz!" dedi.

Her üç yoldaşta örnek birer devrimciydi. Onlar ülkelerinde Belgrad'taki Tito kliğine karşı halkının özgürlüğü için mücadele etti ve hayatlarını bu mücadeleye adadılar. Belgrad rejimi onları bu konumlarından dolayı göç etmeye zorladı. Ancak bu onları mücadeleden alı koymadı. Onlar sürgünde de Yugoslavya Federatif Sosyalist Cumhuriyeti'ne bağlı bir Kosova Cumhuriyeti'nin kurulması için mücadelelerini sürdürdüler. Onlar Almanya'da da Belgrad rejiminin etine batan birer dikendiler. Ve tüm gelişmeler, daha önceki saldırılarda olduğu gibi, bu katliamı da Belgrad rejiminin düzenlediğini ortaya koymaktadır.

Geçen yıl Stuttgart'ta düzenlenen Kosova halkıyla dayanışma yürüyüşünde Gervella kardeşlerin Belgrad rejiminin ajanları tarafından fotoğrafları çekilmişti. Yürüyüşçüler onların elinden fotoğraf makinasını almayı başarmıştılar. Ama Stuttgart polisi, filmi ve fotoğraf makinasını tekrar onlara geri vermişti! Alman makamları bunu, Belgrad rejimine muhalefet edenlerin hangi tehlikeli durumlarla karşılacağını bildiği halde yaptı!

Geçen yıl Frankfurt'ta da bir Kosovalı Arnavut düzenlenen alçakca bir suikast sonucu katledildi. Bu Yugoslav ajan örgütünün Federal Almanya'da girişţikleri katliamlardan sadece bir tanesiydi.

İsuf Gervella hastanede ölmeden önce bu suikastın sorumlusunun Belgrad'ın ajan örgütü olduğunu belirtti. Üç yoldaşa düzenlenen suikast aydınlığa kavuşturulmalıdır! Federal Almanya Hükümeti katilleri bulmalı ve cezalandırmalıdır. O, serbestçe dolanarak katliamlara girişen Yugoslav katillerine karşı önlemler almalıdır!

(„Drei Genossen aus Kosova ermordet!")

Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde

Adil Çarçani başbakanlığa seçildi

TİRAN. — 14 Ocak'ta Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin Halk Meclisi 9. yasama döneminin sekizinci oturumunu yaptı. Gündemin birinci maddesini Yeni Bakanlar Kurulu Başkanı'nın atanması, onun yeni hükümeti kurmakla görevlendirilmesi ve hükümet programının açıklanması noktaları oluşturmaktaydı.

AEP Merkez Komitesi Birinci Sekreteri Enver Hoca, Halk Meclisi'nin Pelenumu'na Merkez Komitesi adına Adil Çarçani yoldaşı Bakanlar Kurulu Başkanlığına atamak için öneride bulundu. Enver Hoca yoldaşın önerisi oybirliği ile kabul edildi.

Adil Çarçani 1922 yılında doğdu. İtalyan faşistlerinin Arnavutluk'u istila etmesinden sonra anti-faşist hareketin safında doğrudan yer aldı. 1942 yılında AEP'ye üye oldu. 2. Parti Kongresi'nde Merkez Komitesi'ne, 4. Parti Kongresi'nde ise hala üyesi bulunduğu polit büroya seçildi. Adil Çarçani 1965 yılından beri Bakanlar Kurulu Başkan yardımcısıydı.

O, hükümet programı açıklamasında ASHC'nin ilkeli ve sağlam dış politikasının doğruluğunu bir kez daha vurguladı. Arnavutluk'un enternasyonal alanda tecrit olduğu propagandasını reddedip, onun 50 ülke ile sadece diplomatik ilişkilerinin değil, aynı zamanda karşılıklı yarar temelinde ticari ilişkilerinin de olduğunu belirtti. Çarçani yoldaş iki süper devletle asla ilişkilerinin olmayacağını bir kez daha dile getirdi.

Adil Çarçani yaptığı açıklamalarında Yugoslav Yönetimi'nin Arnavutluk'a karşı olan düşmanca tutumuna değindi, Yugoslavya ile politik ve ideolojik çelişkileri olmasına rağmen, ASHC'nin kendileri ile ticari ve kültürel ilişkilerde bulunmak istediklerini belirtti. O bunun yanı sıra, Yugoslav Yönetimi'nin Arnavutluk'un kendi içişlerine karıştığı yalanının temelsiz olduğunu açıkladı ve Tito rejiminin Kosovalı Arnavutlular üzerinde estirdiği azgınca terörü mahkum etti.

(„Adil Çarçani neuer Ministerpräsident")

Protesto eylemi: **Faşist NPD'nin Frankfurt'un Sindlingen semtinde yapmak istediği Eyalet Parti Kongresi'ni 16 Ocakt'ta 300'e yakın anti-faşist protesto etti. Neo-nazilerin toplandığı Frankfurt'taki "Halkevi" polisler tarafından kordon altına alındı. Faşistlere karşı düzenlenen protesto yürüyüşüne; birbirinden bağımsız olarak KPD, Volksfront, VVN, DKP, SPD'nin Semt Yönetimi ve DGB'nin Kaza Gençlik Kurulu çağrı yapmışlardı. Resmi olarak izin verilmeyen ve yoğun polis seferberliğine rağmen yürüyüşte "Naziler bu şehirden defolun—Yeter artık faşizmi istemiyoruz!" ve "NPD'nin bugün yasaklanması her zamandan daha önemlidir!" gibi sloganlar gür bir şekilde haykırıldı.**

Çelik işçileri yüzde 7,5 ücret artışı talep ediyorlar

Metal ve çelik işçileri tek bir mücadele cephesine!

MÜLHEİM/RUHR. — IG Metall'ın Kuzey Ren Vestfalya ve Bremen büyük toplu sözleşme kurulları çelik işçileri için yüzde 7,5'lik bir ücret artışı talebini ileri sürmeyi kararlaştırdılar. Geçen yılki toplu sözleşmelerde düşük ücret artışı anlaşması yapılmasından dolayı, çelik işçileri bu yıl ileri sürülen talebin tam olarak gerçekleşmesi için mücadeleyi yoğunlaştırmaktadırlar.

Çelik sanayiisindeki krizin, çelik sanayiisi kapitalistlerinin pervasız bir şekilde iş yerlerini rasyonalleştirmeleri ve böylece binlerce işçiyi sokağa atmalarının yanı sıra çelik işçilerinin ücretleri de yoğun bir şekilde düşürüldü. Bunun yanı sıra uzun süre devam eden kısa devre çalışmaları aynı zamanda çelik sanayiisinde çalışan işçi ve emekçilerin ücretlerinin daha da düşmesine yol açtı.

Ücretlerdeki bu düşüşe birde geçen yıl toplu sözleşme anlaşmalarında fiyat artışlarının oldukça altında yapılan "ücret zammı"nı eklersek, böylece çelik işçilerinin ücretlerinde daha büyük bir ücret kaybının olduğu açığa çıkmaktadır. Geçen yıl ücret artışının düşük olmasının sorumlusu, çelik sanayiisi kapitalistlerinin "yokluğundan" ötürü düşük bir ücret artışı yapmalarının gerekliliğine inanan IG Metall yöneticileridir.

Bu nedenle çelik ve demir sanayiisi IG Metall üyesi işçiler ve metal imalat sanayiisi işçiler bir kez daha bölünmemelidirler. Çünkü birlikten güç doğar ve dolayısıyla demir çelik işçileri ile imalat sanayasii işçileri birleştikleri oranca ancak ve ancak güçlü olabilirler. Bu nedenle metal ve çelik işçileri mümkün olduğunca yüzde 7,5'lik sendikal ücret artışı talebini tam olarak gerçekleştirmek için sağlam tek bir mücadele cephesinde güçlerini seferber etmelidirler!

(„Stahl-und Metallarbeiter in eine Front!")



Thyssen patronlarının Gelsenkirchen'deki "Schalker Verein" dökümhanesini kapatmak istemeleri üzerine işçiler iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için geçen hafta protesto eylemleri düzenlediler.

Videocolor'daki grev sürüyor

İşçilere süresiz çıkış verildi!

ULM. — 11 Ocak'ta 1630 Videocolor emekçisinin başlattığı grev devam etmektedir. İşçi ve emekçiler grevleri ile iş yerinin kapatılmasını önlemek istiyorlar. 19 Ocak Salı günü Videocolor patronları işçi ve emekçilere karşı pervasızca saldırıya geçerek grevde bulunan 1000 işçiye süresiz çıkış verdiler. Öte yandan patron müstahdemlere çıkış vermedi.

Videocolor patronlarının bu adımları ile işçilerin mücadelesi daha kızıştı. İşletme yönetimi iş yerini işgal etmiş bulunan ve 24 saat boyunca iş yerinde nöbet tutan işçilerden 19 Ocak'a kadar tekrar iş başı yapmalarını talep etti. Şayet bunu yapmazlarsa hepsine süresiz çıkış vereceği tehdidinde bulundu.

Gazetemiz baskıya verilmeden önce Videocolor patronlarının işçilere karşı alçakca savurdukları tehditlerini yerine getirdikleri haberi elimize ulaştı. Fransa'daki Thomson-Brandt tröstüne ait olan Videocolor firmasının idaresi grevde bulunan işçilere küstahca süresiz çıkış vermekten de geri kalmadılar.

Patronun bu saldırısının ardından grev komitesi bu durumda nasıl davranması gerektiği üzerine görüşmelere başladı.

Şurası açık olan bir şeydir ki, IG Metall ve DGB'nin görevi her şart altında işçilerin işgal eylemini desteklemek olmalıdır. Patronun işçilere karşı baş vurduğu tedbirleri derhal geri almaya zorlamak için harekete geçmelidirler.

Videocolor kapatılamaz!

Firmadaki tüm iş yerleri korunmalıdır!

(Ayrıntılı haber sayfa 3'te)



Videocolor işçileri iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için 11 Ocak'ta firmayı işgal ettiler.

Artan yabancı düşmanlığı ve görevlerimiz

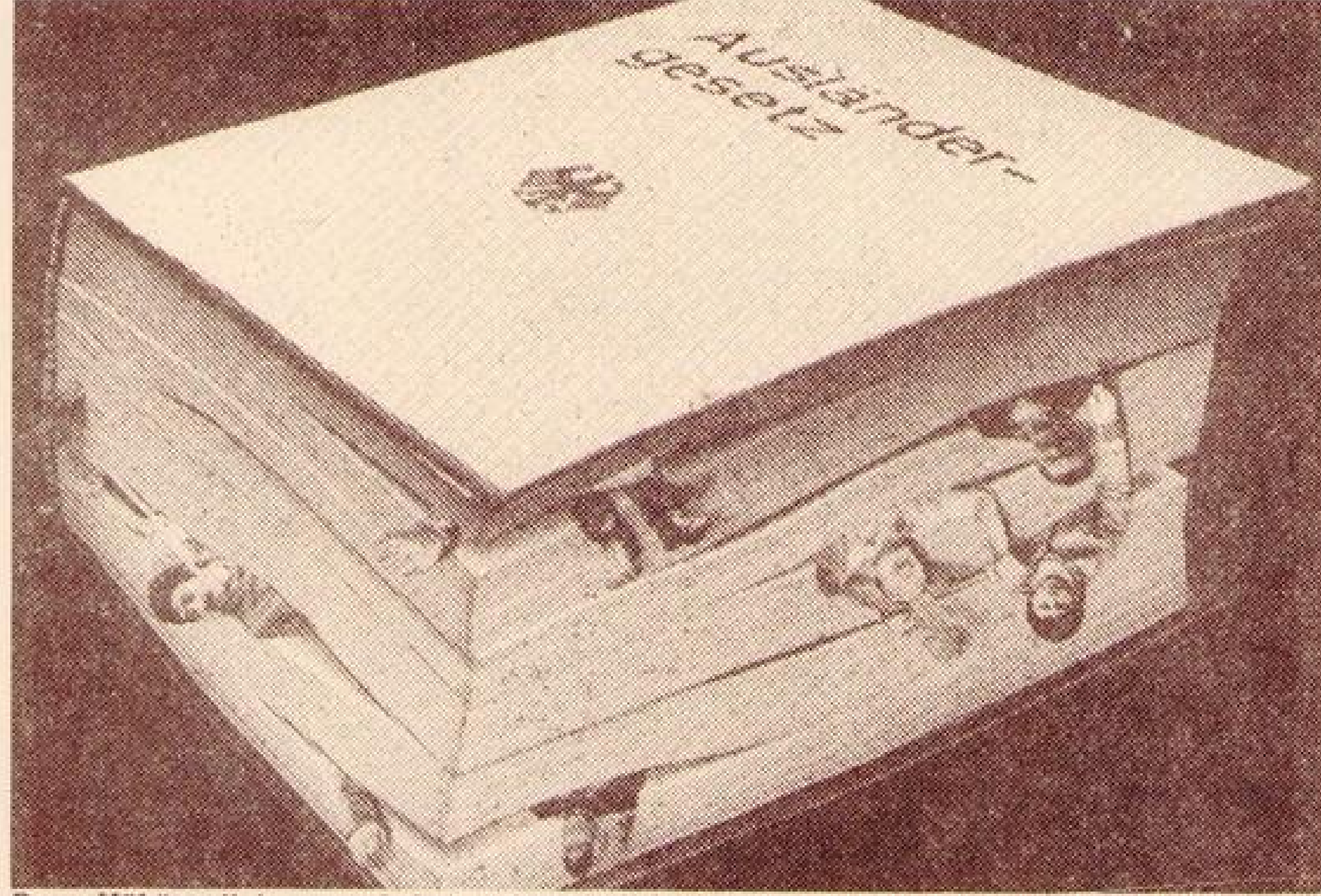
NÜRNBERG/BONN.—Son dönemlerde şimdiye kadar olduğundan daha yoğun bir şekilde resmi olarak gerek Bonn'daki hükümet gerekse de eyalet yönetimleri ve çeşitli gerici, faşist partiler yabancı düşmanlığı kışkırtmacılığı yapmaktalar. Giderek daha da yoğun bir şekilde yabancı işçi ve aileleri artan işsizliğin, sorumluları olarak gösterilmeye çalışılmaktadır. Tüm bu kışkırtmalar ile yerli ve yabancıların arasına nifak tohumları ekilmeye çalışılmaktadır.

Şimdiye kadar yabancı düşmanlığı neofaşist çete, partiler tarafından yoğun bir şekilde kışkırtılmaya çalışıldı. Onlar yabancılara, özellikle de Türkiyeli işçi ve emekçilere karşı saldırılarını bir çok yerde fiili saldırılara kadar vardırdılar bile. Peki Alman makamları bu duruma karşı nasıl bir tavır takındılar? Onlar faşist örgütlerin yabancı düşmanlığı propagandasını teşvik ettiler ve onların fiili saldırılarına göz yumdular, hala da yummaktalar. Tüm devlet kurumlarının bu faşist çete,örgütlerin yabancı düşmanlığı kışkırtmalarına karşı niçin sessiz kaldıkları bugün daha açık bir şekilde ortaya çıkmaktadır.

Bonn Hükümeti'nin ve eyalet yönetimlerinin de yabancı, özellikle de Türkiyeli işçi ve emekçilere karşı yeni kararlar almasıyla birlikte şimdiye kadar genel olarak faşist çete ve örgütlerin yaptığı yabancı düşmanlığı propagandası sınırı aşılmış oldu. Şimdi artık Bonn'daki partiler, hükümet ve eyalet yönetimleri top yekün hep bir ağızdan "yabancılar dışarı" sloganları haykırmaktalar. Kısaca ele alacak olursak, yabancı düşmanlığı giderek bir hükümet, bir devlet politikası haline getirilmeye çalışılıyor.

Bazı hükümet yetkilileri ve politikacılar yabancı düşmanlığını en katılığı ile, kimisi ise sinsice altan alta körüklemektedir. Geçmişte ve şimdide olduğu gibi sivil ve resmi faşist çetelerin devletin maddi desteği ve koruyuculuğu altında yoğun bir şekilde yabancı düşmanlığını sürdürmelerinin yanı sıra, alınan yeni kararlarla birlikte hükümet ve eyalet yönetimleri böylece onlara yabancılara saldırıları için yasal bir zeminde yaratmış oldular. Hükümet ve eyalet yönetimleri, yabancılara yetkili makam ve kurulların bugün buhranın alabildiğince derinleştiği işsizler ordusunun ardı arkası kesilmez bir şekilde kabardığı, iş yerlerinin kapatıldığı, sosyal hakların yoğun bir şekilde kısıtlandığı ücretlerin dondurulması ve düşürülmesinin talep edildiği şu dönemde, yabancı düşmanlığını körüklemeleri şüphesiz rastlantı bir olgu değildir. Yabancılara karşı hükümet ve eyalet yönetimleri tarafından alınan yeni önlemler, üst tarafta sıraladığımız gelişmelerle birlikte ele alınmalıdır.

1920'li yılların sonunda 30'ların başlangıcında Almanya'da gene büyük bir ekonomik bunalım yaşanmakta, işsizlik artmaktaydı. Alman hakim sınıfları o zaman bu gelişmelerin çözümünü kolayca bulmaya yeltenmişlerdi. Onlar o zaman bu gelişmelerin tümünün sorumlusu olarak Yahudileri göstermiştiler. Şimdi ise üstteki gelişmelerin sorumlusu olarak yabancılar gösterilmektedir. Böylece yabancılar bugünün Yahudileri mi olacak? Hayır asla yabancıların bugünün Yahudileri olmalarına izin verilmemelidir! Almanya'da Yahudilere yapılan saldırıların aynısının bir daha yaşanmasına olanak tanınmamalıdır. Batı Alman hakim sınıflarının buhranın yükünü yabancıların üzerine yıkmalarına karşı sessiz kalınmamalıdır.



Bonn Hükümeti'nin ve eyaletlerin yabancılara karşı ardı arkası kesilmez bir şekilde aldıkları kararlar geri püskürtülmelidir!

Öte yandan son dönemlerde gerek hükümet, gerekse de eyalet yönetimlerinin aldığı kararların şu garip yanı var ki, onlar hepsinde alınan bu kararların "yabancı düşmanlığını önlemek", "yabancıları korumak" için aldıkları aldatmacısını ileri sürmekteler. Peki baylar mademki yabancıları "korumak" istiyorsunuz, bunun için yabancılara karşı kararlar almaya ne gerek var. Yapılması gereken yabancılara karşı kararlar almak değil, yabancı düşmanlığını körükleyen sivil ve resmi faşist çeteleri yasaklamaktır. Onların yabancılara karşı saldırmalarını önlemektir. Ancak böyle bir adım yabancıların korunmasına hizmet eder. Yoksa sizin sözde yabancıların lehine aldığınızı söylediğiniz ve gerçekte ise fasitlere yabancılara daha yoğun bir şekilde saldırmalarına karşı imkan tanıyan ve yabancıları hedefleyen kararlarla değil.

Bir yanda yabancılara karşı ardı arkası kesilmez insanlık dışı kararlar alınırken, öte yandan yabancıları artan işsizliğin sorumluları olarak damgalama yönünde adım atılmaktadır. Tüm burjuva partileri hep bir ağızdan "yabancılar ülkelerine gönderilirse işsizliğin azalacağını" ileri sürmekteler. Geçen hafta basına bir açıklama yapan Federal Çalışma Dairesi ikinci başkanı Minta bile "işsizliğin artmasının sorumluları olarak yabancı işçi ailelerini" göstermeye yeltendi. Ancak gerçekleri öğrenmek isteyen birisi bu iddiaların birer sahte iddia olduğunu ve bunlarla hangi emeller peşinde koşulduğunu görecektir. Niçin? Çünkü hayatın kendisine baktığımızda, işsizliğin artmasının gerçek sorumlularının kimler olduğunu çok açık bir şekilde görüyoruz. Buna bir kaç örnek vermek yeterlidir. Patronlar aşırı kâr hırslarından dolayı iş yerlerini rasyonalleştirmekte, böylece binlerce yerli ve yabancı işçiyi sokağa atmaktalar. İşte binlerce işçinin sokağa atıldığı veya atılmakla karşı karşıya kaldığı Frankfurt'taki Adler, VDM, Gelsenkirchen'deki Thyssen, Berlin'de AEG ve daha saymakla bitmeyecek yüzlerce örnek gösterebiliriz. Bu nedenle basında yapılan tüm kışkırtmaların ve yabancıların işsizliğin sorumluları olarak gösterilmesinin amacı da tamda işsizliğin esas olarak artmasının gerçek sorumluları patronların olduğu noktasını örtbas etmek, yerli ve yabancı işçilerin iş yerlerinin kapatılmasına karşı gelişebilecek ortaklaşa mücadelelerini önlemektir.

Gelişmeler artan işsizlik, derinleşen buhrana vs. paralel olarak yabancı düşmanlığının daha yoğun bir şekilde körükleneceğini göstermektedir. Bu nedenle gerek iş yerlerinde, sendikalarda gerekse de oturduğumuz semtlerde yabancı düşmanlığına karşı Alman ilerici, devrimci ve anti-aşistleri ile birlikte ortaklaşa önlemler almalı, Alman hakim sınıflarının saldırılarını boşa çıkarmalıyız. Çünkü bugün yabancı düşmanlığı ile birlikte Alman tekelci burjuvazisi, devleti faşistleştirmenin ve faşizme zemin hazırlamanın en önemli etkenlerinden biri olan, kitlesel taban yaratılması için çalışırken, öte yandan Almanya'daki işçi sınıfının en zayıf halkasını oluşturan yabancıların omuzlarına artan işsizliğin ve derinleşen buhranın yükü yıkmaya yeltenmektedir. Batı Alman hakim sınıfları bunu hiç bir direnişle karşılaşmadan başarabildikleri oranca, yarın işçi sınıfının diğer tabakalarına, yani kadınlara, gençliğe saldırmaya yeltenecek, böylece işçi sınıfının mücadele birliğini bölmeye, kendilerine karşı yönelebilecek eylemlerini önlemeye çalışacaklardır. Bundan ötürü bugün yabancılara karşı olan ve son tahlilde işçi sınıfının tümünü hedefleyen yabancı düşmanlığı geri püskürtülmelidir. Kimki bu saldırıların yapılmasına bugün seyirci kalırsa, yarın sırada kendisinin olacağını unutmamalıdır. Bunun için iş yerlerinde ve semtlerde bu kararların geri alınması yönünde Almanlarla birlikte ortaklaşa eylemler örgütlemeli, sendikalarımızı bu saldırılara karşı eylemler düzenlemeye zorlamalıyız.

(„Zunehmende Ausländerfeindlichkeit und unsere Aufgaben")

Türkiye'de
Cuntanın saldırıları devam ediyor
Türkiye Avrupa Konseyi'nden çıkarılmalıdır!

Geçen hafta içerisinde 52 DİSK yöneticisinin savunmalarını yapan avukatlar, müvekkillerine duruşmaya getirilmeden önce işkence yapıldığına dair bir dizi delilin olduğunu açıkladılar. Cunta başa geldiğinden beri binlerce yurtsever, ilerici, devrimci ve komünisti işkenceden geçirdi ve halada işkence yapmaya devem ediyor. DİSK yöneticilerine yapılan işkencelerin de açığa çıkmasıyla birlikte Kenan Evren cuntasının bilakis işkencenin uygulayıcılarından olduğunu açıkca gözler önüne sermektedir.

Kenan Evren cuntası başa geldiğinden bu yana yoğun bir şekilde ülke çapında terör estirdi, binlerce anti-faşisti, ilericiyi sokak ortalarında kurşunlattı, hapishanelere doldurdu, işkenceden geçirdi ve hala da geçirmektedir. İşçi sınıfının kanı canı pahasına elde ettiği tüm demokratik hakları gaspetti, faşist Türk-İş'in dışında olan tüm sendikaları yasakladı, dernekleri kapattı, sendika önderlerini hapishanelere doldurdu... Kısacası başa geldiğinden beri Türk ve Kürt ulusu üzerinde azgınca bir terör estirmekte ve vahşice katliamlara girişmektedir. Cunta bir taraftan vahşice saldırılara girişirken, öte yandan onun Batılı dostları "Türkiye'de demokratikleşme adımlarının atıldığı" yönünde propaganda kampanyasını başlattılar.

Gazetemizin geçen sayısında da belirttiğimiz gibi bu ayın sonunda Türkiye'nin Avrupa Konseyi'ne üyeliğinin devam edip etmemesi üzerine görüşme yapılacak. Bundan ötürü "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi" bir kaç gün önce cuntanın gercek yüzünü ispatlayan ayrıntılı belgelerle Avrupa Konseyi'ne başvurdu. "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi"nin bu dökümanlarında; basından ve doğrudan cuntaya karşı muhalefette bulunmayan kaynaklardan alınan bilgilerle cuntanın hapishanelerinde işkencelerin yoğun bir şekilde sürdüğü ve bir çok kişinin işkencede canını bile yitirdiğini ortaya koymaktadır.

Gerek Batı Alman emperyalizminin Dışişleri Bakanı Genscher, gerekse de ABD emperyalizminin Dışişleri Bakanı Haig cuntaya yaptıkları ziyaretlerinin ardından, onun Türkiye'de "demokratikleşme" yönünde adım attığını ileri sürdüler. Ancak ABD emperyalizminin Dışişleri Bakanı Haig bunun yanı sıra cuntaya duyduğu hayranlığını da pekala açık bir şekilde dile getirmekten de geri kalmadı. O kan emici Kenan Evren cuntasının başta Türkiye işçi sınıfı olmak üzere, Türk ve Kürt ulusu üzerindeki vahşice katliamlarının doğruluğunu savunmaya bile yeltendi. Haig yaptığı acıklamalarında artık geçmişteki gibi sokak ortalarında kurşunlamalar aynı hızla devam etmediğini savundu. Ancak gerçek şu ki, bugün cunta dünden daha vahşi bir şekilde hapishanelerde, işkencehanelerde yoğun bir katliam provası yapmaktadır. Kısaca bugün terörün odak noktası hapishanelere kaydırılmıştır.

Öte yandan ABD emperyalizminin elebaşısı Reagan Kenan Evren cuntasının Türkiye'de giriştiği bu vahşi katliamların savunuculuğunu yaparken, Polonya cuntasına karşı tavır belirlemektedir. Elbette onun böyle davranması cuntaya karşı olduğundan kaynaklanmamakta, daha ziyade Polonya'daki Jaruzelski cuntasının ABD emperyalizminin değil, Sovyet sosyal emperyalizminin doğrudan çıkarlarını savunduğundan dolayıdır.

Faşist cunta başa gelirken "hem sağa hem de sola karşı olduğunu" ileri sürmüştü. Ancak onun da iddiasının ne kadar sahte olduğu daha başa gelişinin ertesinde bile açığa çıktı ki, bugün bu noktayı faşist MHP konusunda aylardan beri sürdürdükleri "davalar" çok açık bir şekilde somut olarak ortaya koymaktadır. MHP konusunda sürdürülen göstermelik davalarda şimdiye kadar onlarca anti-faşist ve devrimcinin katledilmesinin sorumluları olan faşist katiller serbest bırakıldı.

Kenan Evren cuntası bir taraftan faşistleri aklarken, suçsuz masumlar olarak gösterirken, öte yandan ilerici, devrimci yurtsever, komünistlere olanca şiddetiyle saldırmaktadır. O şimdiye kadar onlarca devrimciyi işkencede katletti, yüzlercesini sakat bıraktı fakat sadece anti-faşist ve devrimcilere saldırmakla yetinmedi, bunların yanı sıra sendikacılara karşı da en vahşiliğiyle yoğun bir terör estirmektedir. DİSK yöneticilerine karşı başlatılan davalar ve talep edilen idam cezaları cuntanın sendikacılara karşı saldırılarına gösterilebilecek en basit örneklerden sadece bir tanesidir.

Cuntanın bu saldırılarının olanca şiddetiyle devam ettiği şu dönemde, onun ekonomik, siyasi ve askeri destekçileri olan Batılı emperyalistler bu caniyane katliamlarını unutturmaya çalışıyorlar. Cuntayı yoğun bir şekilde finanse eden Almanya'da son dönemlerde Türkiye'deki gelişmeler üzerine bir tek kelime dahi basında yer almamaktadır.

Önümüzdeki hafta içerisinde Avrupa Konseyi Türkiye'nin üyeliğinin devam edip etmemesini görüşecek. Bu nedenle Kenan Evren cuntasının işkencelerinin günlük yaşamın bir parçası haline geldiği, en küçük demokratik hakkın bile ortadan kaldırıldığı, Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılması talebi yükseltilmelidir.

(„Folterkammer Türkei")

Federal Anayasa Mahkemesi faşistleri aklamaktadır
Tüm faşist örgütler dağıtılmalıdır!

KARLSRUHE.—Federal Anayasa Mahkemesi, faşist "Wehrsportgruppe" başbuğusu Karl-Heinz Hoffmann'a karşı terörist bir örgüt kurduğundan dolayı açılan davayı geçersiz ilan etti.

Hakimler aldıkları bu kararı, faşist Hoffman Çetesi'nin Federal Almanya'da dernek kanunlarına karşı aykırı hareket etmedikleri ile gerekçelendirmekteler. Ancak resmi olarak derneklerinin kapatılmasından sonra Lübnan'da sürdürdükleri terörist eylemleri ise Almanya'nın sınırlarının dışında olduğundan dolayı kendilerini ilgilendirmediğini açıklamaktalar. Fakat burada birincisi şunu sormak lazım: Mademki bu faşist çete dernek kanunlarına aykırı davranmamış ve terörist bir örgütü kurmamıştıysa niçin yasaklandı? İkincisi ise bu faşist çetenin elemanları Almanya'da saldırılara hazırlanmak için Lübnan'da eğitim görmekteler.

Federal Anayasa Mahkemesi bu kararı ile faşistlerin terörist faliyetleri resmi olarak sürdürmeleri için ellerine bir imkan vermiş olmaktadır. Mahkemenin bu kararı onların gelecekte şimdiye kadarkinden daha yoğun bir şekilde katliamlara girişimlerine zemin yaratmaktadır ki, onların çeşitli katliamları düzenlediklerini zaten defalarca yaşadık. Mahkemenin aldığı bu skandal yaratıcı kararı bize, faşist örgüt ve çetelerin yasaklanması mücadelesini hiç bir şekilde onlara teslim etmememiz gerektiğini gösteriyor!

Bir taraftan faşist örgütlerin yeni katliamlarına teşvik edilmesi için kararlar alınırken, öte yandan da yabancı düşmanlığını en yoğun bir şekilde kışkırtan, yabancılara karşı çeşitli "yabancılar dışarı" faşist insiyatifleri kuran "National Zeitung" gazetesinin sahibi Gerhart Frey'e faşist düşüncelerinin propagandasını yapma hakkı tanınmaktadır. Gerhart Frey aynı zamanda "Alman Halk Birliği (DVU)"nunda başbuğusudur. Bu faşist örgütün başbuğusu Frey "Alman radyo ve televizyon eylemi" adlı bir kampanya başlattı. O'nun böyle bir kampanya'yı başlatmasının nedeni Bavyera hariç, çeşitli eyaletlerde televizyonda gösterilen "unutulmayan savaş" filminin "gerçekleri inkâr etmesindendir'' Yani bu filim ona göre Hitler faşizminin ikinci dünya savaşındaki rölüne saldırıyor, "Almanların haysiyetini lekeliyormuş".

Gerhart Frey bu yönde Düsseldorf gibi çeşitli şehirlerde neo-nazilerin düzenlediği toplantılarda "Hitler faşizminin unutulmayan savaş" filminde gösterildiği gibi vahşi katliamlara girişmediğini ispatlamak istiyor.

Faşistlerin bu vesile ile Düsseldorf'ta düzenledikleri toplantıyı protesto etmek için 100'e yakın anti-faşist bir araya geldi. Polisler tarafından kordon altına alınan neo-nazileri toplantı yerlerine giderlerken antifaşisler yoğun bir şekilde protesto ettiler. Bu protesto eylemine esas olarak Volksfront bir seferberlik yapmıştı. Faşistlerin diğer şehirlerde de aynı içerikte düzenleyecekleri eylemlerde kendilerine hak ettikleri cevap verilmelidir!

(„Ein Freibrief für Nazi-Terroristen")

Videocolor işçilerinin kararlı direnişi sürüyor

Onlarla dayanışmaya girelim!

ULM. — Videocolor kelimesi 19 Ocak'tan beri sembol haline geldi. Videocolor, kararlı bir şekilde iş yerlerinin yok edilmesine karşı mücadele eden işçi ve emekçilerin bir sembolü oldu. Aynı zamanda aşırı kâr isteklerinden dolayı en vahşiliğiyle işçilere karşı harekete geçen patronlar için de bir sembol halini aldı. Tüm sendikacıları mesaj göndermeye, protesto açıklamaları yapmaya ve maddi olarak bağışta bulunarak Videocolor'lu işçi arkadaşlarla dayanışmaya çağırıyoruz!

11 Ocak'ta renkli televizyon ekranı üreten firmanın yerli ve yabancı işçileri hep birlikte, kararlı bir şekilde patronun iş yerini kapatmasını önlemek için firmayı işgal ettiler. İşçi ve emekçi arkadaşlar bu eylemleri ile patrondan firmayı kapatması planını geri almasını ve mevcut 1630 iş yerinin korunmasını talep etmekteler.

Tüm personelin olağanüstü bir kararlılıkla iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için mücadeleye atılmalarında, özellikle Videocolor patronunun iş yerini aşırı kâr isteğinden dolayı kapatmak istemesi büyük rol oynamaktadır. Patron kâr isteğinden dolayı firmayı kapatmak istemesi ile işçi, emekçi ve onların ailelerini açlığa terk ettirmek istiyor. Çünkü modern makinalarla donatılmış firmada patronun ileri sürdüğü zararın zerre kadar bir izi yoktur. Gerçek olan şudur ki, patron kâr değil, aşırı kâr elde etmek istiyor. İşte bundan ötürüde firmayı kapatmak ve böylece yerli ve yabancı işçileri sokağa atmak istiyor.

İşte bu nedenle işçi ve emeki arkadaşlar iş yerlerinin kapatılmasını önlemek için firmayı işgal ettiler. İşgal gününden beri işçiler 24 saat boyunca firmada nöbet tutmakta ve patronun firmadan malları çıkarmak istemesini engellemekteler. Çoğunluğunu yabancı, özellikle de Türkiyeli işçi arkadaşların oluşturduğu firmada, Videocolor personeli hiç bir yılgınlığa yer vermeden direnişi kararlı bir şekilde sürdürmektedir.

Ancak patronun bu saldırısı işçi arkadaşların mücadelelerini sürdürmelerini zerre kadar etkilemedi, mücadele azimlerini kırmadı, daha da biledi. Aynı gün yapılan bir toplantıda işçi arkadaşlar grev ve işgal eylemini devam ettirme kararını aldılar. Grev üzerine yapılan toplantıda işçi arkadaşlar hedeflenen bir sosyal tazminat planının hazırlanması değil, iş yerlerinin kapatılmasın önlemek olduğunu belirttiler.

Videocolor işçilerinin mücadele örneği ardı arkası kesilmez bir şekilde iş yerlerinin kapatılmasına ve böylece işsizliğin daha da artmasına karşı hangi mücadele metoduna baş vurulması gerektiğini açık bir şekilde gösteriyor. Onların iş yerini işgal etmeleri haklı bir eylemdir. DGB sendikası ve IG Metall bu mücadeleyi tüm gücüyle desteklemelidirler.

Öte yandan Partimiz KPD Videocolor işçilerine bir mesaj gönderdi ve 500 DM grevi destekleme amacı ile bağışta bulundu.

(„Videocolor-Belegschaft bietet der Erpressung mutig die Stirn")

Kamu emekçileri özel kurbanlar olarak seçilemezler!

Greve gitmek, verilmesi gereken tek doğru cevaptır

STUTTGART/BONN. — Kamu işletmelerinde çalışan işçi, emekçi ve sıradan memurların özel kurbanlar olarak seçilmesi hiç bir şekilde haklı olan bir şey değildir. Bonn Hükümeti'nin kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçi arkadaşların ücret ve maaşlarını kısıtlamak adımı, onun aynı zamanda 1982 yılı ücret turlarına da müdahale etmek istemesinin bir göstergesidir. Hükümet bu adımları ile özel sektör için ücretlerin talan edilmesi yönünde öncülük rolünü oynamaya çalışmaktadır. Bundan ötürü hükümetin bu saldırıları sendikalar, özellikle de ÖTV sendikası tarafından her türlü mücadele metoduna başvurarak geri püskürtülmelidir.

19 Ocak salı günü Federal İçişleri Bakanı Baum ve ÖTV Başkanı Kluncker arasında bir görüşme yapılacak. Gazetemiz baskıya verilirken bu görüşmenin gidiş hattı ve sonuçları üzerine henüz hiç bir haber yayınlanmamıştı. Ancak buna rağmen şu noktayı açıkca belirtebiliriz ki, Bonn Hükümeti kendiliğinden ücretleri talan etmekten vazgeçmeyecektir.

ÖTV Dortmund Kaza Yönetimi çıkardığı bir bildiride bu görüşmeye ilişkin şunları yazmaktadır: "Eğer bu görüşmede; kamu işverenlerinin amaçlarından vazgeçeceği izlenimi elde edilirse, o zaman görüşmeleri sürdüren komisyon yeni bir buluşma yapacaktır. Fakat 26. 1. 1982 tarihine kadar bir anlaşmaya varılmazsa, o zaman ÖTV bir iş mücadelesine başvurma amacı ile genel oylamaya gidecektir. Genel oylama ise şubat ayı başlangıcında yapılacak."

Bilindiği gibi gerek ÖTV sendika patronu Kluncker gerekse diğer yönetim kurulu üyeleri basına defalarca hükümetin ücret ve maaşları kısıtlamak istemesini gerektiğinde bir grevle engellemeye gideceklerini açıkladılar. İşte bu açıklamalarından ötürü hem ÖTV Başkanı hem de diğer yönetim kurulu üyeleri sözlerine bağlı kalmaya zorlanmalıdırlar! Çünkü Federal Almanya'nın kuruluşundan bu yana ilk kez ücretlerin ve maaşların kısıtlanmak istenmesi girişimine karşı ÖTV sendikası tüm sendikal gücü harekete geçirerek karşı durmazsa, bu sendikaların bir taraftan teslim olması anlamını taşırken, öte yandan da hükümetin ve patronların, işçi ve emekçilerin ücretlerini daha da talan etmeleri için bir zemin yaratılmış olur.

Ancak ÖTV sendikası maaşların kısıtlanmasını geniş çaplı kararlı ve militan bir grevle geri püskürtürse; bu önümüzdeki ilkbahar aylarında ücretlerin talan edilmesine, sosyal hakların kısıtlanmasına karşı gerçek ücretlerin güvence altına alınması ve kazanılmış sosyal hakların korunması yönünde güçlü bir sendikal mücadele cephesinin oluşması için atılan önemli bir adımı ifade eder.

Öte yandan ÖTV sendikasının ve kamu emekçilerinin bu tür bir mücadele metoduna baş vurarak kendilerine yönelen saldırıyı geri püskürtme adımlarını engellemek için burjuva basını hem sendikaya hem de kamu emekçilerine karşı alçakca bir kışkırtma kampanyası başlattı. Onlar halkta bürokrasi üzerine olan haklı yargıların yönünü hiç bir imtiyazı olmayan büro emekçilerine, sıradan memurlara karşı çevirmeye çabalamakta ve böylece kamu emekçileri ile diğer emekçi kesimler arasına nifak tohumları ekmekte ve onların dayanışmasını engellemeye çalışmaktalar. Bu kışkırtmaların tümü ile bir tek şey, hükümetin kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçilerin ücret ve maaşlarını kısıtlanmasını gerçekleştirebilmesi için ortam yaratmak ve böylece özel sektöründe aynı yönde adım atması için ön ayak olmak, ve patronların avazlarının çıktığı kadar bağırdıkları "ücretlerde sıfıra doğru dönüşümü" sağlamak amaçlamaktadır.

Kapitalistler ve onların Bonn'daki temsilcileri ücretlerin ve maaşların düşürülmesini sağlamak ve böylece ÖTV sendikası ile diğer iş kollarındaki emekçiler arasında bir dayanışmanın meydana gelmesini önleme planlarını da yaparak, şanslarını da hesaplamaktan geri kalmamaktalar.

Sendikalarımız kapitalistlerin ve onların temsilcilerinin bu emellerini boşa çıkarmalıdırlar. Bunun içinde sadece DGB'nin iş yerlerinde ve emekçi halk arasında propaganda ve ajitasyon kampanyaları sürdürmesi yeterli değildir. Burada gerekli olan diğer bir nokta ise; ÖTV sendikasının grevi hazırlamak için kamu emekçileri arasında bu doğrultuda somut siyasi propaganda sürdürmesi, hükümetin ücret ve maaşları kısıtlamak istemesi adımının neden boşa çıkarılması gerektiği yönünde onların siyasi bilinçlerini yükseltmesidir.

Ancak burada şu gerçeği ortaya koymalıyız ki, en önemli ödevleri bile sendika patronları ciddi bir şekilde ele almadılar. İşte bu nedenle sınıf bilinçli yerli ve yabancı sendikacıların üzerine düşen görevler daha da artmaktadır. Onlar bir taraftan bazı sendika patronlarının kışkırtma ve sabotaj adımlarını boşa çıkarmaları gerekirken, öte yandan Bonn Hükümeti'nin ücret ve maaşları kısıtlamasını engelleme yönünde geniş bir mücadele cephesinin oluşması için her türlü metoda baş vurmalıdırlar. Çünkü ÖTV'nun sürdüreceği kararlı bir grev aynı zamanda ücret turlarında gerçek ücretlerin güvence altına alınması yönünde de bir katkı anlamını taşımaktadır.

(„Kein Sonderopfer der Werktätigen im öffentlichen Dienst")

1982 yılı ücret turları giderek kızışmaktadır

Güney Almanya'da ağaç işçileri greve gittiler!

IGM Baden-Württemberg'te uyarı grevi yapacağını açıkladı

STUTTGART. — 1982 yılı ücret turlarına yönelik ilk eylemler başladı. Ağaç ve Plastik Madde Sendikası, (Holz und Kunststoff) yapılan toplu sözleşme görüşmelerinde bir anlaşmaya varılamayınca, geçen hafta başında süresiz greve çağrı yaptı. Öte yandan Baden Württemberg'li metal işçileri de uyarı grevlerine gideceklerini açıkladılar.

Güney Batı Alman odun sanayii dalında (marangozlar da dahil) çalışan 60000 emekçi için toplu sözleşme görüşmelerinde bir anlaşmaya varılamayınca, Holz und Kunststoff Sendikası (GHK) süresiz greve çağrı yaptı. Bir çok iş yerinde grev 18 Ocak Pazartesi günü başladı. Bu hafta içerisinde GHK sendikasının 20000 üyesi buna rağmen greve gidilip gidilmeyeceği konusunda oylama yapacaklar. Ama buna rağmen geçen hafta içerisinde Güney Batı Almanya Ağaç sanayii dalında 30'dan fazla iş yerinde bir gün süren uyarı grevleri yapıldı.

GHK sendikası ağaç sanayiisi işçileri için yüzde 7,5 ücret artışı talep ederken, kapitalistler ise buna karşılık sadece yüzde 3 ücret zammı teklifinde bulundular.

Öte yandan metal iş kolu dalında da ilk ücret turları görüşmelerinde hiç bir anlaşmaya varılamadı. Toplu sözleşme komisyonlarının bulunduğu hiç bir eyalette, metal patronları bir ücret zammı teklifinde bulunmadılar. Ama metal kapitalistleri bu yılki ücret artışı anlaşmalarının, fiyat artışlarına rağmen, geçen yılki toplu sözleşme anlaşmalarının (yüzde 4,9) altında olması gerektiği taleplerini küstahça tekrarlamaktan da geri kalmadılar.

IG Metall sendikasının Baden Württemberg Başkanı Steinkühler IG Metall'ın "patronların servetlerinin artması için bir ücret artışından vaz geçmeyi" kabul etmeyeceğini açıkladı. IG Metall'ın Baden Württemberg Yönetimi Stuttgart'ta çıkardığı bir bildiride ayrıca toplu sözleşme görüşmelerinde bir anlaşmaya varılamamasından dolayı metal işçilerinin uyarı grevlerine gitmeleri onların en doğal hakkı olduğunu belirtmektedir. Ayrıca bu noktaya şunu eklemeliyiz ki, aynı zamanda toplu sözleşme görüşmelerinin yapıldığı esnada işçi ve emekçilerin uyarı grevlerine gitmeleri ve sendikal taleplerini tekrardan vurgulayarak kapitalistleri bu talebi kabul etmeye zorlamaları da onların en doğal hakkıdır.

(„Holzarbeiter im Südwesten streiken!")

Grev hakkı bölünmez bir bütündür!

Kamu işletmelerinde çalışan tüm emekçilere grev hakkı tanınmalıdır!

Gericiliğin memurlara grev hakkını tanımak istememe ve kamu işletmelerinde çalışan diğer emekçiler için ise grev hakkını bir sorun haline getirme girişimleri en sert bir şekilde geri püskürtülmelidir. Çünkü bu girişimler onların bütün olarak grev hakkını ortadan kaldırma eğilimlerini taşımaktadır.

Sendikal hareketin düşmanları, kamu işletmelerinde yapılacak olan ücret kısıtlamalarını önlemek için işçi ve emekçilerin greve gitmeleri durumunda sadece memurlara grev hakkının tanınmamasını yeterli görmemekteler. Onların kamu işletmelerinde çalışan işçi ve emekçi arkadaşlara karşı başlattıkları kışkırtma kampanyaları bir bütün olarak grev hakkına yönelik bir saldırıdır. Onlar kamu işletmelerindeki bir grevin "grevle ilişkisi olmayan vatandaşları", "düzeni" ve "ortaklaşa çıkarları" hedeflediği sahtekarlığına baş vurmaktalar. Onlar bu kışkırtma girişimleri ile tüm kamu emekçilerinin grev haklarını kullanmalarını bir sorun haline getirmekteler.

ÖTV Başkanı Kluncker'in "kamu emekçilerinin ücret ve maaşlarının kısıtlanması durumunda greve gidecekleri"ni açıklaması üzerine patron gazetesi "Handelsblatt" 6 Ocak tarihli sayısındaki bir yorumunda şöyle demektedir: *"Böylece gene kamu işletmelerinde çalışan işçilerin grev hakkının kanuna aykırı olup olmadığı sorunu gündemde bulunmaktadır. Bu tür bir eylem üçüncü bir kişiyi etkileyeceğinden dolayı—zararını işveren değil, grevde yer almayan vatandaş ödeyecek—bir çokları tarafından kabul edilmeyecek bir şey olarak ele alınmaktadır."*

Kamu işletmelerindeki grevin "sıradan vatandaşları" etkileyeceği tezi ile her greve saldırılabilinir. Bunun böyle olduğunu "Handelsblatt" gazetesinden yapacağımız şu alıntı çok açık bir şekilde göstermektedir. Gazete 1980 yılı ilkbaharında metal işçilerinin yaptığı uyarı grevlerinden dolayı patronların buna karşı açtıkları davaların reddedilmesine ilişkin şunları yazmaktadır; "Bu uyarı grevlerinin aykırılığı, işverene pek *büyük olmayan maddi zararlardan değil, daha çok bu uyarı grevi taktikleri tüm ekonomide uzun süreli etkisini şimdiki ekonomik gerilemelerde gösteren, bir güvensizliğe yol açtığından ortaya çıkmaktadır. Bundan ötürü uyarı grevleri ile genel çıkarın zarara uğradığı açıktır."*

Bunun için şu asla akıldan çıkarılmamalıdır ki, grev hakkı hiç bir şekilde bölünemeyecek bir bütündür. Eğer bugün memurlara grev hakkının tanınmamasına karşı sessiz kalırsak, bu yarın sırada diğer emekçi kesimlerin grev hakkının ortadan kaldırılması noktasına vardırılacığı demektir. Öte yandan memurların grev hakkının olmaması 1980'nin kasım ayında posta işçilerinin grevinde olduğu gibi onların her zaman grev kırıcıları olarak kullanılmalarına da yol açmaktadır. Ve memurlara grev hakkı tanınmadığı takdirde, bugün onlar kamu işletmelerinde ücret ve maaşların kısıtlanması durumunda grev kırıcıları olarak kullanılacağı şimdiden gün ışığı gibi açık olan bir şeydir.

İşte bu nedenle sendikal açıdan bu sorunu ele alışta tek bir yaklaşım söz konusu olabilir. Bu da her şart altında grev hakkına yapılacak saldırıların geri püskürtülmesidir! Her şart altında tam, sınırsız ve kanunen garanti altına alınmış bir grev hakkı için mücadelenin sürdürülmesi gereklidir!

Bugün memurlara grev hakkının tanınması sorunu acil bir görevi oluşturmaktadır. Ancak bu hakkın sendikaların pratik önlemler alması ile gerçekleşebileceği asla akıldan çıkarılmamalıdır. Bu hakkın kazanılması için memurların şartlara ve gerekliliğine göre grev hakkı resmi olarak tanınmadan önce bile bu yönde adım atmaları demektir.

(„Streikrecht für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst!")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı
......sayısından
itibaren
ısmarlamak
istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.**